DER HAUPTSTADTBRIEF

131. Ausgabe | 2015 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 17. Jahr | 5 Euro



# Sehnsuchtsort Deutschland

„Lasst uns durch, wir wollen nach Deutschland! Die nehmen uns alle auf.“
Sagt ein Flüchtling in die Kamera von N24. Wie ein Lauffeuer hat sich diese Botschaft im Netz verbreitet: auf dem Balkan, in Afrika, in der Türkei.
Das deutsche Willkommen vor Augen, drängen Zehntausende in die EU.
Und wie reagiert Brüssel? Zerstritten und handlungsunfähig!



ISSN 2197-2761

# DER HAUPTSTADTBRIEF 131 – Inhalt

# DER HAUPTSTADTBRIEF 131 – Editorial

## *Danke, Egon!*

*„Ja, so machen wir das“, rief er mir nach, als ich mich – nur wenige Tage, bevor er verstarb – nach unserem letzten persönlichen Zusammentreffen verabschiedete. Wir hatten am Freitagnachmittag gemeinsam mit seiner Frau Adelheid bei ihm zu Hause darüber gesprochen, dass wir für diese Ausgabe unseres Hauptstadtbriefs ein Gespräch mit ihm führen würden. Thema: „25 Jahre deutsche Einheit – Von der beginnenden Entspannungspolitik in den 1960ern bis 2015.“*

*25 Jahre deutsche Einheit – dass wir das am 3. Oktober 2015 werden feiern können, ist nicht zuletzt der Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr zu verdanken. Daran zu erinnern, ist mir ein besonderes Anliegen.*

*Wir hatten auch vereinbart, dass im Oktober 2015 eine öffentliche Gesprächsrunde über eine neue Entspannungspolitik stattfinden sollte: eine direkte Diskussion zwischen ihm und Henry A. Kissinger in New York. „Ja, so machen wir das“, sagte Egon.*

*Dazu ist es nun leider nicht mehr gekommen. Welch traurige Ironie, dass Henry Kissinger nun hierher zu uns reist, um ihm bei der offiziellen Trauerfeier in Berlin die letzte Ehre zu erweisen.*

*Seinen Ansatz für eine neue Entspannungspolitik hat Egon Bahr erst vor wenigen Wochen in Anwesenheit von Michail Gorbatschow in Moskau dargelegt – fast genau auf den Tag 45 Jahre, nachdem er im Katharinensaal des Kremls am 12. August 1970 neben Leonid Breschnew stehend den Moskauer Vertrag mitunterzeichnete. Auf meiner Buchpräsentation in Moskau hielt er seine letzte große öffentliche Rede. Ein Vermächtnis – das in dieser Ausgabe zu lesen ist.*

*Egon Bahr hat in seinem politischen Leben Großes geleistet: für Berlin, für Deutschland und für die internationale Friedenspolitik. Dafür gebührt ihm unser aller Dank. Und die Krone des Lebens.*

*Detlef Prinz*

*Verleger*

PRESSEFREIHEIT VIELFALT TOLERANZ
PRESSEFREIHEIT
GEDANKENFREIHEIT UNTERNEHMERISCHE FREIHEIT
VIELFALT PLURALITÄT
TOLERANZ PLURALITÄT VIELFALT
DEMOKRATIE MEINUNGSFREIHEIT
KUNSTFREIHEIT PRESSEFREIHEIT TOLERANZ
GEDANKENFREIHEIT
VIELFALT RELIGIONSFREIHEIT VIELFALT
VIELFALT RELIGIONSFREIHEIT
RELIGIONSFREIHEIT KUNSTFREIHEIT GEDANKENFREIHEIT
TOLERANZ PLURALITÄT
KUNSTFREIHEIT PRESSEFREIHEIT
PRESSEFREIHEIT
PLURALITÄT MEINUNGSFREIHEIT
KUNSTFREIHEIT
MEINUNGSVIELFALT PLURALITÄT
TOLERANZ RELIGIONSFREIHEIT

# PRESSE FREIHEIT

KUNSTFREIHEIT EUROPA
MEINUNGSFREIHEIT
RELIGIONSFREIHEIT KUNSTFREIHEIT
MEINUNGSFREIHEIT
GEDANKENFREIHEIT PLURALITÄT
RELIGIONSFREIHEIT VIELFALT
MEINUNGSFREIHEIT KULTUR
KUNSTFREIHEIT WERTEGEMEINSCHAFT
GRUNDWERTE
RELIGIONSFREIHEIT TOLERANZ
GEDANKENFREIHEIT PLURALITÄT
KUNSTFREIHEIT UNTERNEHMERISCHE FREIHEIT
TOLERANZ
VIELFALT PRESSEFREIHEIT

Zeitschriftenverleger
gemeinsam für Pressefreiheit




Verband Deutscher
Zeitschriftenverleger




**Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn** ist emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologe und Publizist. In der *NZZ am Sonntag* vom 30. August 2015 veröffentlichte er eine Analyse der gegenwärtigen Migrationsproblematik aus Schweizer Sicht. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er diese Betrachtung in eine deutsche Perspektive gestellt.

# Dies ist die größte Migration der Geschichte

Die Einwanderung in die EU von heute gleicht der Auswanderung aus Europa von einst – und wird doch ganz andere Verwerfungen zeitigen | Von Gunnar Heinsohn

Deutschlands Kriegsindex steht 2015 bei 0,66. Das bedeutet: Da auf hundert 55-59-Jährige (6,06 Millionen) nur 66 im Alter von 15-19 Jahren (4,02 Millionen) folgen, hat die Jugend beste Lebenschancen daheim. Aufgrund ihrer Qualifikationen rollen ihr viele Länder den roten Teppich aus, weil auch sie zu wenig Kinder haben und ohne Talente-Zuwanderung absinken. Wie eine Speisekarte kann deshalb der qualifizierte deutsche Nachwuchs die Weltkarte studieren. Wo er bleibt oder hingeht, reibt man sich die Hände.

Subsahara-Afrika kämpft mit einem Kriegsindex von durchschnittlich 5. Um hundert Positionen, die Ältere (21 Millionen) frei machen, konkurrieren 500 Junge (102 Millionen), die in den Lebenskampf eintreten. Früher 7 bis 8 und heute immer noch 4 bis 6 Kinder pro Frauenleben trieben zwischen 1950 und 2015 die Menschenzahl von 180 auf 962 Millionen. Mindestens 2,1 Milliarden sollen es 2050 sein. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wäre bei gleichen Raten von 70 auf 375 und nicht nur auf 81 Millionen Bewohner gestiegen. 2050 stände sie sogar bei 815 Millionen.

Afrikas beste Schüler – sie kommen aus Ghana – schafften 2011 bei der Mathematik-Olympiade im Schnitt 331 Punkte. Wenn die Achtklässler aus Ghana dereinst den Anschluss an die Sieger aus Südkorea (613 Punkte) oder auch nur an das beste EU-Land Finnland (514 Punkte) schaffen, dann wird man sich im Ausland um sie reißen. Allein der EU fehlen bis 2050 rund 70 Millionen Migranten, um die fehlenden Geburten auszugleichen.

> *“Die Regierungen in Stockholm, Paris oder Berlin bewerten den Einsatz für flüchtende Menschen höher als ihre eigene ökonomische Zukunft und ihren sozialen Frieden.”*

Die Wirtschaftsflüchtlinge aber, die momentan Europa erreichen, sind meist genauso schwer vermittelbar wie der eigene Nachwuchs mit Mathe-Schwäche. Die Menschenwürde aber bemisst sich nicht nach Karrierechancen oder Schulnoten, sondern ist für alle gleich. Wer aus Afrika kommt und hier nichts verdienen kann, muss deshalb von den Einheimischen Geld bekommen.

Wenn auf dem afrikanischen Kontinent tatsächlich 38 Prozent der Menschen wegwollen, wie das Umfrageinstitut Gallup 2009 ermittelt hat, stehen im subsaharischen Raum derzeit 370 Millionen Wanderungswillige bereit. Aus dem arabischen Raum werden zusätzlich 85 Millionen erwartet. Und das sind optimistische Raten, da


PICTURE ALLIANCE/NURPHOTO/ULRIK PEDERSEN

**Vermeintliche Idylle Ägäis: Hier schippert kein Touristenboot bei Sonnenuntergang, hier hoffen Flüchtlinge aus Syrien, ohne Schiffsuntergang die nächste griechische Insel zu erreichen. Sie kommen aus der Türkei und wollen nach Deutschland, wo sie bessere Lebensbedingungen erwarten.**

sie vor dem Ölpreisverfall und den arabischen Kriegen erhoben wurden. Nie zuvor wollten so viele in so kurzer Zeit über fremde Grenzen.

Die gegenwärtige Migration wird darum oft mit der Völkerwanderung im 4. bis 6. Jahrhundert verglichen. Das ist falsch. Die Flüchtlingsströme unserer Zeit gleichen eher der Auswanderungswelle, die zu Zeiten des Kolonialismus von Europa ausging, das damals Geburtenraten hatte wie heute Afrika. Diese Auswanderungswelle war – im Unterschied zu heute – allerdings ungemein blutig. Zur Zeit der europäischen Welteroberung zwischen 1500 und 1800 machten sich 10 Millionen Menschen auf die gefährliche Seereise. Mathematik zählte damals noch wenig, weil zumeist überzählige Bauernsöhne Ackerland suchten und dafür riesige Flächen benötigten. Sie eroberten sie und ermordeten die ansässige Bevölkerung. Und während sich damals die Europäer die Erde aufteilten, tobten bei ihnen zu Hause stets Kriege. Asyl oder Rechtsschutz für die Bevölkerung gab es nirgends, nur Sieg oder Niederlage. Erst 1946 begründete die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) das internationale moderne Asylrecht, wie wir es kennen. Niemand bedachte damals – bei 2,4 Milliarden Erdenbürgern – was solche Regeln heute – bei 7,4 Milliarden Menschen auf der Welt – bewirken würden.

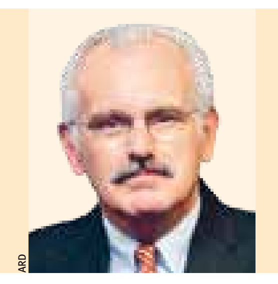
Wenn in Ländern mit einem Kriegsindex ab 3 – ab da wird es kritisch, weil 300 junge Menschen um 100 frei werdende Positionen wetteifern müssen – 10 000 zornige Jünglinge im Namen irgendeiner gerechten Sache mit Waffen um Positionen kämpfen, verwandeln sie ihre 10 oder auch 100 Millionen Mitbürger dort automatisch in Bewohner von Kriegsgebieten, in die diese nach ihrer Flucht nicht zurückgeschickt werden dürfen. Jede Revolte transformiert illegale Wirtschaftsflüchtlinge in Bedrängte, deren Zurückweisung widerrechtlich ist.

> *„Nie zuvor wollten so viele in so kurzer Zeit über fremde Grenzen."*

Die Kolonisten von heute sind weitgehend friedlich, sie suchen kein Ackerland, sondern träumen von den Millionenstädten der Ersten Welt. Aber können die 500 Millionen EU-Bürger mit ihren riesigen Schulden und unbezahlbaren Rentenversprechen wirklich noch einmal so viele Menschen als Migranten absorbieren? Immer mehr Staaten gehen andere Wege, sichern ihre Grenzen militärisch und lassen nur noch die Kompetenten auf ihr Territorium. Vergleichsweise offene Länder schultern dadurch zusätzliche Lasten, weshalb ihre besten Talente wiederum in die Kompetenzfestungen umziehen.

Schon jetzt liegen acht der zehn lebenswertesten Metropolen in Australien, Kanada und Neuseeland. Großbritannien macht seine Grenzen inzwischen ebenfalls dicht, weil bereits 2,3 Millionen seiner Könner irgendwo zwischen Vancouver und Auckland wohnen. Andere Regierungen – in Stockholm, Paris oder Berlin – bewerten den Einsatz für flüchtende Menschen höher als ihre eigene ökonomische Zukunft und ihren sozialen Frieden. Die größte Migration der Geschichte könnte in Europa für ganz neue Allianzen sorgen. ◆

---


ARD

**Ulrich Deppendorf** ist Journalist und Fernsehmoderator im Ruhestand. Bis April 2015 war er Studioleiter und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio. Für den HAUPTSTADTBRIEF kommentiert er die bestürzende Inaktivität der europäischen Instanzen im Umgang mit der Flüchtlingsproblematik.

# Die Zeit drängt, Brüssel reagiert zu spät

Flüchtlinge: Eine Herausforderung für die EU | Von Ulrich Deppendorf

Endlich fand Angela Merkel deutliche Worte: null Toleranz bei Angriffen auf die Menschenwürde, bei Angriffen auf Flüchtlinge, bei brennenden Flüchtlingsheimen. Und: „Wir schaffen das." So heißt die neue Linie der Kanzlerin, „wir schaffen das in Deutschland" – für Merkel wird es die größte Herausforderung ihrer Amtszeit. Sie hat nun das Flüchtlingsproblem in Deutschland von Grund auf durchgearbeitet, selbst unnütze Bauvorschriften hat sie ausfindig gemacht – das ist Merkel pur, gradlinig, glaubwürdig und im Einklang mit einer beeindruckenden Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung.

Doch diese Hilfsbereitschaft könnte durch das Versagen der EU gefährdet werden. Von Solidarität keine Spur. Europa zerbröselt im Kern und an den Rändern – und das in einem Moment, wo aus dem Flüchtlingsstrom eine Völkerwanderung ungeahnten Ausmaßes zu werden droht. Wo bitte ist in dieser heiklen Situation der EU-Ratspräsident, der Pole Donald Tusk? Nichts hört man von ihm. Ist er Gefangener seines Landes? Schweigt er, weil Polen noch eine weitere Flüchtlingswelle befürchtet – eine Flüchtlingswelle aus der Ukraine nämlich, falls das Minsker Abkommen am Ende doch noch scheitert und Putin sein Ziel erreicht?

Was hört man vom EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der bei der Griechenland-Krise gar nicht genug Lösungen zu präsentieren wusste? Und wo bitte sind die EU-Gipfel? Bei der Finanz-, Banken- und Griechenland-Krise gab es sie beinahe wöchentlich. Dramatik pur, zum Teil offensichtlich inszeniert. Und jetzt – bei der größten europäischen Herausforderung? Erst am 24. September 2015 soll es einen EU-Gipfel zur Flüchtlingsproblematik geben. Das ist schlichtweg beschämend, ebenso wie die Tatsache, dass man sich bis heute nicht über Zuteilungsquoten geeinigt hat. Was es stattdessen gibt, sind Schuldzuweisungen. Es zeigt sich: Die EU zerfällt bei Krisen immer häufiger in eine reine Interessensgemeinschaft von Nationalstaaten, die sich nur Europa nennen.

> *„Erst am 24. September 2015 soll es einen EU-Gipfel zur Flüchtlingsproblematik geben. Das ist schlichtweg beschämend."*

Und wo bitte ist das Europäische Parlament? Wo sind die Parlamentsdebatten, wo die Sondersitzungen? Man kann so etwas als reine Symbolhandlungen abtun, aber diese wären immer noch besser als Stillschweigen. Sind Europas Spitzenbeamte und Abgeordnete durch das nationalstaatliche Denken der Mitgliedsländer schon zu frustriert zum Handeln?

Brüssel gibt an, jahrelang auf die Flüchtlingssituation immer wieder hingewiesen zu haben, doch keiner habe es hören wollen. Gut, man war durch andere Krisen sehr eingebunden. Doch das kann keine Entschuldigung sein.



PICTURE ALLIANCE/DPA/MATTHIAS BALK

**Zur Steuerung der Flüchtlingswelle braucht mehr als das: Ein Polizist weist Asylsuchenden den Weg zur Registrierungsstelle. Die Aufnahme entstand Ende August 2015 am Hauptbahnhof in München.**

Spätestens mit dem Syrien-Krieg, mit dem Auftauchen des IS-Terrors, mit dem Ende des vollkommen überschätzten arabischen Frühlings war diese Wanderung abzusehen. Und sie ist weit schwerer zu steuern als es der Zustrom der reinen Wirtschaftsflüchtlinge aus den meist sicheren Ländern des Balkans ist. Schafft Europa das also? In der Verfassung, in der wir uns befinden, dürfte es sehr schwer werden. Was die EU jetzt braucht, ist Führung. Deutschland muss dabei noch mehr Verantwortung übernehmen.

Die Zeit drängt. Nach der arabischen Flüchtlingswelle ist zu befürchten, dass die afrikanische Wanderungswelle weiter anschwillt. Darauf muss sich die EU vorbereiten, in ihrer Innen- wie in ihrer Außenpolitik. Wir Europäer müssen dazu beitragen, dass sich Afrika und seine Menschen bessere Lebensbedingungen schaffen – zum Beispiel durch bessere und fairere Handelsbeziehungen, durch ein realistisches, aber stetes Drängen auf Rechtsstaatlichkeit. Schafft Europa das? Solange wie bei der Klärung der Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht, darf die politische Elite damit jedenfalls nicht warten; denn Deutschland und die Europäische Union werden sich verändern, es wird vielleicht ein größeres Völkergemisch mit all der damit zusammenhängenden Problematik auf uns zukommen, als wir jetzt auch nur ahnen.

Die EU muss gemeinsam mit den USA versuchen, die Krisen und das Chaos im arabischen Lager zu einer einigermaßen friedlichen Lösung zu bringen. Dazu wird man vermutlich Kompromisse schließen müssen, die man vielleicht nur schwer ertragen kann, die aber für die Sicherheit und Stabilität in diesem Raum notwendig sind und den Flüchtlingsstrom beenden oder wenigstens deutlich eindämmen können. Und man wird, ob man es erträglich findet oder nicht, das am Ende nur gemeinsam mit Russland schaffen können.

Deshalb wäre es gut, Russland bald wieder in die G8-Runde aufzunehmen, und auch der Nato-Russland-Rat sollte wiederbelebt werden. Nur so wird man einen weiteren Flüchtlingsstrom, den aus der Ukraine in die EU, verhindern können. Vielleicht bedarf es für das Europa von morgen einer zweiten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), in der alle Staaten Europas, auch die baltischen Staaten, zusammen mit Russland und alle gemeinsam auf Augenhöhe, an dem europäischen Haus weiterarbeiten. Europa kann es schaffen – aber nur, wenn der politische Wille aller Beteiligten weiter reicht als bis zur eigenen Haustür. ◆

# nett working

*Treffpunkt für Gründer und Unternehmer*

**9.–10. OKTOBER 2015**

**FLUGHAFEN TEMPELHOF HANGAR 2**

*#deGUT*




*Deutsche Gründer- und Unternehmertage*

Mit freundlicher Unterstützung:




Veranstalter:







Förderer:










Messepartner:





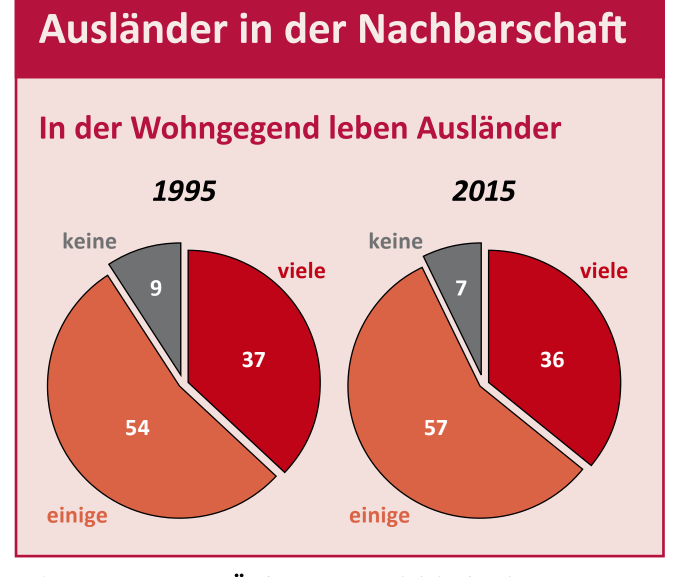

**Prof. Manfred Güllner** ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, aus dessen Dienst „Aktuelle Parteipräferenzen" DER HAUPTSTADTBRIEF regelmäßig zitiert. Mittlerweile ein Standardwerk ist Güllners Buch *Die Grünen. Höhenflug oder Abstieg?* Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt und bewertet er die jüngste forsa-Befragung, wie es die Deutschen mit Flüchtlingen halten.

# In Sachen Flüchtlinge ist Deutschland halbe-halbe

Verändert sich Deutschland durch die Flüchtlinge dauerhaft? Die Stimmung in der Bevölkerung lässt nicht darauf schließen | Von Manfred Güllner

Nach den ersten Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) sowie den Pegida-Demonstrationen in Dresden nahmen viele Medien und politische Akteure an, diese „Wutbürger" aus der „Mitte der Gesellschaft" würden das gesamte Parteienspektrum in der Republik nachhaltig verändern. Das ist zwar nicht eingetreten, doch nun mutmaßen dieselben Politiker und Medienvertreter, dass sich Deutschland durch den zu erwartenden weiteren Zustrom von Flüchtlingen und die sich häufenden Proteste gegen die Flüchtlinge dauerhaft verändern werde.

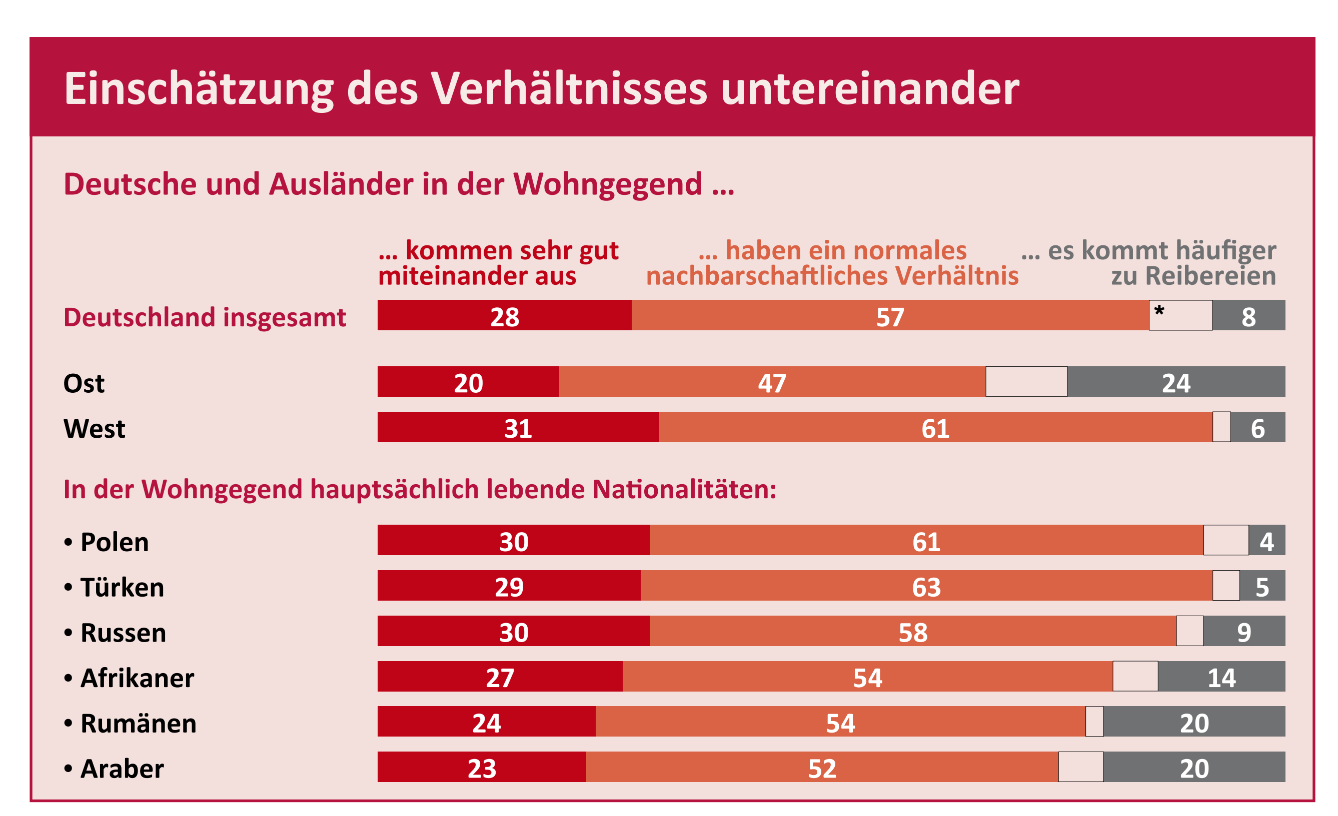
Richtig daran ist, dass die Flüchtlinge nicht wieder – so wie Pegida oder die AfD – in einigen Wochen oder Monaten verschwunden sein werden. Doch die hektische Aufgeregtheit vieler Medien und Politiker überträgt sich nicht auf die Bevölkerung, weil sich die Mehrheit der Bürger an die vielen schon in Deutschland lebenden Ausländer trotz vorhandener kultureller Distanzen gewöhnt hat. Und auch die Diskussion darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht, ist nicht neu, sondern wurde bereits vor einem Vierteljahrhundert geführt.



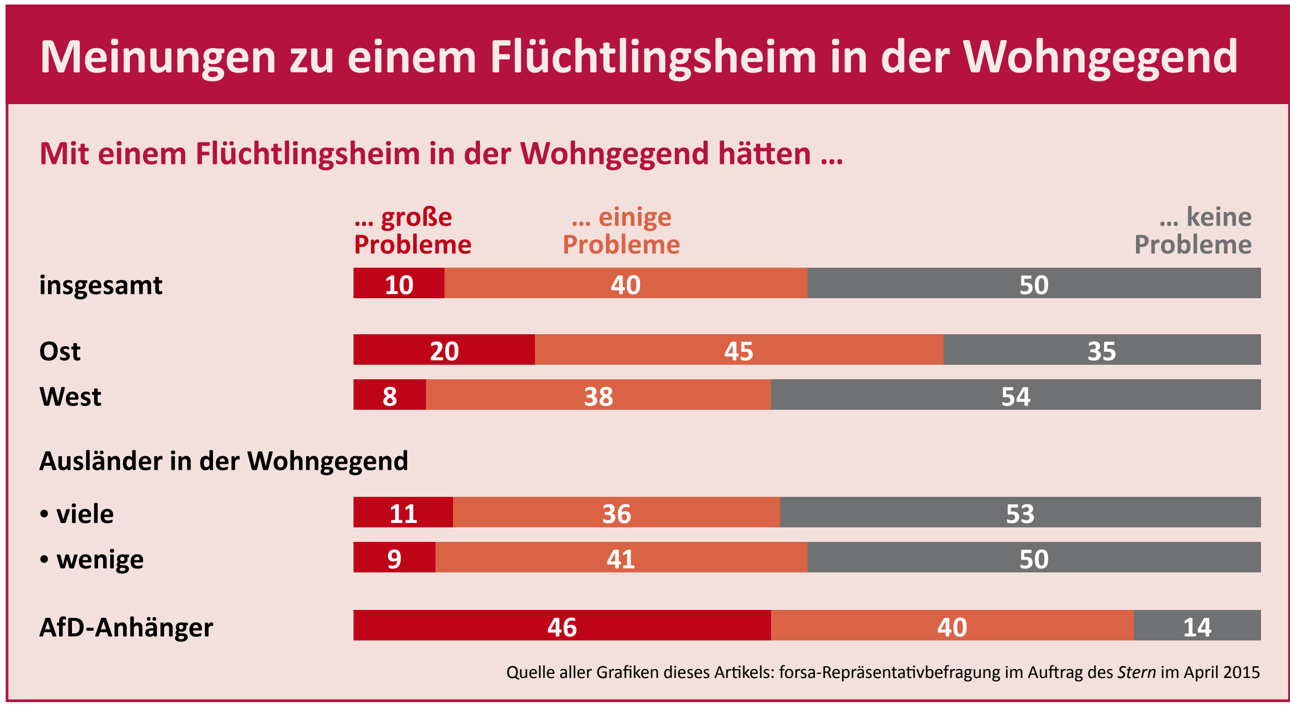

**Keine nennenswerte Änderung trug sich in den letzten 20 Jahren in den Mischungsverhältnissen von Deutschen und Ausländern im Wohnumfeld zu – nach wie vor geben knapp drei Fünftel der Befragten an, es lebten einige Ausländer in ihrer Nachbarschaft. (Angaben in Prozent)**

Seither gehören Ausländer zum Alltag der Deutschen. So wie schon vor 20 Jahren sagt über ein Drittel der Bürger, in ihrer Wohngegend lebten viele Ausländer. Fast drei Fünftel geben an, es lebten einige Ausländer in ihrer Nachbarschaft. Nur bei ganz wenigen gibt es überhaupt keine Ausländer in ihrem Wohnviertel (siehe Grafik „Ausländer in der Nachbarschaft").

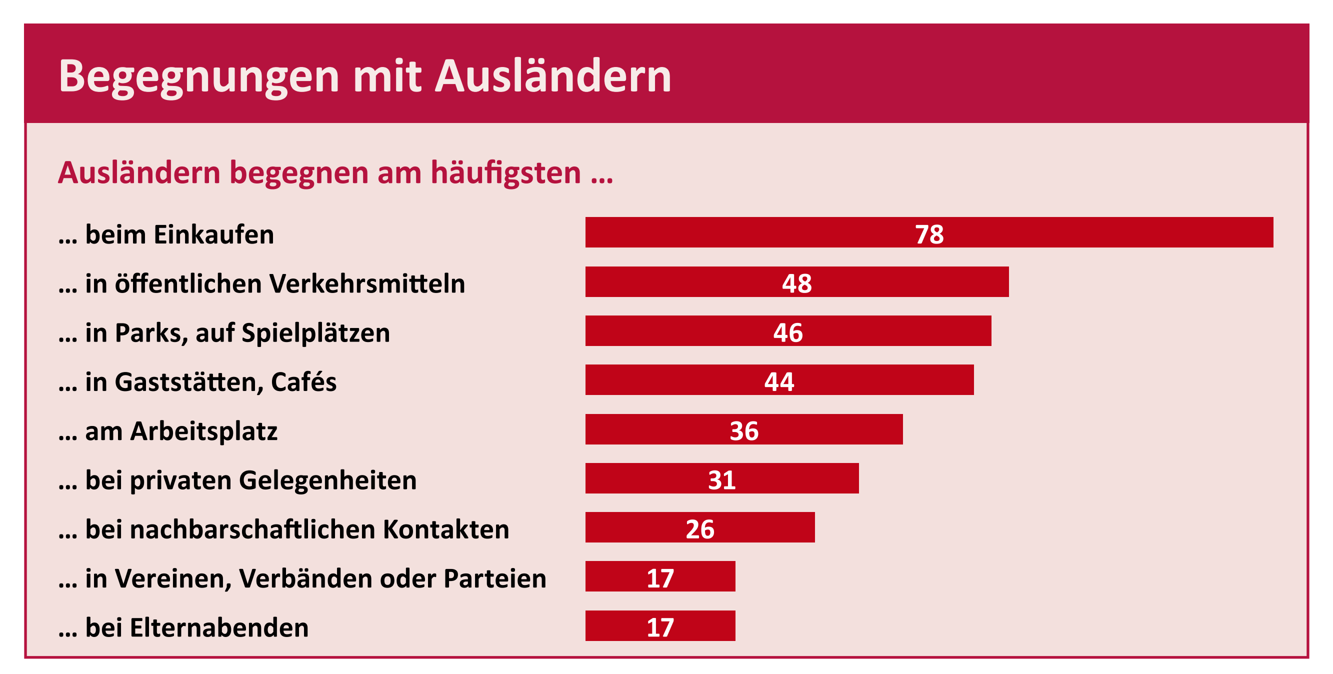
Deutsche und Ausländer begegnen sich im Alltag häufig; doch die Begegnungen finden, wie schon in den letzten beiden Jahrzehnten, überwiegend im öffentlichen Raum (Einkaufen, öffentliche Verkehrsmittel, Gaststätten) statt. Bei privaten und geselligen Gelegenheiten




Ein normal-nachbarschaftliches Verhältnis haben 57 Prozent der Befragten insgesamt zu in ihrem Wohnumfeld lebenden Ausländern – Reibereien indessen gibt es auch. (Angaben in Prozent | * an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Angabe“)




In der Flüchtlingsfrage sind die Deutschen gespalten: Eine Hälfte der Bevölkerung hätte keine Probleme mit einem Flüchtlingsheim in ihrer Wohngegend, die andere Hälfte hätte einige Probleme damit, ein Teil sogar große Probleme. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die Befragten in einer Wohngegend wohnen, in der es ihrer Einschätzung nach bereits jetzt viele Ausländer gibt oder nur wenige. Einen Unterschied macht es jedoch, ob die Befragten im Westen oder im Osten Deutschlands leben. Im Osten ist es nur gut ein Drittel der Befragten, die keine Probleme mit einem Heim in der Nähe hätten. Bei AfD-Anhängern ist der Anteil derjenigen, die keine Probleme hätten, besonders gering. (Angaben in Prozent)




**Zu einem Zusammentreffen von Deutschen und Ausländern kommt es in der Anonymität des Alltags häufig – bei privaten Anlässen dagegen ebenso wie im Vereinsleben und bei Elternabenden in den Schulen findet es selten statt. (Angaben in Prozent)**

oder bei Vereinsaktivitäten begegnet man sich allerdings nach wie vor in geringerem Umfang (siehe Grafik „Begegnungen mit Ausländern“).

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern wird – wie eine forsa-Untersuchung im Auftrag des Stern im August 2015 gerade wieder bestätigt hat – überwiegend als normales (57 Prozent) oder sogar gutes (28 Prozent) nachbarschaftliches Verhältnis beschrieben. Nur eine Minderheit von weniger als einem Zehntel der Gesamtbevölkerung gibt an, es komme mit Ausländern häufig zu Reibereien. Allerdings sagen das in Ostdeutschland – wo viel weniger Ausländer als im Westen des Landes wohnen – viermal mehr Bürger als in Westdeutschland (siehe Grafik „Einschätzung des Verhältnisses untereinander“).

Die Einschätzung, wie häufig es Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern gibt, hängt also nicht allein davon ab, wie massiv die Konzentration von Ausländern in manchen Wohnquartieren ist, sondern vor allem von der ideologischen Disposition der Einzelnen.

*„Rational wird die Zuwanderung befürwortet, aber emotional sind Vorbehalte zumindest gegen bestimmte Ausländergruppen latent vorhanden.“*

Aufgrund der vielfältigen bisherigen Erfahrungen mit den zugewanderten Ausländern ist die überwiegende Mehrheit der Bürger (88 Prozent) der Meinung, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Insofern sollte nach Auffassung von 76 Prozent der Bürger die Zuwanderung auch durch ein Einwanderungsgesetz geregelt werden. Über das Ausmaß der Zuwanderung aber gehen die Meinungen der Bürger auseinander: 47 Prozent halten die jetzige Zahl der Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland für hoch genug oder gar schon für zu hoch.

Ähnlich viele (44 Prozent) aber meinen, Deutschland könne durchaus noch mehr Ausländer und Flüchtlinge verkraften. Zuwandern könnten vor allem Flüchtlinge, die wegen eines Krieges, wegen Hungersnöten oder Naturkatastrophen

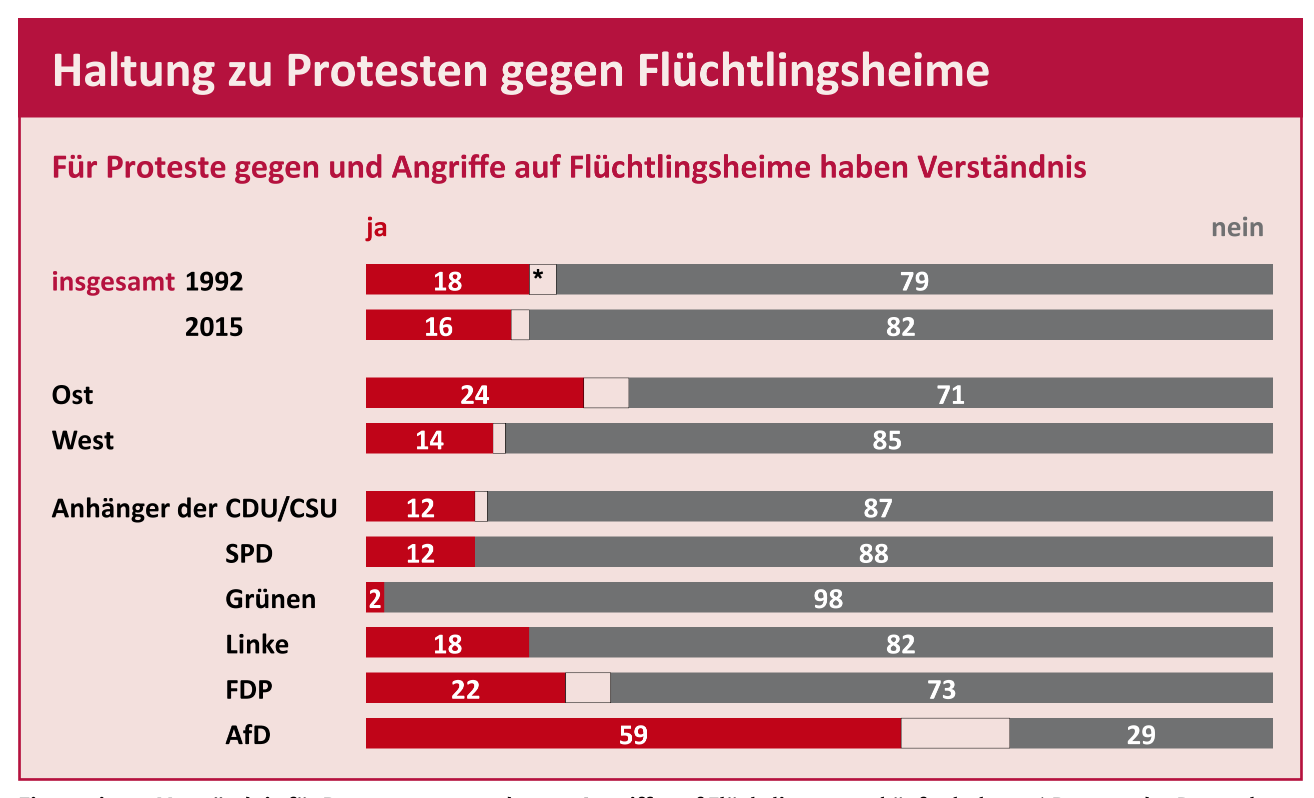
oder wegen politischer oder religiöser Verfolgung ihre Heimatländer verlassen müssen.

Wenn in ihrer Wohngegend ein Flüchtlingsheim eingerichtet würde, würde trotz der generellen Akzeptanz von Flüchtlingen die Hälfte der Bürger zumindest einige Probleme sehen (siehe Grafik „Meinungen zu einem Flüchtlingsheim in der Wohngegend“). Probleme würden in überdurchschnittlichem Maß Ostdeutsche (65 Prozent) und AfD-Anhänger (86 Prozent) sehen. Auf der anderen Seite wären 60 Prozent der Bürger bereit, sich für die Unterstützung von Flüchtlingen (durch Spenden oder ehrenamtliche Tätigkeiten) zu engagieren.

16 Prozent der Bürger (ähnlich wenige wie schon vor 23 Jahren) haben ein gewisses Verständnis für Proteste oder gar Angriffe auf Flüchtlingsheime; doch nur eine extreme Minderheit von 2 Prozent der Bürger (allerdings 23 Prozent der AfD-Anhänger) würde sich an Protesten aktiv beteiligen (siehe Grafik „Haltung zu Protesten gegen Flüchtlingsheime“).

> *„Nach Auffassung von 76 Prozent der Bürger sollte die Zuwanderung nun auch durch ein Einwanderungsgesetz geregelt werden.“*

Die auch bisher schon zu beobachtende Ambivalenz vieler Deutscher (rational wird die Zuwanderung befürwortet, aber emotional sind Vorbehalte zumindest gegen bestimmte Ausländergruppen latent vorhanden) zeigt sich auch aktuell wieder. Aber so wie bisher alle Einwanderungswellen Deutschland nicht dauerhaft verändert haben, dürften auch die aktuellen Zuwanderungen von den Bürgern verkraftet werden – wenn die politisch Verantwortlichen nicht hektisch und aufgeregt, sondern angemessen und ruhig agieren und nicht nur panisch reagieren. ◆




**Ein gewisses Verständnis für Proteste gegen oder gar Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben 16 Prozent der Deutschen insgesamt – und damit etwas weniger als vor 23 Jahren. Diese Einstellung ist im Osten ausgeprägt als im Westen. (Angaben in Prozent | * an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Angabe“)**

## Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

# Ohne nennenswerte Veränderungen in die politische Herbstsaison

Umfrage-Werte in Woche ...

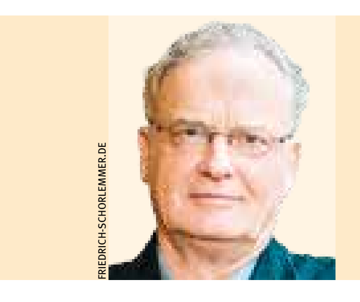
Alle Angaben in Prozent

| | Woche | CDU/CSU | SPD | Die Linke | Grüne | FDP | AfD | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2015 | **36. (31.8.-4.9.)** | **41** | **24** | **10** | **10** | **4** | **4** | **7** |
| | 35. (24.8.-28.8.) | 40 | 24 | 11 | 11 | 5 | 3 | 6 |
| | 34. (17.8.-21.8.) | 41 | 23 | 11 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 33. (10.8.-14.8.) | 43 | 23 | 10 | 10 | 4 | 3 | 7 |
| | 32. (3.8.-7.8.) | 43 | 23 | 9 | 10 | 5 | 3 | 7 |
| | 31. (27.7.-31.7.) | 41 | 24 | 9 | 10 | 5 | 3 | 8 |
| | 30. (20.7.-24.7.) | 42 | 23 | 10 | 10 | 4 | 3 | 8 |
| | 29. (13.7.-17.7.) | 41 | 24 | 10 | 10 | 5 | 4 | 6 |
| | 28. (6.7.-10.7.) | 42 | 23 | 10 | 11 | 4 | 4 | 6 |
| | 27. (29.6.-3.7.) | 42 | 23 | 10 | 11 | 5 | 4 | 5 |
| | 26. (22.6.-26.6.) | 42 | 23 | 10 | 10 | 5 | 4 | 6 |
| | 25. (15.6.-19.6.) | 41 | 23 | 10 | 10 | 5 | 4 | 7 |
| | 24. (8.6.-12.6.) | 41 | 23 | 9 | 11 | 5 | 5 | 6 |
| | 23. (1.6.-5.6.) | 41 | 24 | 9 | 10 | 6 | 4 | 6 |
| | 22. (26.5.-29.5.) | 40 | 23 | 10 | 10 | 6 | 5 | 6 |
| | 21. (18.5.-22.5.) | 39 | 23 | 9 | 11 | 7 | 4 | 7 |
| | 20. (11.5.-15.5.) | 40 | 22 | 9 | 11 | 6 | 5 | 7 |
| | 19. (4.5.-8.5.) | 41 | 23 | 9 | 12 | 4 | 5 | 6 |
| | 18. (27.4.-30.4.) | 42 | 24 | 9 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 17. (20.4.-24.4.) | 42 | 24 | 9 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 16. (13.4.-17.4.) | 42 | 24 | 8 | 10 | 4 | 6 | 6 |
| | 15. (7.4.-10.4.) | 42 | 24 | 8 | 10 | 5 | 5 | 6 |
| | 14. (30.3.-2.4.) | 42 | 23 | 9 | 10 | 4 | 6 | 6 |
| | 13. (23.3.-27.3.) | 42 | 23 | 9 | 10 | 4 | 6 | 6 |
| | 12. (16.3.-20.3.) | 41 | 24 | 8 | 10 | 5 | 5 | 7 |
| | 11. (9.3.-13.3.) | 41 | 24 | 9 | 9 | 5 | 6 | 6 |
| | Bundestagswahl * | 41,5 | 25,7 | 8,6 | 8,4 | 4,8 | 4,7 | 4,0 |

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa


FRIEDRICH-SCHORLEMMER.DE

**Friedrich Schorlemmer** ist evangelischer Theologe und Publizist. Er war ein prominenter Protagonist der DDR-Opposition und Wegbereiter der friedlichen Revolution. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt in gekürzter Version die Trauerrede wieder, die er am 7. September 2015 in Berlin für den am 19. August 93-jährig verstorbenen großen Vordenker der Ostpolitik, Egon Bahr, gehalten hat.

# Egon Bahr, Architekt der Ostpolitik – Würdigung eines großen Deutschen

Gedenken und Gedanken zur Trauerfeier für Egon Bahr am 7. September 2015 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin

Von Friedrich Schorlemmer

Das Absehbare, wenn es eintritt, trifft uns ins Mark. Wir haben – nüchtern geredet – damit rechnen müssen. Aber der Zeitpunkt lässt sich nicht vorausberechnen. Es ist Geschick, eben selbst bei einem Mann, der Leben nicht als Geschick resignativ hinnehmen wollte, sondern der stets agierte und reagierte, mit seinen unverwechselbaren Einwürfen. Er ließ den Dingen nicht ihren Lauf, sondern gab den Dingen auf seine Weise, mit seiner Begabung, mit seinen Grundüberzeugungen ihren Lauf. Sein Mut, seine Klarsicht, seine Unbestechlichkeit und Beharrlichkeit und auch sein Humor werden uns nicht nur in Erinnerung bleiben, sondern auch auf eine merkwürdige Weise ein Vermächtnis bleiben, es ihm auf je unsere Weise gleichzutun.

> *„Sein Denken vollzog sich immer auf dem Boden der Tatsachen, und sein Denken führte immer über den Tag hinaus."*

Sein Denken vollzog sich immer auf dem Boden der Tatsachen, und sein Denken führte immer über den Tag hinaus. Er fühlte sich verpflichtet – aber er stöhnte selten über die Menge der Ansprüche, die er an sich selber stellte und die an ihn gestellt wurden bis ins hohe Alter. Er konnte so glücklich sein wie er besorgt blieb, aber die Sorge machte ihn nicht passiv, sondern forderte hin heraus. Egon Bahr war eine glückliche Mischung aus einem Macher und einem Verhinderer. Verdichtet gesagt: Er wollte Frieden machen und Krieg verhindern.

Er ist Entspannungsschritte gegangen, und zwar Schritt für Schritt. Weil er die Richtung wusste und immer Kurs hielt, waren auch seine Abweichungen vom Wege der Zielnäherung dienstbar. Er wollte die Aufrüstung und das Feindbilddenken behindern – und gerade jetzt wollte er verhindern, dass es erneut zu einem kalten Krieg mit Feindbildern und Rüstungswettlauf kommt. Er hatte Mut und ermutigte. Wer für eine Äußerung, ein Buch oder einen Vorschlag sein „fabelhaft", „doll" oder „Donnerwetter" erntete, empfand das als einen humorvollen Ritterschlag.

Er machte von seiner Vernunft öffentlich Gebrauch – und dies einsichtsgemäß, nicht rücksichtsgehemmt. Er respektierte Realität, weil er sie verändern wollte. Er ging Risiken ein und blieb achtungsvoll gegen Freund und Gegner, lebenslang abhold jeder Heuchelei. Er konnte nicht nur irren, sondern seinen Irrtum auch

zugeben – souverän, dialog- und deshalb lernbereit. Er war ein außergewöhnlicher Mensch, ein verlässlicher Freund, ein herzlich zugewandter Zeitgenosse. Er ist immer ausgegangen von dem, was ist, und nicht von dem, was gewünscht ist. Aber er ging in die Richtung dessen, was gewünscht ist und was sich ändern muss und was sich ändern kann. Getreu der Sentenz von Erich Fried: „Wer will, dass die Welt so bleibt/ wie sie ist/ der will nicht, dass sie bleibt."

Er war schon fünfundzwanzig Jahre vor dem Mauerfall eine westliche, eine energische, eine weithin sehr populäre Stimme für den Osten. Er musste, um sein Ziel zu erreichen, Apparate überlisten, also auch auf verdeckten Kanälen vorklären, Spielräume abtasten, die Zumutbarkeitsgrenzen testen. Diplomatie ist dann kein schmutziges Geschäft, sondern ist die Kunst des Ausgleichs, die im Vertraulichen bleibt, ohne sich zu verleugnen – oder gar ihre Ziele oder die ihr anvertrauten Menschen zu verraten. Es entsprach seinem Charakter und der Behauptung menschlicher Distanz, wenn er bisweilen etwas Unzugängliches behielt. Er war klug genug, der sensationshaschenden Öffentlichkeit wenig Einblick in sein ganz Persönliches zu geben.

*„Er war schon fünfundzwanzig Jahre vor dem Mauerfall eine westliche, eine energische, eine weithin sehr populäre Stimme für den Osten."*

Egon Bahr war nie um eine Anekdote verlegen, immer hatte er eine parat – und es kam immer wieder etwas anderes zum Vorschein. Ein Schelm. Zweimal habe ich versucht – ganz vorsichtig – ihn zu fragen, was er sich wünschen würde, wenn wir ihn einmal ganz verabschieden müssten. Er guckte mich kurz und eindringlich an und sagte: „Seh' ich so aus, als ob ich bald sterbe?" Und dann lachte er. Er ist nicht eingeknickt. Er ist nie eingeknickt. Nicht mal vor dem Tod.

Wenn ich an Egon Bahr denke, fällt mir eine hochpolitische prophetische Mahnung und Verheißung des Jeremia ein, eines biblischen Propheten, der – seine Einsicht und Voraussicht den Mächtigen sagend – es schwer hatte, und der dafür hat büßen müssen. Nachdem die Oberschicht samt allen Fachleuten von Jerusalem nach Babylon deportiert worden war, blieb die Frage, wie man sich dort in der Fremde, in der fremden, unterdrückten Welt und Gesellschaft verhalten sollte: Passiv-resignativ abwarten, ob es irgendwann noch einmal eine Rückkehr-Chance gibt? Sich bis zur voraussehbaren Selbstaufgabe wehren? Oder die gegebenen Bedingungen annehmen, ohne die Hoffnung aufzugeben, dass eine Heimkehr möglich würde?

Und die Deportierten wurden nach vierzig Jahren im Exil unter Kyros, dem Reformer, freigelassen. Die Exilanten zogen schließlich fröhlich nach Hause. Der Prophet Deuterojesaja gab die Parole aus: „In der Wüste bereitet dem Herrn den Weg" – also: durch die Wüste hindurch zum Gelobten Land. Nicht wissend, ob man ankommt, aber gewiss dessen, dass es das Gelobte Land gibt. Jeremia hatte mitten in die schwere Exilzeit hinein einen berühmten, in die abendländische Traditionsgeschichte nachwirkenden Brief aus Jerusalem nach Babylon geschrieben.

Überraschende Kernbotschaft: „Suchet der Stadt Bestes, denn wenn es ihr wohl geht, wird es auch dir gut gehen." Also: Richtet euch im Gegebenen in Babylon ein, lebt auch im fremden Lande, unter fremder Herrschaft ein ganzes Leben und zeigt eure Fähigkeiten zum Wohle aller, auch derer, die euch nicht passen oder die euch nicht wohlgesinnt sind. Erwartet getrost und unverzagt eine Wende, aber lebt auch bis dahin. Jeremia fragte nie, ob er allgemeine Zustimmung bekäme, sondern nur, ob seine Einschätzung richtig, wichtig und zielführend sei – keiner Illusionen folgend, den bestallten Gutrednern widersprechend.



PICTURE ALLIANCE/DPA/PAUL ZINKEN

**Mit einer schlichten Zeremonie nahmen am 7. September 2015 Familie und Weggefährten Abschied von Egon Bahr. Im Bild Friedrich Schorlemmer, die Witwe Adelheid Bahr und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (von links nach rechts).**

Der Stadt Bestes suchen, seiner Stadt, das war Egon Bahr ein Herzensanliegen – für seine seit 1961 geteilte Stadt Berlin und ihre Bewohner in West wie Ost das Beste suchen. Und das angesichts einer abschreckenden Betonwand, angesichts von Schüssen auf Flüchtlinge, angesichts gegensätzlicher Ideologien. Er machte es vor, wie man nicht in seiner eigenen Ideologie befangen bleibt, und wie man keine Angst hat, von anderen vereinnahmt zu werden. Er verfolgte eine Anerkennungs- und Vertragspolitik, ohne je sein Eigenes zu vergessen oder gar zu verraten. Auf Gegner zugehend, anstatt in der Pose des eigenen Rechthabens zu verharren.

So bleibt er uns lebendig in dankbarer, in getrösteter Erinnerung.
Die letzten Worte möchte ich ihm die Dichterin Rose Ausländer nachrufen lassen:

Vergesset nicht
Freunde
wir reisen gemeinsam
besteigen Berge
pflücken Himbeeren
lassen uns tragen
von den vier Winden
Vergesset nicht
es ist unsere
gemeinsame Welt
die ungeteilte
ach die geteilte
die uns aufblühen lässt
die uns vernichtet
diese zerrissene
ungeteilte Erde
auf der wir
gemeinsam reisen

*(Rose Ausländer: Gemeinsam)* ◆



AUSWÄRTIGES AMT/PHOTOTHEK TH. IMO

**Dr. Frank-Walter Steinmeier** ist Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt in leicht gekürzter Fassung die Rede wieder, die er am 7. September 2015 in Berlin anlässlich der Trauerfeier für den am 19. August 93-jährig verstorbenen großen Vordenker der Ostpolitik, Egon Bahr, gehalten hat.

# Dankbares Erinnern an einen großen Friedenspolitiker

Persönliches und Politisches zur Trauerfeier für Egon Bahr am 7. September 2015 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin | Von Frank-Walter Steinmeier

Egon Bahr hat uns verlassen – nach 93 vollen und erfüllten Lebensjahren. Uns allen war er nah, bis zuletzt. Viele, die heute hier sind, haben noch in den letzten Tagen mit ihm gelacht, gestritten, gegessen und getrunken. Ich selbst habe mit ihm noch kurz vor seiner letzten Reise nach Moskau zusammengesessen. Er war voller Sorge um das Verhältnis zu Russland, um die neuen Gräben zwischen Ost und West – zu Recht. Und vor wenigen Tagen hätten wir wieder beisammensitzen sollen. Wir waren verabredet, aber es kam nicht mehr dazu. Er wollte von seinen Eindrücken berichten – nach seinen Gesprächen mit Gorbatschow und anderen erprobten russischen Gesprächspartnern. Wie so oft in den letzten Jahren! Jetzt fehlt mir seine Stimme, noch mehr sein Rat. Ich werde beides vermissen.

*„Er war der Stellwerker, der die Weichen gestellt hat in unsere wiedervereinte, friedliche, europäisch geeinte deutsche Gegenwart."*

Aber nicht nur das. Sondern auch beispielsweise unser kleines, regelmäßiges, vertrautes „Tabakskollegium". Alle paar Monate meldete er sich an mit den Worten: „Ich brauche genau eine Stunde!" Fünf Minuten vor der Zeit war er da, setzte sich in den großen Sessel rechts von mir, kramte Zigarettenschachtel und Feuerzeug aus der Jackentasche und hielt sie provozierend vor meine Nase. Dann immer dasselbe Ritual. Ich sage: „Egon, Du weißt doch, ich bin mühsam zum Nichtraucher geworden." Darauf er: „Kannst Du ja auch bleiben. Aber nimm eine, wirst sehen: es redet sich besser." Und dann saßen wir rauchend und redend die Stunde beieinander – bis er sagte: „Ich gehe jetzt, Du hast Wichtigeres zu tun." Und so pünktlich, wie er gekommen war, ging er hinaus, entschlossen und mit seinen bekannten kurzen Schritten und versprach zu berichten – von der nächste Reise, einer wichtigen Rede oder dem nächsten Buchprojekt.

***

Jedem von uns werden in den letzten Tagen Begegnungen mit Egon, Auftritte und große Reden in Erinnerung gekommen sein. Aber für die meisten ist es nicht bloße Erinnerung. Sondern: Egon Bahr hat uns geprägt! Gewiss und vor allem durch seine Politik. Der Aufbruch der Neuen Ostpolitik, der „Wandel durch Annäherung", der mit der Losung von Tutzing 1963 begann, den er ab 1966 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes minutiös vorausplante, und der unter Willy Brandt im Kanzleramt mit der Politik der Kleinen Schritte Wirklichkeit wurde, zu den Ostverträgen, dem KSZE-Prozess und schließlich zur Wiedervereinigung und zum Zusammenwachsen Europas führte.




PICTURE ALLIANCE/DPA/RALF HIRSCHBERGER

**Die Kunst des Zuhörens: Egon Bahr, der am 7. September 2015 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin seine letzte Ruhe fand, beherrschte sie wie wenige. Hier im Gespräch mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei einer Klausurtagung des SPD-Bundesvorstands im Februar 2015 auf dem brandenburgischen Gut Borsig bei Nauen.**

„Ich habe mein Ohr auf die Schiene der Geschichte gelegt", sagte Egon in großer Bescheidenheit über sich. Aber in Wahrheit war er doch selbst der Stellwerker, der die Weichen gestellt hat in unsere wiedervereinte, friedliche, europäisch geeinte deutsche Gegenwart. Von diesem, seinem politischen Vermächtnis sprechen die Nachrufe in den Zeitungen. Und das zu Recht!

Doch wenn ich in diesen Tagen zurückdenke an ihn, dann spüre ich eines noch deutlicher: Er hat uns nicht nur durch seine Politik geprägt – er hat uns durch Haltung und Persönlichkeit geprägt. Ausgerechnet er, der seinen eigenen Platz eher hinter den Kulissen der ganz großen politischen Bühne gesehen hat – er, der nichts so sehr schätzte wie seine persönliche Unabhängigkeit, der sich nicht vereinnahmen ließ durch die Medien, der seinen Rückzug in die Grunewald-Wohnung mit seiner Frau Adelheid und den Blick in den wunderschönen Garten genoss, der sich wohlfühlte mit seinen Büchern, seinen wunderbaren Bildern – der von Breschnew geschenkte Chagall darunter – und seiner Musik, die er liebte. Gerade als diese besondere Person bleibt er für uns eine prägende Größe.

Und gerade als Person hinterlässt er in uns seine Spuren. Die Drei-Wort-Sätze eines Franz Müntefering, die unverblümte Entschlossenheit eines Gerhard Schröder – auch Sigmar Gabriel und jeder von uns wird sich ein Stückchen von Egon Bahr abgeguckt haben. Ich vermute, jedem hier war Egon nicht nur Freund und Ratgeber, sondern immer auch Maßstab und Ansporn. Wer ihm politisch nähergekommen ist, der muss seine wunderbare Fähigkeit zum Zuhören bewundert haben, seine Bereitschaft die Welt mit dem Auge des Gegenübers zu betrachten und die Geduld zum Ausloten von gemeinsamen Interessen, ohne die politische Lösungen eben nie entstehen können. Dass und wie man sie findet: Das war mein Dauergespräch mit ihm.

***

Und nicht nur meine selbst schon grau- oder weißhaarige Generation, sondern Scharen von jungen

Leuten waren fasziniert und inspiriert vom über 80-, über 90-jährigen Egon Bahr. Niemand im Willy-Brandt-Haus, kein Mitarbeiter, kein Besucher, der nicht zum vierten Stock hinaufstieg, hoffend, dass die Kaffeemaschine kochte und die Rauchschwaden über den Flur zogen – denn das hieß: Egon ist in seinem Büro! Selbst meine eigenen blutjungen Praktikanten im Bundestagsbüro: Reichstagsführung oder Ausschusssitzungen, das war Pflichtprogramm. Aber was wirklich zählt, das merkte man in Fragen wie: „Darf man den Egon Bahr besuchen und würde der ein Selfie mit mir machen?" Ich habe mich jedenfalls jedes Mal darüber gefreut. Denn: In einer Zeit, in der es nicht mehr viele junge Leute in die Politik zieht, schon gar nicht in die Parteien – wie unendlich wertvoll sind Vorbilder, wie Egon Bahr eines war.

***

*„Für den Frieden ging er neue Wege. Willy Brandt und er wagten eine Politik, einst heftigst umstritten, heute aber geradezu außenpolitische Staatsraison."*

Egon Bahr war ein großer deutscher Außenpolitiker. Oder besser noch: Er war ein wahrer Friedenspolitiker. Das trieb ihn an. Auf die Frage, warum er 1956 in die SPD eingetreten sei, sagte er einmal: „Ich wollte nicht die Welt verbessern, und ich wollte auch nicht die Banken verstaatlichen. Ich wollte mithelfen, dass der Frieden bleibt." Für den Frieden ging er neue Wege. Willy Brandt und er wagten eine Politik, dereinst heftigst umstritten, deren Maximen uns heute geradezu zur außenpolitischen Staatsraison geworden sind. „Realpolitik" haben manche anerkennend, manche mit dem Unterton des Vorwurfs sein politisches Konzept genannt. Die, die sich anmaßten, seine Bereitschaft zum schonungslosen Blick auf die Realitäten als Preisgabe von Überzeugungen zu kritisieren, haben sein politisches Credo vermutlich nie verstanden oder wollten es nicht. Nicht Abfinden mit den Realitäten war sein Credo – im Gegenteil. Seine Überzeugung war: Du musst die Welt so nehmen, wie sie ist, aber du darfst sie nicht so lassen! Ein Satz, den er gern zitiert hat. Oder in seinen eigenen Worten: Du musst den Status quo kennen, damit Du ihn überwinden kannst! Und dazu gehört, dass Du mit Leuten reden musst, deren Einstellung Du nicht teilst. Dass Du nicht aufhören sollst zu reden, weil nach dem Reden meist nur Schlimmeres kommt.

Es ist kein Zufall, dass er die letzte große Rede vor seinem Tod in Moskau gehalten und diese seine Überzeugungen gerade an diesem Ort, der für Weichenstellungen in seinem politischen Leben ebenso steht wie für Schicksalsstunden im deutsch-russischen Verhältnis – dass er gerade an diesem Ort uns allen sein Vermächtnis noch einmal in Erinnerung gerufen hat. Ein Vermächtnis, das Hoffnung gibt in diesen schweren Zeiten – und in dem er sich mit Willy Brandt so einig war: dass die Macht des Geistes am Ende stärker ist als die der Waffen.

***

Zu diesem Vermächtnis gehört auch, es sich niemals zu einfach zu machen in der Politik. Politik war für ihn der Wettstreit um die besseren Antworten für offene Fragen. Er liebte ja gerade die schwierigen Gespräche. Ja-Sagen und Ja-Sager langweilten ihn. So war Egons Verstand: nüchtern, unendlich klug und wunderbar humorvoll. Als er Ende 1972 den Grundlagenvertrag ausverhandelt hatte und die Journalisten dachten, nun würde sich die Brandt-Regierung gehörig selbst abfeiern, sagte Egon nur: „Früher hatten wir gar keine Beziehungen mit der DDR. Jetzt haben wir wenigstens schlechte."

***

Unter dem wachen Verstand und der scharfen Zunge wohnte in Egon ein mitfühlendes Herz. Jedes Gespräch – und fast immer ging's um Außenpolitik und Osteuropa und Transatlantisches – eröffnete er mit derselben Frage: „Frank, wie geht es Deiner Frau?" Das war niemals eine

Floskel. Er hatte ein echtes, unverstelltes Interessen an Menschen. „Was nützt die Politik, wenn sie nicht den Menschen dient", war sein Satz. Genau so begann auch die Ostpolitik: mit den Passagierscheinabkommen in Berlin, mit konkreten Verbesserungen für das Leben im Osten nach dem Schock des Mauerbau.

Und letztlich war es auch genau diese Sensibilität, sein Herz und weniger sein nüchterner Scharfsinn, das es ihm erlaubte, Wege zu entdecken, wo andere sie nicht sahen und der erfolgreiche Verhandler und geduldige Brückenbauer zu werden, der er war. Es hat ihn aber auch verletzlich gemacht, dieses Herz. Kritik ertrug er, aber die Verleumdungen, den „Vaterlandsverrat", den manche ihm jahrelang entgegenschrien, das hat ihn tief gekränkt und lange geschmerzt. Liebe Freunde: Umso besser, dass seine Vision Wirklichkeit geworden ist. Nicht viele Politiker können das zu Lebzeiten mitansehen. Die Geschichte hat ihm Recht gegeben! Sogar Henry Kissinger und die CDU haben ihm am Ende Recht gegeben. Und von den dreien können sich maximal zwei irren.


PICTURE ALLIANCE/UPI

**Die Kunst des Verhandelns: US-Außenminister Henry Kissinger (links) begrüßt im Februar 1974 den Sonderminister der Bundesrepublik Deutschland, Egon Bahr, in Washington D.C. Es geht um die Beeinträchtigung der Transitwege von und nach West-Berlin und die Verantwortung der drei Westmächte für das Funktionieren des Berlin-Abkommens. In den Jahrzehnten danach sind beide Staatsmänner politische Freunde geworden. Am 17. September 2015 wird Henry Kissinger in Berlin bei der offiziellen Gedenkfeier für Egon Bahr eine Abschiedsrede halten.**

***

„Ich weiß noch", erzählte Egon einmal über die Kriegsjahre, „wie wir eines Tages, als der Krieg längst verloren war, eine britische Lancaster abgeschossen haben und wie ich abends im Stroh lag und dachte: Eigentlich müsstest du dich schämen, aber du schämst dich nicht. Der Firnis der Zivilisation ist dünn." Und so trieb ihn bis zuletzt die Sorge um den Frieden, die Friedensfähigkeit unserer Gesellschaft – im Inneren wie im Äußeren. Deshalb dachte und machte er weiter, sprach mit jungen Menschen, war voller Initiative.

Erst kürzlich, so hörte ich, nach einem stressigen Tag, an dem er seine Leute ziemlich auf Trab gehalten hatte, standen einige Mitarbeiter abends – Egon war nach Hause gefahren – in der Kaffeeküche im Willy-Brandt-Haus beisammen, und ein junger Mitarbeiter seufzte: „Was macht Egon eigentlich, wenn wir mal nicht mehr sind?" Egon hat über diese Anekdote schallend gelacht. Er hat wohl geahnt, dass es eher anders kommen könnte. Und in der Tat: Jetzt – auf einmal – müssen wir ohne ihn auskommen. Damit wir das können, sollten wir dankbar und aus vollem Herzen die beiden Geschenke annehmen, die uns erhalten bleiben: Egons politisches Vermächtnis in unserem Land und sein persönliches in uns selbst.

Egon wird uns unendlich fehlen – das Gespräch, sein Rat und seine Nähe. Was uns tröstet: Etwas wird bleiben. In unserer Erinnerung wird er leben, weiterleben. Wir werden ihn nicht vergessen. ◆


CHRISTIAN KRUPPA

**Prof. Dr. h.c. Egon Bahr** war Bevollmächtigter der Bundesregierung und Unterhändler der Verträge mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin – ein Vordenker der Ostpolitik und enger Weggefährte Willy Brandts. Am 19. August 2015 starb er 93-jährig in Berlin. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt in leicht gekürzter Version seine letzte öffentliche Rede wieder, gehalten am 21. Juli 2015 in Moskau bei der Vorstellung des Buches *Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland* von Wilfried Scharnagl.

# „Manchmal muss man sein Herz über die Hürde werfen“

## Empfehlungen für eine Position deutscher Politik zwischen dem unentbehrlichen Amerika und dem unverrückbaren Russland | Von Egon Bahr

Europa durchlebt derzeit die schwerste Krise seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Sie ist mit der Zukunft der Ukraine verbunden. Wie sie zu lösen wäre, erinnert an das Jahr 1969, als der erste Versuch einer deutschen Ostpolitik begann, erstarrte Fronten aufzulösen. Ist das heute wiederholbar?

Die Analyse zeigt Unterschiede wie Vergleichbarkeiten. Unverändert ist die Grundsituation: Damals wie jetzt liegt die Hauptverantwortung in Washington und Moskau. Ohne und gegen ihre Macht ist keine Regelung denkbar, die dem Anspruch auf friedliche nachhaltige Stabilität gerecht werden kann. Zwar sind in den 45 Jahren seither die beiden Großen schwächer geworden, aber damals wie heute wollen und werden sie offene Gewaltanwendung gegeneinander vermeiden. Die Erhaltung des Status quo hieß damals: Berlin, Deutschland und Europa wären keinen Krieg wert. Das gilt heute für die Ukraine und die Krim. In beiden Fällen sind die geostrategischen Fragen wichtiger, die ihr politisches Zusammenwirken verlangen.

*„Ohne Washington und Moskau ist keine Regelung denkbar, die dem Anspruch auf friedliche nachhaltige Stabilität gerecht werden kann.“*

Diese Konfliktfelder haben sich nicht verändert: der Nahe Osten mit Israel und Syrien, der Irak und Iran, Afghanistan und der Weltraum. Dazugekommen ist der Islamische Staat. Der Krieg gegen ihn spricht für ein Bündnis beider, das noch kein politischer Faktor geworden ist. Dazu kommt die Erfindung elektronischer Strahlen, die über alle staatlichen Grenzen hinweg in der Form von Handys unser Leben erleichtern und global als Mittel des Cyberwar Waffen darstellen, gegen die es keinen sicheren Schutz gibt. Ob die damit verbundenen Probleme friedlich gemeistert werden können, ist offen.

Damit sind wir in der Gegenwart angekommen. Die Welt ist fast nicht mehr wiederzuerkennen. Der amerikanische Traum von der Unipolarität und Unverwundbarkeit wurde durch Schläge des internationalen Terrors gegen die Türme in New York zu Staub. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Russland ist kleiner und schwächer geworden. Putin fiel die Aufgabe zu, den Stolz seines Volkes wiederzubeleben, dem es schwer fiel zu verstehen, dass es sogar den Deutschen besser geht als ihnen, die doch unter großen Opfern den Krieg gewonnen hatten.

Barack Obama begann seine erste Präsidentschaft mit der Erklärung, das amerikanische Streben nach Überlegenheit durch Zusam-




**Seine letzte Rede: Egon Bahr am 21. Juli 2015 in Moskau beim Vortrag seines hier leicht gekürzt wiedergegebenen Textes.**

menarbeit mit Russland zu ersetzen. Nach der Wiederwahl fühlte er sich stark genug, seine Doktrin in West Point zu verkünden. Danach wollen die USA Krisen durch Verhandlungen regeln und ihre Streitkräfte nur einsetzen, wenn sie angegriffen werden. Mit anderen Worten: Präsident Obama will aus der zweiten Reihe führen und weist damit seinen Verbündeten größere Verantwortung zu.

Die haben wir nun. Obama musste keinen anderen Staat fragen, um das zu verkünden. Das nenne ich Souveränität. Den Buchstaben nach ist Deutschland auch souverän. Aber wir kennen die Unterschiede. 1969 wollte die Bundesregierung die Beziehungen zur Sowjetunion verbessern. Diesen Versuch der kleinen, nicht souveränen Bundesrepublik würde Washington kontrollieren. Die vierte Siegermacht, die Sowjetunion, würde das auch wissen. Natürlich gab es weder in Washington noch in Bonn eine Illusion über die Realitäten der Sowjetunion. Demokratie war das jedenfalls nicht.

Als aus der Sondierung Verhandlungen wurden, die zum Moskauer Vertrag führten, ist niemand auf die Idee gekommen, für den jeweils nächsten Schritt Bedingungen zu stellen oder gar mit Sanktionen zu drohen. Heute gibt es sogar die abwegige Idee, Moskau müsse seine Vergangenheit aufarbeiten, ehe es wieder glaubwürdiger Partner werden könnte.

George Bush, der weise Ältere, erklärte nach dem Ende des Kalten Krieges: „Russland muss sich nach seinen Traditionen entwickeln.“ Ich

füge hinzu: Demokratie gehört nicht dazu. Russland wird allein bestimmen, welche Schritte es zur Demokratie geht. Es wird eine Demokratie à la russe sein. Was kann der Westen anbieten? Die monarchistischen Modelle in London oder Tokio oder die weltweit erfolgreichste Einparteienherrschaft in Singapur? Ich habe auch noch keine Erwägung gehört, Sanktionen gegen China oder Saudi-Arabien zu verhängen, weil sie unseren demokratischen Vorstellungen nicht entsprechen.

2015 ist Deutschland der politisch und wirtschaftlich stärkste Faktor in Europa geworden. Aber militärisch, zur Beruhigung unserer vielen Nachbarn, sind wir keine Bedrohung. Wir könnten also wie zu Beginn der Entspannungspolitik sondieren und beginnen, einseitig Sanktionen gegen Russland abzubauen. Wir wollen wie damals eine festgefahrene Situation ändern und könnten bei einer positiven Resonanz auch alle Sanktionen beenden. Das liegt in unserer Kompetenz und entspricht unserem Interesse, auch dem unserer Wirtschaft. Ja, das sind Vorleistungen. Sie erinnern an das Wort von Willy Brandt: „Manchmal muss man sein Herz am Anfang über die Hürde werfen." Das war damals schwerer als heute.

Außerdem möchte ich, weil Michail Gorbatschow unter uns sitzt, daran erinnern: Als er

## Der Architekt der Ostpolitik

Egon Bahrs Verdienst war eine Entspannung, die den DDR-Bürgern nutzte und den Alltag der West-Berliner erleichterte – sein lebenslanger Einsatz für eine Friedenspolitik und einen konstruktiven Dialog ebnete den Weg zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990

Er war ein vielseitiger und einflussreicher Politiker – vor allem anderen aber wird er in Erinnerung bleiben als der Vordenker der Entspannungspolitik. Gemeinsam mit Bundeskanzler Willy Brandt gestaltete Egon Bahr als Staatssekretär im Bundeskanzleramt ab 1969 die deutsche Ostpolitik. Getragen von dem Gedanken, das Leben im geteilten Deutschland zu erleichtern, und der Überzeugung, dass nur in Übereinstimmung mit den Westmächten ein Wandel möglich sei, gelang es ihm, die Verantwortlichen in Moskau, Warschau und Ost-Berlin zum Abschluss von Verträgen zu motivieren, die die Folgen des Weltkriegs und der Teilung lindern halfen.




TIMOFEY KOLESNIKOV

**So wird er in Erinnerung bleiben: Egon Bahr am 21. Juli 2015 in Moskau vor einem Foto, das ihn (rechts im Bild stehend) 45 Jahre zuvor bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 zeigt. Er war damals als Bevollmächtigter der Bundesregierung der Unterhändler des Vertrags.**

zusammen mit George Bush die außen- und sicherheitspolitische Struktur für das zu vereinigende Deutschland vereinbarte, hatte keiner der beiden eine Ahnung, dass es ein Jahr später die Sowjetunion nicht mehr geben würde. Keiner von beiden konnte seinen Nachfolger festlegen. Gorbatschow wurde nicht über den Tisch gezogen, entgegen den darüber verbreiteten Märchen. Die Deutschen wissen, was sie den beiden Staatsmännern verdanken und schulden.

Die beschriebene Aktion würde die Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West nicht ändern. Dass Obama Russland zu einer Regionalmacht herabgestuft hat, begegnet Putin, indem er beweist, dass ohne und gegen ihn keine dauerhafte Regelung möglich ist. Er hat die begründete Hoffnung, länger im Kreml zu regieren als Obama im Weißen Haus. Diese Zeitspanne und Perspektive reicht bis 2017. Die kürzere reicht bis zum Ende dieses Jahres für die vereinbarte Durchführung des Minsker Abkommens II, wofür die Amerikaner mehr Einwirkungsmöglichkeiten haben als die Russen. Was auch immer dabei herauskommen wird: Es kann nichts am Kurs der Bundesregierung verändern, die Beziehungen zu dem unentbehrlichen Amerika wie zu dem unverrückbaren Russland zu pflegen. Weil wir kein Protektorat mehr sind, kann dieses Stück Selbstbestimmung Europas mit der Emanzipation von Amerika beginnen. ◆

**1956:**
Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt und Egon Bahr, zu der Zeit Journalist, begründen ihre langjährige Freundschaft und Zusammenarbeit.

**1963:**
Bahr, von 1960 bis 1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und Sprecher des von Willy Brandt geführten Senats, stellt das Konzept „Wandel durch Annäherung“ vor.

**1966:**
Willy Brandt wird Außenminister, Bahr Sonderbotschafter und als Ministerialdirigent Leiter des Politischen Planungsstabes im Auswärtigen Amt.

**1969:**
Bahr folgt Brandt mit dessen Amtsantritt als Kanzler als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt. In enger Abstimmung mit Washington verhandelt er mit Moskau und Warschau über Verträge zu einem Gewaltverzicht und zur Normalisierung der Beziehungen, mit Ost-Berlin den Abschluss eines Transitabkommens und des Grundlagenvertrags.

**1972:**
Bahr wird Bundesminister für besondere Aufgaben und setzt gemeinsam mit Brandt die Ost- und Deutschlandpolitik fort. 1972 bis 1990 ist Bahr Mitglied des deutschen Bundestags.

**1974:**
Willy Brandt tritt als Folge der Guillaume-Affäre als Kanzler zurück. Bahr wird unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

**1976:**
Bahr scheidet er aus dem Kabinett aus und amtiert bis 1981 als SPD-Bundesgeschäftsführer.

**1980:**
Bahr wird Mitglied der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit unter dem Vorsitz des Schweden Olof Palme.

**1984:**
Bahr wird Honorarprofessor an der Universität Hamburg. In den folgenden Jahren ist er Empfänger zahlloser Preise und Ehrungen und Autor mehrerer Bücher. Geboren am 18. März 1922 im thüringischen Treffurt, stirbt er in der Nacht vom 19. auf den 20. August 2015 in Berlin.




**Michail Gorbatschow** war 1990 bis 1991 Staatspräsident der Sowjetunion. Durch seine Politik von Glasnost und Perestroika leitete er das Ende des Kalten Krieges ein. Der Friedensnobelpreisträger von 1990 ist einer der Väter der Wiedervereinigung. DER HAUPTSTADTBRIEF gibt eine Rede wieder, die er am 21. Juli 2015 in Moskau bei der Vorstellung des Buches *Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland* von Wilfried Scharnagl hielt.

# Vertrauen und Dialog wieder auf die Tagesordnung setzen

Plädoyer für das Bemühen, die deutsch-russischen Beziehungen auf ein neues Niveau zu heben | Von Michail Gorbatschow

Was uns heute am meisten bewegt, sind die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland. Wenn wir heute über die Beziehungen zwischen den Staaten und zwischen unseren Völkern sprechen, dann entsteht ein sehr, sehr buntes Bild. Es gab schon alles in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die Hälfte des Blutes in den Venen unserer Zarenfamilie war deutsches Blut. Deshalb sollte man über die große Nähe unserer Völker sprechen – im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, im historischen Bereich.

Wir kommen allerdings nicht umhin, auch zu erwähnen, dass unsere beiden Völker durch den Faschismus in einen Krieg hineingerissen wurden, der uns an den Abgrund getrieben hat, sowohl Russen als auch die Deutschen. Und im Endergebnis haben unsere beiden Völker das größte Leid durch den Faschismus getragen.

*„Man sollte über die große Nähe unserer Völker sprechen – im sozialen, im kulturellen, im historischen Bereich."*

Das Erstaunlichste ist, dass wir nach so einem schrecklichen Krieg mit großen Verlusten wieder zu Zusammenarbeit und Partnerschaft zurückkehren konnten. Das spricht für unsere Völker, das charakterisiert unsere Völker. Sie sind fähig zu großen Taten, sie sind bereit, große Verantwortung zu übernehmen. Dass wir zu unseren partnerschaftlichen Beziehungen zurückgefunden haben, ist das Wichtigste. Diese Fähigkeit dürfen wir nicht zerstören.

Dieser Prozess war alles andere als einfach nach der Beendigung des Kalten Krieges, nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Kalte Krieg war ein Dorn im Körper unserer Völker. Man musste etwas dagegen tun. Wenige haben geglaubt, dass überhaupt etwas möglich wäre. Es ist sehr gut, dass sich Menschen fanden, die sich selbst ans Steuer setzten und das Flugzeug über die Alpen, über die Berge auf völlig unbekannten Routen flogen. Am Steuer saß dabei ein Mensch, Franz Josef Strauß, der in der damaligen Sowjetunion als ein Teufel mit Hörnern dargestellt wurde. Er galt als der schlimmste und schrecklichste Gegner der Sowjetunion.

Dieser Mensch kam nach Moskau. Wenn wir Menschen einschätzen und charakterisieren wollen, dann müssen wir sie an ihren Taten messen. Der Mensch, der damals etwas unternahm, meinte, dass Russland und Deutschland wieder zu Zusammenarbeit und Partnerschaft zurückkehren sollten. Das beeindruckte mich damals tief. Später konnten wir sehen, dass




TIMOFEY KOLESNIKOV

**Ein mahnender „elder statesman“: Michail Gorbatschow am 21. Juli 2015 in Moskau bei seiner Rede anlässlich der Präsentation von Wilfried Scharnagls Buch *Am Abgrund*, für das Gorbatschow auch das Vorwort verfasst hat.**

diese Tat sehr, sehr sinnvoll war. Wenn wir solche Menschen haben, dann können wir die wichtigsten Probleme angehen und Antworten auf die kompliziertesten Fragen finden.

Generationen haben viel Blut verloren und viel Zerstörung erlebt. Wir sollten nicht aufwiegen, beide Völker waren gleichermaßen betroffen. Wichtig ist: Diese Völker kamen sich wieder entgegen. Aber heute will irgendjemand wieder alles zurückdrehen, eigennützige Interessen umsetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere partnerschaftlichen Beziehungen von außen verletzt werden! Es ist keine Zeit mehr zu zählen, wer heute mehr Fehler gemacht hat. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Die Spaltung darf nicht größer werden. Die Trennwand zwischen unseren Völkern, zwischen unseren Kulturen darf nicht dicker werden.

Wir haben einen Krieg überlebt. Wir haben den Kalten Krieg überlebt. Wir haben vieles durchgemacht. Aber wir haben doch ein hohes Niveau der Zusammenarbeit erreicht, nicht nur zwischen unseren Völkern, sondern auch für das Wohl Europas und der ganzen Welt. Einer der deutschen Präsidenten hat gesagt: Wenn Russland und Deutschland gut zusammenarbeiten, dann wird in Europa alles gut sein. Wir haben alles getan, damit das erreicht wird. Warum sind heute zwei gebildete Völker mit riesiger Erfahrung wieder dabei, ihre Beziehungen zu klären?

# Ermöglicher der deutschen Einheit

## Michail Gorbatschows Verdienst ist seine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung im Rahmen von EU und Nato

Die Politik der Entspannung zwischen Ost und West ist Michail Gorbatschows Lebenswerk. Erst durch seine Politik von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) während seiner Amtszeit von März 1985 bis August 1991 als letzter Generalsekretär der KPdSU (von März 1990 bis Dezember 1991 war er letzter Staatspräsident der Sowjetunion) wurde der Kalte Krieg Geschichte.

Michail Gorbatschow ist einer der Väter der deutschen Einheit. Am 7. Oktober 1989 mahnte er bei den Feierlichkeiten zum 40. Staatsjubiläum der DDR in Ost-Berlin Reformen an und sagte den berühmt gewordenen Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Einen Monat später fiel die Mauer. Im Juli 1990 handelten Michail Gorbatschow und Helmut Kohl mit ihren Delegationen im Kaukasus die Modalitäten der Wiedervereinigung aus.

Im Dezember 1991 unterlag Gorbatschow im Machtkampf mit dem damaligen Präsidenten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (SFSR) Boris Jelzin und trat als Präsident der Sowjetunion zurück, die sich am 26. Dezember 1991 durch Beschluss des Obersten Sowjets auflöste. Seitdem ist er weiter politisch tätig – so kandidierte er 1996 erfolglos bei den russischen Präsidentschaftswahlen und gründete 2008 die „Unabhängige Demokratische Partei Russlands“. Er ist Autor mehrerer Bücher und Gründer der Gorbatschow-Stiftung sowie des Internationalen Grünen Kreuzes.





**Im Mittelpunkt Gorbatschow: Entspannter Moment auf dem Weg zur deutschen Einheit. Im Bild (von links nach rechts, sitzend): Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl, Eduard Schewardnadse (stehend neben Kohl) und die Regierungsdelegationen, gruppiert um Raissa Gorbatschowa (Mitte). Aufgenommen am 16. Juli 1990 nahe dem kleinen Ort Archys bei Stawropol im Kaukasus, in dem die Wiedervereinigung ausgehandelt wurde.**

Ich bin mit Egon Bahr einer Meinung: Die Entwicklung in der Ukraine und in Europa ist sehr gefährlich. Deshalb muss man die Hauptrichtung der Politik verändern. Man muss das so machen, wie wir das in den 1980er-Jahren gemacht haben. Es schien damals, als wäre das Wettrüsten nicht aufzuhalten. Und die wichtigste Verteidigungswaffe auf jeder Seite schienen die Atomwaffen zu sein. Dass es damals gelungen ist, nicht nur das Wettrüsten zu stoppen, sondern zwei Arten der Nuklearwaffen überhaupt abzuschaffen, war eine riesige Erfahrung.

Nachdem ich Ronald Reagan zu unserem ersten Gespräch in Genf getroffen hatte, fragte mich jemand von unserer Seite: Was ist das Ergebnis? Ich antwortete: Es gibt kein Ergebnis. Ich sagte: Schuld an allem sind die Amerikaner. Und Reagan sagte, dass wir schuld an allem sind. Man fragte ihn: Was denken Sie über Gorbatschow? Er antwortete: Wissen Sie, das ist so ein engstirniger Bolschewik.

> *“Unsere Völker sind fähig zu großen Taten, sie sind bereit, große Verantwortung zu übernehmen.”*

Zu jener Zeit jagte der Begriff Bolschewik den Bürgern in Amerika noch Angst ein. Und unseren Bürgern wurde auch Angst eingejagt. Und dennoch: Wer wusste, was die Atomwaffen darstellten, der verstand, dass man sie abbauen musste. Deshalb erklärten wir damals als erste, dass ein nuklearer Krieg nicht zulässig sei, weil es da keinen Sieger geben kann. Damit war ein Punkt gesetzt, denn wenn ein solcher Krieg nicht zulässig ist, dann musste man die Atomwaffen abbauen.

Aber nach dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich die Situation. Wir haben es wiederum mit Militarismus zu tun. In allen Militärdoktrinen steht wieder der Satz, dass Regierungen zur Verteidigung zu Nuklearwaffen greifen dürfen. Dabei waren wir so weit gekommen: Wir haben riesige Mengen von Waffen vernichtet, auch Atomwaffen. Warum kann man diesen Prozess nicht fortsetzen? Warum kann man nicht aus der heutigen Situation einen Ausweg finden?

Noch herrscht Misstrauen. Die jüngsten Erklärungen auch von deutschen Politikern und dem Präsidenten der USA zeugen jedoch von gewissen positiven Veränderungen. Und wir müssen zu Vertrauen zurückfinden, zu Kontrolle und verantwortlichem Handeln – und zwar einschließlich aller Instrumente der Organisation der Vereinten Nationen. Man zählt die UNO nicht mehr zu den ernsthaften Organisationen, aber man muss dieses Instrument zurückgewinnen.

Ich lese viel, ich weiß, dass in Deutschland eine große Diskussion stattfindet. Aber es wird immer mehr und von vielen provoziert. Man versucht, Russland zu undurchdachten Handlungen zu verführen. Wenn aber in Regierungen oder unter Wissenschaftlern die Köpfe heiß laufen und es Versuche gibt, mehr Druck auf Russland auszuüben oder sogar mit Gewalt zu drohen, widerspreche ich immer. Wir sehen, es gibt positive Veränderungen bei Obama, es gibt positive Veränderungen in Europa.

Die Sechsergruppe, die sich mit dem Iran-Problem beschäftigt, hat doch etwas erreicht. Sie hat keine endgültige Lösung gefunden, aber sie hat doch eine Vereinbarung getroffen, die ersten Schritte gemacht. Deshalb rufe ich alle unsere Führungspersonen und alle handelnden Personen dazu auf, Weisheit und Verantwortung zu zeigen und anzustreben, Vertrauen und Dialog auf die Tagesordnung zu setzen. Denn Bauen ist viel komplizierter als Zerstören. Es ist einfach, auf einem Irrweg irgendwelche Lösungen mit Waffen herbeizuführen. Um das zu verhindern, sollte vonseiten der Russen und auch der Deutschen bald gesagt werden: Wir müssen den Stand unserer Beziehungen auf ein neues Niveau heben. ◆


PRIVAT

**Karolin Herrmann** ist promovierte Volkswirtin und Expertin des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi) für Haushaltspolitik und Haushaltsrecht. Sie hat etliche Studien des DSi verantwortet, zuletzt „Staat vor Privat? Risiken kommunaler Wirtschaftstätigkeit“. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt sie dar, warum der deutsche Steuerzahler die Kosten der Griechenland-Rettung erst langfristig spüren wird.

# Griechenland kostet uns nichts. Tatsächlich?

Die Griechenland-Rettungspolitik wird uns teuer zu stehen kommen – allerdings erst, wenn die Verantwortlichen bereits ihren Ruhestand genießen | Von Karolin Herrmann

Mitte Juli war es wieder einmal so weit. Alles drehte sich – wie in der gleichnamigen TV-Spielshow – um die Frage „Deal or No Deal?“. Sollte mit Griechenland über ein drittes Hilfspaket verhandelt werden – oder wäre es besser, sich auf eine regelgebundene Politik mit mehr Transparenz und Berechenbarkeit zu besinnen? Der Steuerzahler wüsste dies zweifellos zu schätzen. Und auch ordnungspolitisch spräche vieles für eine Rückkehr zu einer Politik der festen Regeln – waren es doch gerade die deutschen Verhandlungsführer, die seinerzeit 1991 bei den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht auf die Festschreibung der „No-Bailout“- oder Nichtbeistands-Klausel gepocht hatten.

Diese Nichtbeistands-Klausel erläuterte damals Horst Köhler, einer der Verhandlungsführer und später von 2004 bis 2010 Bundespräsident, wie folgt: „Es wird nicht so sein, dass der Süden bei den sogenannten reichen Ländern abkassiert. Dann nämlich würde Europa auseinanderfallen. Es gibt eine ‚no bail out rule‘. Das heißt, wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat verpflichtet, diesem Land zu helfen.“ (Interview in Der Spiegel 15/92)

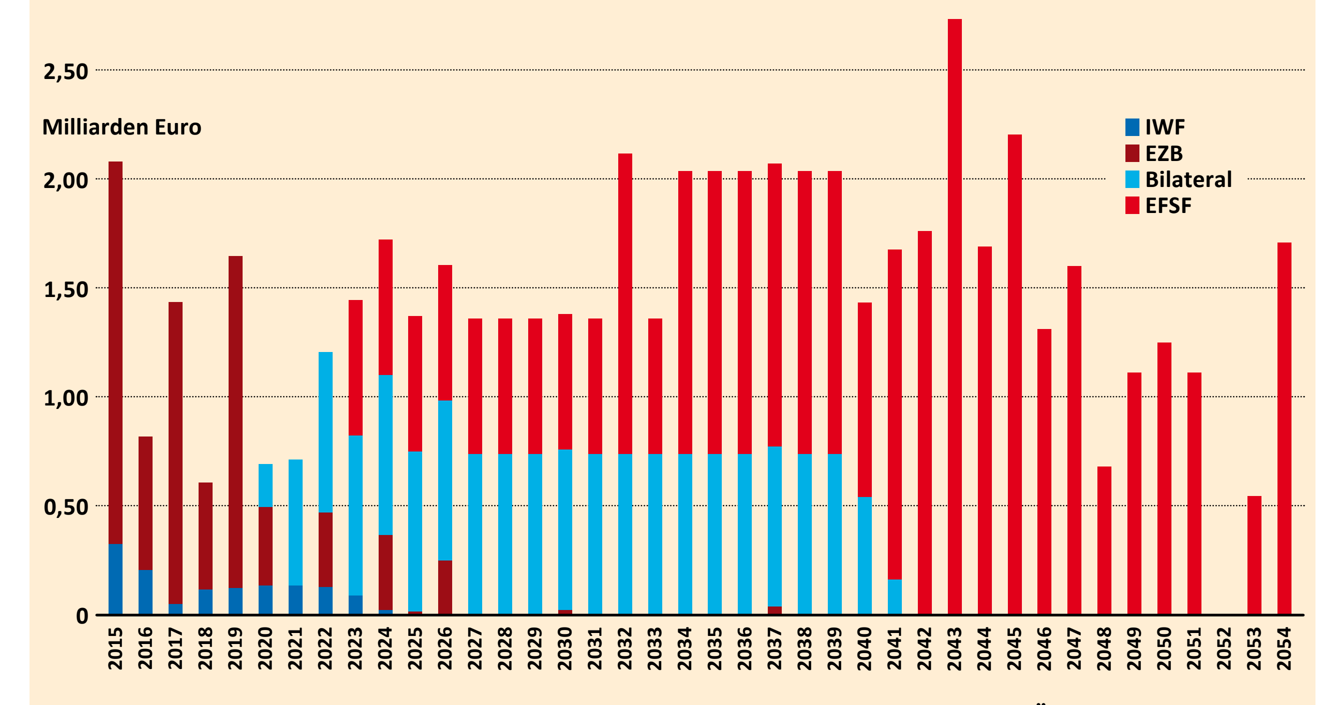
> *Zurückgezahlt werden müssen die Kredite an Griechenland erst eines fernen Tages: in den Jahren von 2023 bis 2054.*

Schön wär’s. Womit wir es tatsächlich zu tun haben, ist eine Situation, die häufig als „Moral Hazard“ bezeichnet wird. Aus der Versicherungswirtschaft entlehnt, bezeichnete der Begriff ursprünglich jene „moralische Unbekümmertheit“, mit der ein feuerversicherter Gebäudeeigentümer weniger Sorgfalt bei der Schadensvermeidung aufwendet als ein Hausbesitzer ohne Versicherung. Das Problem des fehlenden Anreizes zur Sorgsamkeit entsteht heutzutage, wenn die Institutionen im Euroraum den Akteuren Anlass geben, sich leichtsinnig bis verantwortungslos zu verhalten – weil die Aussicht auf Hilfeleistung und „freiwilliges“ Eintreten Dritter für entstandene Schäden zu erwarten ist. Das führt unweigerlich zu moralischer Verantwortungslosigkeit und endet in der einst ausdrücklich nicht gewollten Haftungsunion.

Die Abkehr von der regelgebundenen Wirtschaftspolitik hin zu einer Geldpolitik, die sich an den jeweiligen Gegebenheiten orientiert und im Einzelfall „Deals“ auf Kosten der Steuerzahler aushandelt, nahm ihren Anfang damit, dass Staaten dem Euroraum beitreten durften, obwohl sie die erforderlichen Auflagen nicht erfüllten. Die durch die EU-Kommission und den

# So werden Schulden auf die lange Bank geschoben

## Deutsche Kreditanteile an der Griechenland-Rettung und ihre Fälligkeiten




**Die deutsche Haftungssumme für Griechenland beläuft sich geschätzt auf über 80 Mrd. Euro. Über 50 Mrd. Euro davon sind klar bezifferbar, sie setzen sich aus den deutschen Anteilen an den bilateralen Krediten, den EFSF- und den IWF-Krediten zusammen – die Tabelle zeigt Höhen und Laufzeiten. Die restlichen Milliarden entfallen (geschätzt) auf Target-Salden und Ankäufe griechischer Staatsanleihen. Fest steht: Fällig werden die Verbindlichkeiten für den deutschen Steuerzahler erst, wenn die derzeit Verantwortlichen nicht mehr im Amt sein werden.**

Quelle: Bloomberg, Wall Street Journal, IMF, DSi-Berechnungen

Europäischen Rat zu überwachenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden von den meisten EU-Mitgliedstaaten zwischen 1998 und 2010 nicht eingehalten. Allein in diesem Zeitraum wurde die Defizitgrenze insgesamt 97-mal überschritten. Die Kommission beklagte in 68 Fällen einen Regelverstoß, ohne das Fehlverhalten ein einziges Mal zu sanktionieren. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt erwies sich schnell als zahnloser Tiger. Da der Großteil der Mitgliedstaaten seit der Einführung dagegen verstoßen hatte, fehlte überall der politische Wille, Sanktionen zu verhängen.

In Griechenland spitzte sich die Lage Ende 2009 nach der Wahl von Giorgos A. Papandreou zum Ministerpräsidenten zu, als die Pasok-Regierung feststellte, dass die abgewählte Regierung das Haushaltsdefizit falsch berechnet hatte. In der Folge wurde die Kreditwürdigkeit Griechenlands herabgestuft, die Risikoaufschläge der griechischen Staatsanleihen stiegen. Ein im März 2010 verabschiedetes Sparprogramm konnte die Lage nicht retten. Um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, beschlossen die Finanzminister der Eurozone das erste Griechenland-Rettungspaket.

Dieser „Deal“ beinhaltete ein zunächst für drei Jahre laufendes Hilfspaket mit einem Kreditvolumen in Höhe von 110 Milliarden Euro. Davon sollten 30 Milliarden Euro durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und 80 Milliarden Euro durch die Mitgliedsländer der Eurozone bereitgestellt werden. Der deutsche Anteil an den ausgezahlten bilateralen Krediten der Euroländer betrug am Ende gut 15 Milliarden Euro, der deutsche Anteil an den IWF-Hilfen kam noch

hinzu. Während die Rückzahlung der Kredite der Eurostaaten erst ab 2020 fällig wird, hat Griechenland bereits seit 2013 mit der Rückzahlung der IWF-Hilfen begonnen. Für diese haftet Deutschland gemäß seinem IWF-Kapitalanteil mit rund 6 Prozent. Zahlt Griechenland nicht mehr, haftet auch dafür der deutsche Steuerzahler.

Da das erste Griechenland-Rettungspaket das Vertrauen auf den Kapitalmärkten nicht wiederherstellen konnte, folgte ein zweites. Beim zweiten kamen 131 Milliarden Euro aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und weitere 12 Milliarden Euro vom IWF. Für mögliche Verluste aus den bereits ausgezahlten EFSF-Mitteln haftet Deutschland mit rund 38 Milliarden Euro. Ob und in welcher Höhe ein Haftungsfall eintreten wird, kann vorerst niemand wissen – denn zurückgezahlt werden müssen die Kredite erst eines fernen Tages: in den Jahren von 2023 bis 2054.

> *„Die deutschen Steuerzahler haben allen Grund, um ihr Steuergeld und das künftige ihrer Kinder und Enkel zu bangen."*

Und nun, im Sommer 2015, soll ein drittes Rettungspaket verabschiedet werden. Griechenland hat bis 2018 einen zusätzlichen Finanzbedarf von 86 Milliarden Euro angemeldet, über den derzeit verhandelt wird. Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten stimmte den Verhandlungen zu, obwohl die Europäische Kommission und der IWF der griechischen Regierung einen abnehmenden Reformwillen und eine erhebliche Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit attestiert haben. Hinzu kommt, dass die Einhaltung all dieser „Deals" durch die Gläubiger nur eingeschränkt kontrollierbar ist. Griechenland verfügt hier zwangsläufig über einen Informationsvorsprung und nutzt diesen geschickt aus. Die bereits getätigten Hilfszahlungen unterstützen die Macht- und Drohposition Griechenlands zusätzlich; denn als kleines Land mit großen Schulden kann es in moralischer Unbekümmertheit in Aussicht stellen, seine Gläubiger auf diesen Schulden sitzen zu lassen.

So nimmt mittlerweile kaum noch jemand an, dass Griechenland jemals in der Lage oder gewillt sein wird, seine Schulden zurückzuzahlen, weder mittelfristig noch in 35 Jahren. Nachdem das griechische Parlament beschlossen hatte, kurzfristig eine Reihe von Reformmaßnahmen umzusetzen beziehungsweise deren Umsetzung vorzubereiten, wurde dessen ungeachtet eine Überbrückungsfinanzierung im Rahmen des EFSM gewährt. Kurzfristig wurden bereits Mittel in Höhe von 7,16 Milliarden Euro aus dem EFSM bereitgestellt, weitere 5 Milliarden Euro sollen folgen, die Gesamtsumme wird mit dem geplanten dritten Rettungspaket verrechnet.

Und damit schließt sich der Kreis. Anstatt einen dringend erforderlichen Ordnungsrahmen einzuhalten beziehungsweise neu zu schaffen, der neben einem geregelten Austritt aus dem Euro auch eine Insolvenzordnung für Staaten vorsehen müsste, begnügen sich die Gläubigerländer weiterhin mit „Deals". Damit vertiefen sie die gegenseitigen Abhängigkeiten – sie schaffen eine Art Kartell. Objektive Bewertungsmaßstäbe und Analysen treten dabei zwangsläufig in den Hintergrund. Kurzfristige Symbolpolitik wird medienwirksam verkauft, der unausweichliche Zahltag um Jahrzehnte nach hinten geschoben – wenn die heute politisch Verantwortlichen längst ihren Ruhestand genießen. Die deutschen Steuerzahler haben allen Grund, um ihr Steuergeld und das künftige ihrer Kinder und Enkel zu bangen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. ◆

*Unter Mitarbeit von Daniel Junker, BdSt.*



Das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) als finanzwissenschaftliches Institut des Bundes der Steuerzahler, für das unsere Autorin Karolin Herrmann tätig ist, informiert über eine Vielzahl steuerrelevanter Themen auf seiner Website: www.steuerzahlerinstitut.de



KLAUS-PETER WILLSCH/GEORG KAPEHL

**Klaus-Peter Willsch** ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Bereits 2010 lehnte der CDU-Politiker als einer von fünf Koalitionsabgeordneten das erste Griechenland-Paket ab. Zuletzt stimmte er im August 2015 mit 62 weiteren CDU/CSU-Abgeordneten gegen die vorläufig dritte Griechenland-Hilfe. Am 31. August 2015 erschien sein Buch *Von Rettern und Rebellen*. DER HAUPTSTADTBRIEF veröffentlicht das Schlusskapitel seiner Euro-Rettungsbilanz in gekürzter Form.

# Die Eurokrise ist eine Geschichte des Versagens

## Die Bundesregierung war seit Beginn der Eurokrise vollkommen planlos und hat auch dem Bundestag gezielt Informationen vorenthalten | Von Klaus-Peter Willsch

Die Bilanz von fünf Jahren Euro-Rettungspolitik ist katastrophal. Lediglich in Irland und Portugal sinken die Schuldenstände allmählich wieder, wenngleich die Programmziele auch dort deutlich verfehlt wurden. Immerhin verließen beide Länder im Dezember 2013 beziehungsweise Mai 2014 planmäßig den Rettungsschirm und finanzieren sich seitdem wieder über die Kapitalmärkte.

Ob die Programmstaaten wieder dauerhaft und solide auf eigenen Füßen stehen, wird man abschließend erst in vielen Jahren beurteilen können. Der mittlere Schuldenstand in der Eurozone erreicht gemäß der Frühjahrsprognose der Europäischen Union im Jahr 2015 den Rekordstand von 94,4 Prozent. Regelmäßig prognostiziert die Kommission Verbesserungen in ihren vierteljährlichen Berichten. Die im Fiskalvertrag implementierte 1/20-Regel leistet keinen Beitrag zur Rückführung der Schuldenstände auf das im Vertrag von Maastricht festgeschriebene Höchstniveau von 60 Prozent. (Die Regel besagt: Jährlich muss ein Zwanzigstel der Differenz zwischen Schuldenstandsquote und der 60-Prozent-Marke abgebaut werden. – Anm. d. Red.)

> *„Wenn Mehrheitsbildung wichtiger wird als Meinungsfindung, wenn die Experten von gestern plötzlich die Spinner von heute sind, sollte man hellhörig werden."*

Die 1/20-Regel ist so konzipiert, dass jeder Schuldenstaat von ihrer Einhaltung befreit ist. Um die Zustimmung für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu erhalten, wurden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bewusst getäuscht. Heute heißt es auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums wahrheitsgemäß: „Für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts (November 2011) in einem Defizitverfahren befanden, also auch für Deutschland, greift die 1/20-Regel am Ende des dritten Jahres nach Korrektur des übermäßigen Defizits, für Deutschland also ab 2014."

Dass dieses Verfahren keineswegs ein Automatismus ist, zeigt das französische Negativbeispiel. Frankreich steckt seit 2009 im Defizitverfahren, eine Besserung der fiskalischen Situation ist nicht in Sicht. Die Neuverschuldungsquote liegt auch 2015 mit 4 Prozent deutlich über dem erlaubten Wert. Um die französische Verweigerungshaltung nicht (quasiautomatisch) sanktionieren zu müssen, verlängerte die Europäische Kommission das Defizitverfahren um zwei Jahre bis 2017. In der Theorie



FOTOLIA/COSMA

**Die Eurokrise ist eine Geschichte des Verlusts: Die Zentralbankpolitik der künstlich niedrigen Zinsen sorgt dafür, dass jeder Euro im Meer der Wertlosigkeit versinkt, der nicht gleich ausgegeben, sondern als Sparguthaben für die Altersvorsorge zurückgelegt wird. Die Guthabenzinsen wiegen noch nicht einmal die Kontoführungsgebühr auf.**

muss Frankreich erst ab 2020 mit dem Abbau seiner Schulden, die über dem Referenzwert von 60 Prozent liegen, um jährlich 5 Prozent beginnen.

Trotz alledem gelang es dem französischen Staatspräsidenten François Hollande, seinen ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsminister Pierre Moscovici als Wirtschafts- und Währungskommissar in der am 10. September 2014 von Jean-Claude Juncker neu aufgestellten Europäischen Kommission zu positionieren. In seiner Zeit als Finanzminister hatte Moscovici kein einziges Mal die Maastricht-Kriterien eingehalten. Als 2013 das französische Defizitverfahren um zwei Jahre verlängert worden war, bejubelte Moscovici dies als Ende der Sparpolitik mit dem Satz: „C'est la fin du dogme de l'austérité, il n'y a plus de fétichisme du chiffre." („Das ist das Ende des Spar-Dogmas, es gibt den Fetischismus der Zahlen nicht mehr." Anm. d. Red.)

Ein Wirtschafts- und Währungskommissar, der die Einhaltung von Defizitkriterien als Zahlenfetischismus bezeichnet, ist genauso eine Fehlbesetzung wie Kommissionschef Juncker höchstpersönlich. Noch während seiner Zeit als luxemburgischer Ministerpräsident ließ er keinen Zweifel an seinem Politikverständnis: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Seit dem Jahr 2005 war Juncker Vorsitzender der Eurogruppe und somit ein entscheidender Akteur in der Eurokrise. Auf einer Abendveranstaltung im April 2011 soll er gesagt haben: „Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen." Im politischen Jargon spricht man seitdem von der „Methode Juncker". In dieses Bild passt auch Wolfgang Schäubles Eingeständnis: „Auch wir bescheißen gelegentlich, auch wir verstoßen gegen Regeln." Schäuble gehört zu dem kleinen Personenkreis, der die Übernahme der Europäischen Union durch den Club Med zu

verantworten hat. Der Vorwurf, dass im Frühjahr 2010 zu spät gehandelt wurde, ist richtig. Aber nicht die Bundesregierung oder die europäische Staatengemeinschaft hätten handeln müssen: Griechenland war ein glasklarer Fall für den IWF.

Unter der Obhut des Währungsfonds hätte bis spätestens Februar 2010 eine Umschuldung eingeleitet werden müssen, aber Schäuble wollte das nicht. Er wollte den IWF aus der Eurozone heraushalten und verfolgte mit der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds eigene Pläne. Angela Merkel zauderte, sie scheute den Konflikt mit ihrem wichtigsten Minister. Das dreimonatige Hin und Her kostete den deutschen Steuerzahler Milliarden. Die Eurokrise ist eine Geschichte des gebrochenen Wortes. Mahnungen und Warnungen verhallten wie die Rufe Kassandras, die dazu verflucht war, die Wahrheit vorauszusagen – ungehört.

*„Nichts ist umsonst. Die Bundesregierung weiß das, versucht aber den Tag X möglichst lange hinauszuschieben."*

Es erinnert an die Dramatik einer schlechten Seifenoper, dass mit Mario Draghi ausgerechnet ein Vertreter eines traditionellen Weichwährungslandes zum EZB-Präsidenten auserkoren wurde. Draghi arbeitete von 2002 bis 2005 bei Goldman Sachs, der Investment Bank, die Griechenland dabei geholfen hatte, sich den Eintritt in die Eurozone zu erschwindeln und den wahren Schuldenstand mithilfe von Swap-Geschäften in den Jahren 2001 bis 2007 zu verschleiern.

Draghi stoppte nicht den Missbrauch der ELA-Notkredite. (ELA steht für Emergency Liquidity Assistance, zu deutsch: Notfall-Liquiditätshilfe. Damit dürfen die nationalen Zentralbanken marode Banken am Leben erhalten, wenn die EZB das billigt – Anm. d. Red.) Die griechische Zentralbank betrieb und betreibt Staatsfinanzierung durch die Notenpresse mithilfe von ELA immer dann, wenn die griechische Regierung die Zeit bis zum nächsten Rettungspaket überbrücken muss. Im Sommer 2015 belief sich die ELA-Notkreditvergabe in Griechenland auf mehr als 90 Milliarden Euro.

Indes kündigte Draghi bereits am 22. Januar 2015 ein 1,1 Billionen Euro schweres Anleihenkaufprogramm an. Bis September 2016 sind monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Milliarden Euro vorgesehen. Vordergründig will die EZB mit der Geldflut deflationäre Tendenzen bekämpfen. Da die Banken mittlerweile Strafzinsen zahlen müssen, wenn sie Geld bei der Zentralbank parken, dient das Quantitative Easing (QE) mittelbar auch dazu, den Markt für Staatsanleihen anzukurbeln. Während das Bundesverfassungsgericht den Europäischen Gerichtshof (EuGH) um eine Klarstellung bat, ob die Anleihenkaufprogramme der EZB noch von ihrem Mandat gedeckt sind, versteckt sich die Bundesregierung hinter der Floskel der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Dabei hat die EZB ihre Unabhängigkeit bereits zu Beginn der Eurokrise verloren. Sie treibt und wird getrieben. Das Abrutschen in die Schulden- und Haftungsunion erfolgt wie süs-

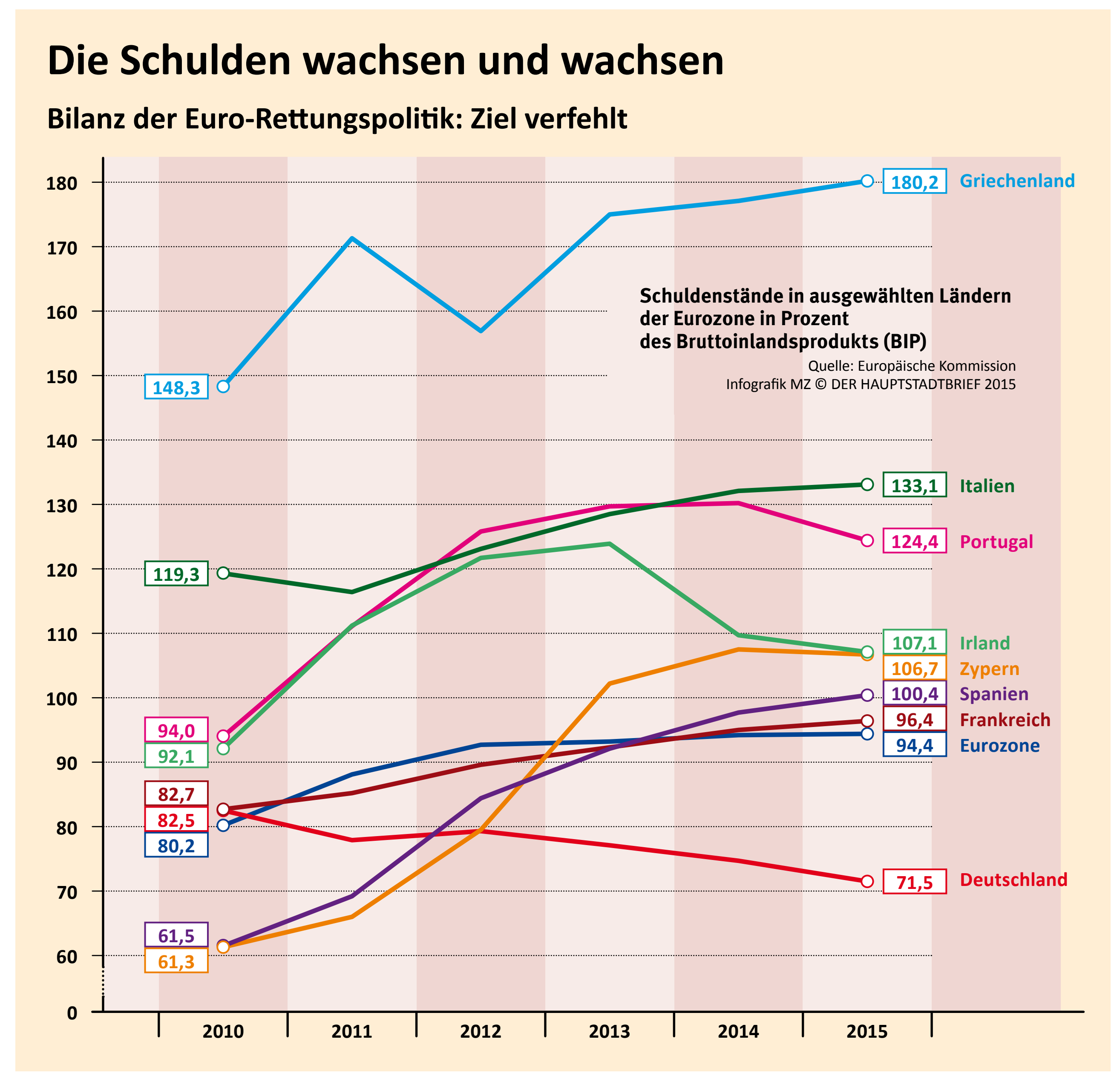
**IMPRESSUM** Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling (Redaktion), Janine Kulbrok (Anzeigen), beide c/o Verlag

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de

Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 8. September 2015 | Wiedergabe von Beiträgen
nach Genehmigung stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

DER HAUPTSTADTBRIEF erscheint mit acht Ausgaben im Jahr.

ISSN 2197-2761




**Nach 5 Jahren Euro-Rettungspolitik steht einzig Deutschland mit weniger Schulden da. In Irland und Portugal sinken die Schuldenstände zwar, aber nicht unter die Marke von 2010, also auch hier: Programmziel verfehlt. Was die übrigen Ländern betrifft, so spricht die Tendenz der gezeigten Kurven eine klare Sprache – und es wundert nicht, dass der mittlere Schuldenstand in der Eurozone 2015 beim Rekordstand von 94,4 Prozent liegt.**

ses Gift nahezu unbemerkt und schleichend. Die negativen Begleiterscheinungen treffen zunächst den deutschen Sparer ins Mark. Das zukunftsorientierte Sparverhalten vieler Deutscher wird torpediert, um die größtenteils durch Eigenverschulden entstandenen Probleme in anderen Ländern auszugleichen. Die Guthabenzinsen liegen deutlich unter der Inflationsrate und wiegen in den meisten Fällen noch nicht einmal die Kontoführungsgebühr auf.

Auch wer sich mithilfe einer Lebensversicherung oder eines Bausparvertrages absichern wollte, wird geschröpft. In Vergessenheit gerät dabei, dass der Medianwert der Nettovermögen in den Schuldenstaaten teilweise viel höher liegt als hier. Gemäß einer EZB-Studie verfügen 50 Prozent der Zyprer über ein Vermögen von über 266 900 Euro. Es folgen unter den Schuldenstaaten Spanien mit 182 700 Euro, Italien mit 173 500 Euro, Griechenland

mit 101 900 Euro sowie Portugal mit 75 200 Euro. Deutschland liegt in dieser Tabelle mit 51 400 Euro an letzter Stelle, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass Eigentum an Immobilien hier weniger verbreitet ist.

Die vielfach angeführte Behauptung, die Euro-Rettung hätte bisher noch nichts gekostet, ist falsch. Beim Schuldenschnitt in Griechenland im Jahr 2012 verlor der deutsche Steuerzahler 7,6 Milliarden Euro. Die Bundesbank musste im gleichen Jahr die IWF-Mittel um 41,5 Milliarden Euro aufstocken. Gleichzeitig bildete die Bundesbank Risikorückstellungen in Höhe von 14,4 Milliarden Euro (Stand 31. Dezember 2014).

> *„Die EZB hat ihre Unabhängigkeit bereits zu Beginn der Eurokrise verloren. Sie treibt und wird getrieben."*

Die Gewinnausschüttungen der Bundesbank an den Bundeshaushalt sanken dadurch deutlich. Schüttete die Bundesbank in den fünf Jahren vor Ausbruch der Eurokrise noch insgesamt 21,8 Milliarden Euro aus, waren es seit 2010 nur noch 11,1 Milliarden Euro. Legt man den Zeitraum zwischen 2005 und 2009 als Mittel an, entgingen dem Bundeshaushalt somit mehr als 10 Milliarden Euro. Die mickrigen Zinsgewinne aus dem ersten Griechenland-Hilfspaket in Höhe von 380 Millionen Euro können all das nicht aufwiegen.

Nichts ist umsonst. Die Bundesregierung weiß das, versucht aber den Tag X möglichst lange hinauszuschieben. Die öffentlichen Anhörungen sind ein eingeübtes parlamentarisches Ritual zur Selbstbeschäftigung und Selbstbestätigung der Abgeordneten. Wenn Mehrheitsbildung wichtiger wird als Meinungsfindung, wenn aus den Experten von gestern plötzlich die Spinner von heute werden, dann sollte man hellhörig werden. Das wurden auch viele.

Aber Gefolgschaft wird belohnt. Allein in der 311 Mitglieder starken CDU/CSU-Bundestagsfraktion können aktuell 144 Funktionen vergeben werden, die zum Teil mit zusätzlicher Bezahlung und/oder mit zusätzlichen Mitarbeitern und Büroräumen verbunden sind, Einfluss sichern oder schlicht persönliche Eitelkeiten befriedigen.

Dazu kommen die zahlreichen parlamentarischen Staatssekretäre und etliche von Bundestag, der Regierung oder den Fraktionen Beauftragte, zum Beispiel für Behinderte, Datenschutz oder für das Reformationsjubiläum 2017. Auf diese Weise wird ein beachtliches Duodezsystem aufgebaut – das gilt übrigens für alle Fraktionen. Ich wäre heute wohl haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber ich trauere dem nicht nach. Ich bin Jahrgang 1961 und stehe nicht mehr am Beginn meiner politischen Karriere.

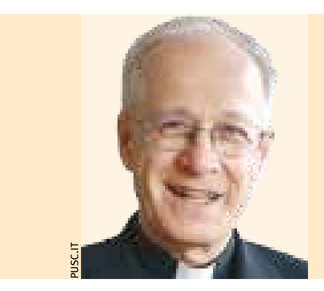
Dankbar bin ich vor allem dafür, dass mir das Leben fünf gesunde und wundervolle Kinder geschenkt hat. Natürlich gab es schwere Momente. Ein Kollege aus dem Haushaltsausschuss sagte einmal zu mir: „Mit so was wie Dir kann ich überhaupt nichts anfangen. Ich habe jeden Respekt vor Dir verloren." Das hat mich damals wirklich sehr getroffen. Unter dem Strich hat es sich gelohnt, meinem Gewissen treu zu bleiben und meine Positionen standhaft zu vertreten. Mittlerweile nehmen auch Kollegen abseits des Euro-Themenfeldes für sich in Anspruch, ihr abweichendes Abstimmungsverhalten im Plenum darzulegen. Es lohnt sich zu streiten. Nichts, was man im Leben von Herzen tut, ist vergebens. ◆





Das Buch von Klaus-Peter Willsch trägt den Titel *Von Rettern und Rebellen: Ein Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie* und ist am 31. August 2015 im Münchner FinanzBuch Verlag erschienen. Koautor der Euro-Rettungsbilanz, aus der wir oben nur einen Appetitanreger veröffentlichen, ist Christian Raap. Die gebundene Ausgabe (19,99 Euro) hat 288 überaus lesenswerte Seiten und ist auch als Kindle Edition für 15,99 Euro erhältlich.

Aktuelles von Klaus-Peter Willsch gibt es unter www.facebook.com/klauspeter.willsch (Abbildung) sowie auf seiner Website www.klaus-peter-willsch.de


PUSC.IT

**Prof. Dr. Martin Rhonheimer** lehrt Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und ist Präsident des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy, Wien. Auf der Konferenz des Ludwig von Mises Instituts Deutschland sprach er im Mai 2015 über die christliche Ethik der Freiheit. Im HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum Marktwirtschaft, Privateigentum und Eigenverantwortung mit dem christlichen Menschenbild am besten vereinbar sind.

# Christliche Freiheitsethik und Kapitalismus sind wesensverwandt

In kirchennahen Kreisen steht Kapitalismus nicht selten für rohe Profitgier – eine irrige Auffassung, denn gerade die Marktwirtschaft liegt der christlichen Ethik am nächsten | Von Martin Rhonheimer

Das Wort Kapitalismus scheint ein Unwort zu sein. Nicht nur in eher sozial-linksgerichteten christlichen Kreisen, auch in freiheitlich-marktwirtschaftlich orientierten katholischen Zirkeln höre ich das. Das Wort stamme von Marx, wurde mir von christlich-konservativer Seite gesagt, und könne unmöglich in einem positiven Sinne verwendet werden. Ich war verblüfft und widersprach. Denn das Wort stammt aus der klassischen Ökonomie.

„Kapitalisten" nannten, lange vor Marx, vor allem die großen klassischen Ökonomen Jean-Baptiste Say und David Ricardo die Unternehmer und Produzenten beziehungsweise ihre Kapitalgeber. Marx übernahm diese Terminologie der Ökonomen seiner Zeit und sprach von der „kapitalistischen" Produktionsweise. Das Wort Kapitalismus selbst verwendete er jedoch ebenso wenig wie Say und Ricardo. Erst mit den Soziologen Max Weber und Werner Sombart wird Kapitalismus zum wirtschaftshistorischen Epochenbegriff – als historisch-typisierende Kategorie.

> *„So überraschend es zunächst erscheinen mag: Kapitalismus ist letztlich die ‚Wirtschaftsform des Gebens'."*

**Was ist Kapitalismus?** Laut Brockhaus handelt es sich um einen „Anfang des 19. Jahrhunderts geprägten Begriff für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die durch Privateigentum an den Produktionsmitteln, privates Unternehmertum, das Prinzip der Gewinn- bzw. Nutzenmaximierung, Steuerung des Wirtschaftsgeschehens über den Markt, Wettbewerb, Rationalität, Individualismus und den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gekennzeichnet ist."

Obwohl der „Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit" nicht zwingend zu einer Definition von Kapitalismus gehört und eher irreführend ist, beschreibt der Brockhaus Kapitalismus also als eine Realität, die die Länder der freien Welt kennzeichnet und die sich vor allem durch die Entfaltung eines technologischen Fortschritts und – trotz verheerender Kriege und Wirtschaftskrisen – der Entstehung eines ebenso historisch beispiellosen Massenwohlstands charakterisiert.

Der Kapitalismus ist erfolgreich, weil er eine Wirtschaftsform ist, in der privater Reichtum zu Kapital wird – wenn er produktiv investiert wird und dadurch neuen Reichtum erzeugt, sei es direkt in Form eines größeren Outputs von

Gütern oder von technologischer Innovation, die mittelfristig zu einem Anstieg der Produktivität und der Reallöhne führt. So überraschend es zunächst erscheinen mag: Kapitalismus ist letztlich die „Wirtschaftsform des Gebens".

Der Kapitalist gibt von seinem Reichtum ab – und zwar auf eigenes Risiko. Unmittelbare Empfänger sind diejenigen, die durch sein produktives Investieren Arbeit und Lohn haben: Arbeiter und Angestellte, deren relativen Reichtum das mehrt. Der Unternehmer/Kapitalist erhält seinen Anteil – wenn alles gutgeht – später. Dass seiner dann höher ausfällt als die gezahlten Löhne und Gehälter, ist nur folgerichtig – zumal er sich den größeren Teil davon nicht auszahlen, sondern reinvestieren wird –, was wiederum den künftig von ihm Beschäftigten zugutekommt. Kurz: Im Kapitalismus kann nur reicher werden, wer auch andere reicher macht.

*„Der Sozialismus ist die ‚Wirtschaftsform des Nehmens'. Es wird verteilt, was man anderen weggenommen hat, bis alle gleich arm sind."*

**Der Sozialismus hingegen ist die „Wirtschaftsform des Nehmens".** Im Sozialismus wird verteilt, was man anderen weggenommen hat, so lange, bis alle – außer der privilegierten Schicht der Verteiler und Planer – gleich arm sind. Dann bricht das System zusammen. Der Kapitalismus ist die effizienteste, ja die einzige Wirtschaftsordnung, durch die potentiell alle Menschen und nicht nur eine kleine Gruppe von Staatsfunktionären zu Wohlstand gelangen können – auch wenn die Erfolgreichen dabei sehr reich werden. Aber eben nur, weil sie Erfolg hatten und auf Nachfrage stießen – und das setzt voraus, dass zuvor der allgemeine Wohlstand angewachsen ist.

Der Kapitalismus basiert auf dem Schutz des Privateigentums, das allein unternehmerische Anreize und Risikobereitschaft ermöglicht. Privateigentum ist nicht ein Problem, sondern die Lösung eines Problems: der Knappheit der Güter dieser Welt, und bis ins 19. Jahrhundert der Massenarmut und der Beschränkung von Wohlstand auf eine kleine privilegierte Minderheit, zu der man nicht durch Leistung, sondern allein durch Abstammung gehörte.

Der Kapitalismus respektiert die Tatsache, dass Menschen freie und selbstverantwortliche Individuen sind, die ihren eigenen Präferenzen folgen wollen, und dass deshalb Kreativität und Innovation nicht von oben verordnet und gesteuert werden können, sondern ihren Ursprung im unternehmerischen Handeln des Einzelnen haben – und dass die kapitalistische Marktwirtschaft genau diesem Grundzug der menschlichen Natur entspricht.

Der Schutz des Privateigentums und die unternehmerischen Anreize, die sich daraus ergeben, sind die Grundlage für den heutigen Massenwohlstand – der vermutlich größer und auch besser verteilt wäre, hätten nicht sozialistische, nationalistische, imperialistische und interventionistische Politiken die kapitalistische Wachstumsdynamik immer wieder behindert.

Die Meinung, Kapitalismus, Marktwirtschaft und Freihandel seien unfair und ausbeuterisch und müssten durch Maßnahmen des Staates in die richtigen Bahnen gelenkt werden, beruht auf Vorstellungen, die sowohl aus wirtschaftstheoretischer wie aus historischer Sicht falsch sind. Die Segnungen von Industrialisierung und technologischem Fortschritt, das stetige Anwachsen des Massenwohlstandes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehen auf einen Kapitalismus mit „rationaler Temperierung der Erwerbsgier" (Max Weber) und die durch ihn bewirkten technologischen Innovationen zurück. Henry Ford führte in seinen Fabriken bereits vor dem Ersten Weltkrieg den Achtstundentag ein – Jahrzehnte bevor solches in den USA gesetzlich vorgeschrieben wurde.

Ich vertrete die Auffassung, dass aus christlicher Sicht nicht nur nichts Verwerfliches am Kapitalismus ist, sondern dass er im Gegenteil



IMAGO/EPD

**Bei vielen Christen, nicht nur sozial-linksgerichteten, wird Kapitalismus pauschal gleichgesetzt mit Ausbeutung, Marginalisierung der Armen, verantwortungsloser Raffgier. Eine Auffassung, die von Unverständnis für die ökonomischen Bedingungen der Freiheitssicherung und unbegründeten Hoffnungen auf Staatsinterventionismus geprägt ist – und weit entfernt vom Freiheitsbegriff der Kirchenväter. Im Bild: Teilnehmer am Katholischen Kirchentag 2014.**

eine Wirtschaftsordnung darstellt, die tatsächlich am ehesten den Prinzipien christlicher Ethik und Soziallehre entspricht. Denn diese beziehen sich auf ein Bild des Menschen als freies und selbstverantwortliches Individuum.

**Die menschliche Freiheit gründet in Individualismus und Sozialbezug.** Gemäß der jüdisch-christlichen Offenbarung wurde der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen, als ein geistbegabtes Wesen – und deshalb gleichsam dazu verurteilt, das Gute und jeweils Richtige selber zu erkennen und zu wählen. Eine solche Freiheit begründet Verantwortung: Verantwortung für das eigene Tun und – in gewissen Grenzen – auch für dessen Folgen. Die biblische Offenbarung lehrt uns, dass die Welt dem Menschen übergeben wurde, „damit er sie bebaue und bewahre“. Arbeit ist Teilhabe an der göttlichen Schöpferkraft.

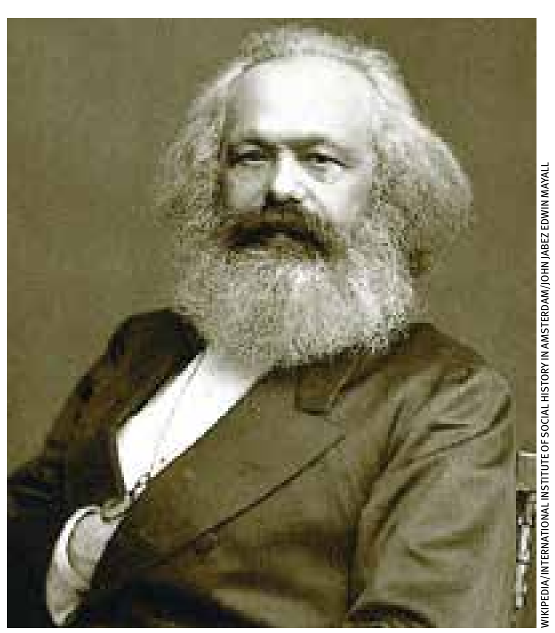
Menschliche Freiheit ist deshalb immer auch „Freiheit zu“ oder „Freiheit für etwas“. Wäre Freiheit nicht für das Gute, sondern einzig verantwortungsfreie Entscheidungsmächtigkeit, wäre sie Beliebigkeit. Das widerspricht nicht der Tatsache, dass aus liberaler Sicht Freiheit, nämlich politische und gesellschaftliche Freiheit, wesentlich „Freiheit von“ ist – Freiheit von Zwang beziehungsweise die Freiheit, sein eigenes Leben so zu leben, wie man es für richtig hält – innerhalb der Grenzen des Respekts vor der gleichen Freiheit der anderen. Beide Freiheiten müssen koexistieren können, und damit dies möglich ist, braucht es ein funktionierendes Rechtssystem.

Individuelle Freiheit schließt die Verantwortung für andere ein. Der Mensch tritt nicht als isoliertes Individuum in diese Welt. Er kommt zur Welt nicht wie ein auf eine einsame Insel verschlagener Robinson Crusoe, sondern als Kind seiner Eltern, abhängig von ihnen und dem Schutz der Gemeinschaft. Der Mensch ist gerade als Vernunftwesen von Natur aus instinktschwach und zur Entfaltung seiner Freiheit auf Hilfe anderer angewiesen.

Der Bezug zum anderen Menschen ist der menschlichen Freiheit eingeschrieben – einer Freiheit, in der individuelle Unabhängigkeit des Denkens und Handelns und soziale Verantwortung eine Einheit bilden. Wenn von „sozialer Verantwortung“ die Rede ist, sind wir heute leider daran gewöhnt, sogleich an den Staat, insbesondere den Sozialstaat, und an Umverteilung zu denken. Doch das ist verfehlt: Soziale Verantwortung und damit auch soziale Gerechtigkeit sind Eigenschaften des Handelns von Individuen, und keineswegs notwendigerweise Staatsaufgabe.

**Soziale Verantwortung zielt nicht auf ein diffuses Gemeinwohl**, sondern ist konkrete Verantwortung für andere – für Mit-Menschen. Der Staat hat, wie die katholische Soziallehre betont, eine rein „subsidiäre“ Funktion – die Aufgabe also, dem Individuum, der Familie und den kleinräumigen Sozialgebilden zu helfen, ihre jeweilige Aufgabe zu erfüllen: durch den Schutz des Privateigentums, durch die Garantie von Rechtsstaatlichkeit, durch die Sorge für öffentliche Sicherheit und unter Umständen – soweit es anders nicht effizienter geht – durch Infrastrukturen, die für unternehmerische Tätigkeit ein positives Umfeld bilden.

Dass der Mensch frei und selbstverantwortlich ist, heißt auch, dass er mit Seinesgleichen in wechselseitig vorteilhafte Tauschbeziehungen tritt. Während Raub nur einer Seite nutzt (und auf lange Sicht niemandem), ist freiwilliger Tausch – in Naturalien, Waren oder Geld – für beide Seiten von Vorteil, sonst käme er nicht zustande.



WIKIPEDIA/INTERNATIONAL INSTITUTE OF SOCIAL HISTORY IN AMSTERDAM/JOHN JABEZ EDWIN MAYALL

**Antikapitalistischer Kronzeuge, missverstanden: Wer Kapitalismus sagt und ihn für unheilvoll hält, nennt vermutlich Karl Marx als Kronzeugen und Schöpfer des Begriffs. Fälschlicherweise, denn „Kapitalisten“ nannte man, lange vor Marx, bereits Unternehmer und Produzenten. Marx übernahm diese Terminologie der Ökonomen seiner Zeit und sprach von der „kapitalistischen“ Produktionsweise. Das Wort Kapitalismus selbst verwendete er jedoch gar nicht. Erst mit den Soziologen Max Weber und Werner Sombart wurde Kapitalismus zur wirtschaftshistorisch-typisierenden Kategorie.**

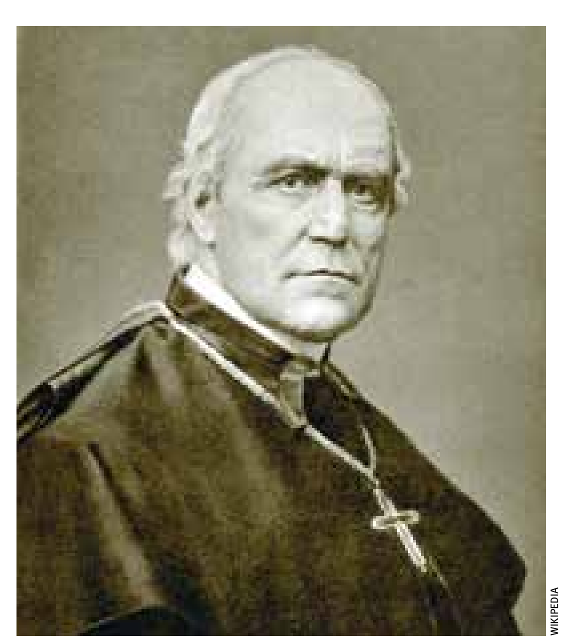
Der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises hat diese zugleich individualistische wie soziale Natur der Marktwirtschaft im Jahre 1940 in seinem Buch „Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens“ so auf den Punkt gebracht: „Die Marktwirtschaft ist durch zwei Elemente gekennzeichnet: es besteht Sondereigentum an den Produktionsmitteln und Arbeitsteilung. Jeder handelt für sich, doch jedermanns Handeln ist mittelbar auch auf die Erfüllung der Zwecke der anderen Handelnden gerichtet. (...) Jeder gibt, um zu empfangen; jeder dient, um bedient und bedankt zu werden. Jeder ist Zweck und Mittel zugleich: Zweck sich selbst und Mittel allen anderen zur Erreichung ihrer Zwecke.“

Familie und Markt als Grundpfeiler einer freien Gesellschaft setzen das Privateigentum und seinen Schutz voraus – durch Regierungen, die im Interesse der Freiheit möglichst dezentral und mit möglichster Autonomie der unteren Ebenen funktionieren sollten. Individuelle Freiheit und Staat sind keine notwendigen Gegensätze, in einem gewissen Sinne bedingen sie sich sogar gegenseitig.

Das Problem beginnt, sobald der Staat sich in privilegierter Weise für das Gemeinwohl zuständig hält. Die Auffassung, dass die Regierung besser über die Interessen der Bürger informiert ist als der Bürger selbst, hat leider nicht nur in Deutschland – dort jedoch recht ausgeprägt – Tradition. Die Einrichtung Staat ist indessen gut und sinnvoll, so lange sie das Recht

sicherstellt, das Eigentum schützt und für jene öffentlichen Güter sorgt, die aus irgendeinem Grund durch private Initiative nicht zur Verfügung gestellt werden können. Staat ist nicht gut, sobald er zu verteilen beginnt, was er seinen Bürgern zuvor weggenommen hat, um damit irgendeine Vorstellung einer „gerechteren Gesellschaft“ zu verwirklichen.

Die Kritik des heutigen Sozial- und Wohlfahrtsstaats – der sich im Übrigen nur mit Hilfe des inflationären Missbrauchs des staatlichen Geldmonopols über Wasser halten lässt – ist nicht mit einer unsozialen Haltung zu verwechseln. Wer die individuelle Freiheit und Verantwortung verteidigt, ist deshalb niemand, dem die Not seiner Mitmenschen und die immer noch grassierende Armut in weiten Teilen der Welt gleichgültig sind. Im Gegenteil. Klassische Liberale waren immer davon überzeugt, dass Freiheit und Eigenverantwortung zu Fortschritt und zu Wohlstand für alle führen. Auch das deutsche Wirtschaftswunder beruht auf dieser Überzeugung, wie sie vor allem von Ludwig Ehrhard konsequent vertreten wurde. Die Segnungen des umverteilenden Sozialstaates hingegen setzen falsche Anreize und wirken wie süßes Gift.


WIKIPEDIA

**Prokapitalistischer Kronzeuge, in katholischer Tradition: Für die Freiheit des Einzelnen und gegen den etatistischen Sozialstaat sprach sich Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, Bischof von Mainz, aus. 1864 warnte er in seiner Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ vor dem „Project der durch Majoritäten decretierten Staatshilfe“ und vor einem „immer weiter ausgebildeten Steuer- und Zwangssystem, an dem sämtliche Staaten fast zu Grunde gehen und bei denen freie Selbstbestimmung und Gesinnung gänzlich in den Hintergrund treten.“**

**Es gibt eine ehrwürdige katholische Tradition der Freiheit** und Kritik des modernen Sozialstaates, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Ihr bekanntester Vertreter ist Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, Bischof von Mainz. Im Jahre 1864 prangerte er in seiner Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ als die große Gefahr„das Project der durch Majoritäten decretierten Staatshilfe“ an. Gegenüber diesem sich verbreitenden Übel sei gerade für „sociale Zwecke“ die „individuelle Freiheit“ zu verteidigen. Die Gefahr sei „ein immer weiter ausgebildetes Steuer- und Zwangssystem, an dem sämtliche Staaten fast zu Grunde gehen und bei denen freie Selbstbestimmung und Gesinnung gänzlich in den Hintergrund treten.“ Ketteler war es auch, der die Staatstätigkeit zum ersten Mal als notwendigerweise „subsidiär“ bezeichnete.

Diese originär christliche Botschaft von individueller Freiheit und Selbstverantwortung klingt für heutige Ohren schon fast anarchistisch, hat aber mit Anarchismus nichts zu tun. Sowohl Bischof Ketteler wie auch die fast dreißig Jahre später erscheinende erste päpstliche Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ von Leo XIII. bezeugen aber gerade durch ihre Verteidigung von Freiheit und Privateigentum, dass das christliche Menschenbild für den Primat der individuellen Freiheit und der damit verbundenen Selbstverantwortung plädiert.

Meiner Meinung nach sind es letztlich das Unverständnis für die ökonomischen Bedingungen der Freiheitssicherung und irreführende Mythen über die Geschichte des modernen Kapitalismus, die Christen angesichts der immer wieder neuen sozialen Herausforderungen einer jeden Zeit zu dem Irrtum verführten, staatliche Eingriffe in das Privateigentum seien unumgänglich, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Heute jedoch sind wir zu

einem Punkt der Entwicklung gelangt, an dem dieser Staatsinterventionismus und dadurch erzeugte Freiheitsberaubung sowie mangelnde Selbstverantwortung immer deutlicher als das eigentliche Problem erkannt werden müssen.

**Marktwirtschaft und Kapitalismus sind nämlich für die menschliche Gesellschaft gut**, vorteilhaft und effizient, weil sie der menschlichen Natur entsprechen. Drei Arten von Gründen stützen diese Annahme: moralische, psychologische und erkenntnistheoretische. Die Marktwirtschaft ist dem Menschen aus moralischen Gründen angemessen, weil sie auf persönlicher Initiative, Freiheit und Selbstverantwortung beruht. Sie appelliert an jene menschlichen Kräfte, die für die Entwicklung ethischer Grundhaltungen die entscheidenden sind: Wahlfreiheit und Verantwortung für das eigene Handeln. Sie fördert und belohnt die Entwicklung von Voraussicht, Fleiß, Selbstbeherrschung, Kooperationsbereitschaft, die einen positiven Einfluss auf die Schaffung von wirtschaftlichem Mehrwert haben.

> *„Privateigentum ist nicht ein Problem, sondern die Lösung eines Problems: der Knappheit der Güter dieser Welt.“*

Im Unterschied zu Bürgern eines Wohlfahrtsstaates, der auf hohen Steuern, Zwangsumverteilung und beständigen Angriffen auf das Privateigentum beruht, erwarten Bürger einer Gesellschaft, die fundamental nach Marktprinzipien funktioniert und in der das Privateigentum hoch geachtet wird, die Lösung ihrer Probleme und der Probleme ihrer Mitmenschen nicht vom Staat – also von anderen und auf Kosten anderer. Der sich daraus ergebende Zwang zur Eigenverantwortung stimuliert unternehmerisch kreatives Verhalten und vitalisiert die Zivilgesellschaft.

Aus psychologischen Gründen ist Kapitalismus dem Menschen angemessen, weil eine freie Wirtschaft Anreize für die Anhebung des allgemeinen Wohlstandes liefert. Gleichzeitig reduziert sie den Anreiz, auf Kosten anderer zu leben. Dies ist angesichts der Schwäche der menschlichen Natur von besonderer Wichtigkeit. Der isolierte Mensch bedarf eines gesellschaftlichen Umfelds, das ihm die Anregungen gibt, seine Fähigkeiten und Kräfte in einer Weise zu nutzen, die sein freies Handeln und die Verfolgung seiner Zwecke zum Bestandteil sozialer Kooperation werden lassen.

Kapitalismus und Marktwirtschaft entsprechen auch aus erkenntnistheoretischen Gründen der menschlichen Natur. Sie lösen auf optimale Weise das sogenannte Wissensproblem, wie es vor allem von dem Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek analysiert worden ist. Es gründet in der Natur des Menschen und seiner Endlichkeit: Die Anmaßung, vollständiges Wissen und dadurch völlige Beherrschung der Welt zu erlangen, heißt, menschlichen Kräften zuzuschreiben und zuzumuten, was allein göttlichem Allwissen zusteht. Sozialismus und „social engineering“ stellen Formen dieser Anmaßung dar – die aufgrund der Schwäche seiner Natur für den Menschen immer eine Versuchung bleiben werden.

**Fazit:** Es existiert eine innere Verwandtschaft zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft auf der einen Seite und der christlichen Anthropologie des Menschen als freies, eigenverantwortliches Wesen, das dem Ebenbild Gottes gemäß geschaffen ist, auf der anderen Seite. Ihre fortschritts- und wohlstandserzeugende Wirkung beruht letztlich auf der Tatsache, dass allein diese Form des Wirtschaftens der menschlichen Natur entspricht. ◆



Unser Autor Prof. Rhonheimer ist Verfasser zahlreicher Bücher in mehreren Sprachen – zuletzt auf Deutsch erschien 2012 im Herder Verlag „Christentum und säkularer Staat“. Eine Liste seiner Publikationen findet sich auf seiner abgebildeten Uni-Website: docenti.pusc.it/?u=rhonheimer

Den Vortrag über „Christliche Ethik der Freiheit“ vom Mai 2015, der dem oben stehenden Beitrag zugrunde liegt, gibt es in voller Länger als Video beim Ludwig von Mises Institut Deutschland: http://www.misesde.org/?p=10679


WAREMA

**Angelique Renkhoff-Mücke** ist Gesellschafterin und Vorstandsvorsitzende der Warema Renkhoff SE und Tarifverhandlungsführerin des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. Für den HAUPTSTADTBRIEF bewertet sie die Kabinettsvorlage zur Reform der Erbschaftsteuer und gibt zu Protokoll, welche Punkte sie für gut und welche sie für schlecht für den Wirtschaftsstandort Deutschland hält.

# An die Erbschaftsteuer nur mit Samthandschuhen

Erben sollten einen Verkauf ihres Unternehmens oder einen Wegzug aus Deutschland gar nicht erst in Betracht ziehen müssen | Von Angelique Renkhoff-Mücke

Ich bin Familienunternehmerin. Als solche stehe ich zu meinem Unternehmen – wie und ob das Unternehmen als Familienunternehmen fortgeführt werden kann, ist für mich und meine Familie von großer Bedeutung. Entsprechend intensiv habe ich mich in den letzten Monaten in die Auseinandersetzung um die erbschaftsteuerliche Behandlung von Familienunternehmen eingebracht.

Familienunternehmen sind eine herausragende Säule unserer Wirtschaft. Mitarbeiterfamilien, Heimatregionen, ganze Bundesländer und Deutschland insgesamt verdanken ihnen einen wesentlichen Teil des heutigen Wohlstands und damit Perspektiven für unsere Kinder. Die Gestaltung der Erbschaftsteuer muss mittelständische und familiengeprägte Unternehmensstrukturen, ihre Flexibilität, ihre Innovationskraft und ihre Wachstumsmöglichkeiten sichern. Richtschnur der nun nötigen Reform kann nur unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, unsere ausgewogene Wirtschaftsstruktur und der Erhalt zukunftsfester Arbeitsplätze sein.

> *„Es ist leicht, ein erbschaftsteuerlich klügeres Land als Deutschland zu finden, und der Weg ist nicht weit."*

Der Regierungsentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer greift einige lange eingeforderte Anliegen des Mittelstands und der Familienunternehmer auf. Kleine Unternehmen sollen bei der Lohnsumme etwas mehr Luft zum Atmen erhalten. Das ist gut – und verträgt noch etwas mehr. Besondere Belange von Banken und Versicherungen werden jetzt berücksichtigt. Das ist allerdings eine Selbstverständlichkeit.

Die Schwellenwerte zur Abgrenzung großer, besonders besteuerter unternehmerischer Erbschaften wurden etwas angehoben. Das ist hilfreich, wurde aber mit höheren Steuern für sehr große unternehmerische Erbschaften erkauft. Das zeigt, wie schwer es ist, in politischen Verhandlungen das für unsere Wirtschaft Notwendige durchzusetzen. Neu eingeführt wurde eine zehnjährige Stundungsmöglichkeit für Unternehmenserben, die keine Verschonung beanspruchen. Das ist wichtig, aber in der Praxis noch nicht ausreichend. Speziell zum Schutz wichtiger treuer Ankeraktionäre in Großunternehmen mit Anteilen unter 25 Prozent muss hier nachgelegt werden.

Doch immer noch stellt der Regierungsentwurf die gesunde, in weiten Teilen von Unternehmerfamilien getragene Unternehmensstruktur Deutschlands grundlegend in Frage. Mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Reform könn-



FOTOLIA/HANSENN, FOTOLIA/ROBERT KNESCHKE

**Stabübergabe in einem Unternehmen, das einen Unternehmer hat: Wenn dessen Erben das Unternehmen weiterführen sollen und die dort Beschäftigten ihren Arbeitsplatz behalten wollen, geht das nur, wenn das Betriebsvermögen im Betrieb bleibt, statt als Erbschaftsteuer dem Finanzamt zuzufallen. Der Staat hätte dann Bargeld, aber die Beschäftigten keinen Arbeitsplatz und die Erben kein Unternehmen mehr.**

ten Erben ihre Unternehmen nicht zukunftsfähig weiterführen. Dazu sind die beabsichtigten Eingriffe zu hart und die Belastungen zu hoch.

Das beginnt bei der Frage, von welchem Vermögen wir reden. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass überwiegend betrieblich genutztes Vermögen auch erbschaftsteuerlich begünstigt wird. Der aktuelle Entwurf schränkt das auf für mich völlig unverständliche Weise ein. So fallen beispielsweise finanzielle Rücklagen zur Absicherung zukünftiger Pensionsverpflichtungen unter das Verwaltungsvermögen und sind somit nicht betriebsnotwendig. Damit müssen meine Erben zukunftssichernde Finanzmittel versteuern, obwohl sie das Geld zur Zahlung der Betriebsrenten später benötigen. Ähnlich sieht es beim Ansparen von Finanzmitteln für größere Investitionen aus. Solche Punkte sind kontraproduktiv und bedürfen der Korrektur.

Unsinnig sind die Auflagen, die Erben großer Anteile an Familienunternehmen aufgebürdet werden sollen. Beispielsweise sollen Gesellschafter 40 Jahre lang nahezu vollständig auf Erträge verzichten. Das ist ein inakzeptabler Eingriff in das Eigentum und reduziert die Beziehung zwischen Eigentümern und Unternehmen auf das unternehmerische Risiko. Wenn Kinder in Unternehmerfamilien erben, sollen sie dafür ihr halbes Privatvermögen einsetzen. Und neben dem Unternehmensanteil, aus dem sie keinen Ertrag ziehen dürfen, erben sie so gut wie nichts, weil sonstiges Erbe wegen komplexer Regeln weitgehend weggesteuert wird. Das ist weder eine Basis für künftiges Familienunternehmertum noch entspricht es meinem Verfassungsverständnis.

Völlig unverständlich ist, warum nach dem aktuellen Entwurf außerhalb der EU angesiedelte Tochterunternehmen nicht verlässlich begünstigt werden sollen. Diese für Heimatstandorte und ihre Arbeitsplätze unerlässlichen Anker auf den Weltmärkten werden so zu einer massiven Belastung für die Erben. Die Frage nach

der Anpassung der Unternehmensbewertung, die derzeit fern eines realistischen Marktpreises ist, wird in der Vorlage gar nicht behandelt, obwohl dies eines der Kernprobleme ist.

Falls diese Probleme nicht gelöst werden, werden Familienunternehmer wohl rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten, die das Unternehmen, aber in erster Linie auch die Erben schützen.

Das geht einmal per Wegzug in ein erbschaftsteuerlich klügeres Land. Es ist leicht, ein solches Land zu finden, und der Weg ist nicht weit. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim hat für die Stiftung Familienunternehmen untersucht, wie einige wichtige Länder ihre Familienunternehmer erbschaftsteuerlich behandeln. In acht dieser Länder, auch bei unseren Nachbarn Österreich, Schweiz und Polen, bleiben sie steuerfrei. Fast alle anderen verschonen Betriebsvermögen umfassend. Deutschland, weltweit führender Standort von Familienunternehmen, steht im ZEW-Ranking bisher auf Platz 12 von 18. Das ist etwas unattraktiver als Italien, Großbritannien, Irland und die Niederlande, aber attraktiver als Frankreich und Spanien, Finnland und Dänemark.

*„Wenn aber der Unternehmer einmal weg ist, zahlt er in Deutschland keine Steuern mehr."*

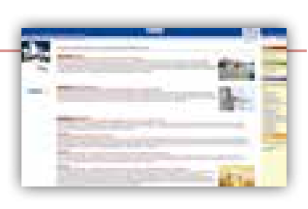
Mit der im Regierungsentwurf vorgesehenen Neuregelung würden wir weit zurückfallen und mit einer im Vergleich dramatischen Steuerlast auf Platz 16 landen. Getoppt werden würden wir dann nur von den USA, wo die Familienunternehmen langsam aussterben, und dem wirtschaftlich schwachen Belgien. Wenn aber der Unternehmer einmal weg ist, zahlt er in Deutschland keine Steuern mehr. Auch künftige Standortentscheidungen wird er anders sehen – mit negativen Folgen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze bei uns.

Die andere Möglichkeit, die Erben vor untragbaren Erbschaftsteuerlasten zu schützen, ist der Verkauf von Unternehmensanteilen oder des gesamten Unternehmens. Entsprechende Kaufinteressenten gibt es ausreichend. Allen voran Private-Equity-Gesellschaften und Unternehmen, die unter der deutschen Erbschaftsteuerregelung nicht zu leiden haben – also große, nicht familiengetragene Kapitalgesellschaften oder ausländische Unternehmen.

Die Folgen wären fatal: Die Zahl an hoch innovativen, für Arbeitnehmer attraktiven, regional verbundenen Familienunternehmen wird über die Jahre immer geringer. Der Mittelstand bricht Schritt für Schritt weg. Die Unternehmen teilen sich immer stärker in sehr kleine und in sehr große oder aus dem Ausland geführte Unternehmen. Große Familienunternehmen müssen an die Börse und finden international potente Käufer. Den Käufern ist nichts vorzuwerfen – auch ihre Unternehmen sind wichtig. Aber ohne den familiengetragenen Mittelstand und ohne den Rückhalt großer Unternehmen in starken Unternehmerfamilien fehlt Deutschland die besondere Stärke und Stabilität, die uns international heraushebt und auch in schwierigen Zeiten trägt.

Damit diese Stärke erhalten bleibt, sind die Abgeordneten aufgerufen, an die Reform der Erbschaftsteuer nur mit Samthandschuhen zu gehen. Dann werden sie verhindern, dass Familienunternehmer und ihre Erben unter Umständen einen Verkauf ihres Unternehmens oder einen Wegzug aus Deutschland in Betracht ziehen. Wir Unternehmer täten das nicht leichtfertig. Ganz im Gegenteil. Aber bei aller Heimatverbundenheit: Die Zukunft meines Unternehmens und die Frage, ob und wie meine Kinder es weiterführen können, hat für mich Vorrang vor allem anderen. ◆





Die von unserer Autorin Angelique Renkhoff-Mücke erwähnte Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) finden Sie unter der Überschrift „Erbschaftsteuerreform führt zu deutlichen Mehrbelastungen bei der Übertragung von Unternehmen" auf der Startseite der ZEW-Website: www.zew.de/de

**AMTRON®**
Ein Schritt voraus, um Ihr Elektrofahrzeug aufzuladen.

„Komfort neu entdecken mit der MENNEKES Charge APP“.





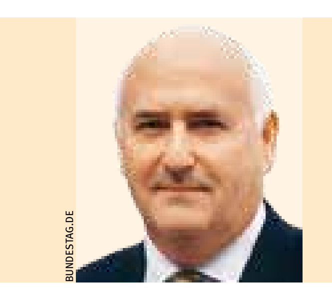




www.MeineLadestation.de




Plugs for the world


BUNDESTAG.DE

**Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) und Autor zahlreicher Europa-Bücher. Für den HAUPTSTADTBRIEF skizziert er die Schritte zu einer Europäischen Union, die handlungsfähig und führungsstark ist – statt ein Ort der Konfusion.

# Der EU eine Gestalt geben

## Die Europäische Union hat das Zeug, die strategische Führungsfrage beantworten zu können | Von Werner Weidenfeld

Die Europäische Union steckt in der Klemme. Existentielle Herausforderungen bannen die Aufmerksamkeit der Menschen – und die strategischen Lösungen bleiben aus. Die Liste der Themen liegt auf der Hand: Währungs- und Schuldenkrise, Flüchtlingsdramen, Terror-Attacken, weltpolitische Mitverantwortung an Konfliktlösungen, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Schieflagen. Bei alledem ist situatives Krisenmanagement zu beobachten – aber nicht die Perspektive einer strategischen Antwort.

Das Thema „Europa" wird täglich zum Gegenstand drastischer Überschriften, die Albträume vermitteln: „Der zerplatzte Traum" (*Focus*), „Union der Gegner" (*SZ*), „Nicht Europa, sondern Anti-Europa" (*Der Spiegel*), „Das monumentale Versagen des Politischen" (*WirtschaftsWoche*), „Bald wird sich entscheiden, ob Europa zerbricht" (*Die Welt*), „Europa muss kollabieren" (*Die Zeit*). Man muss sich nicht von jeder Albtraum-Schlagzeile mental anstecken lassen. Aber der drastische Oberflächen-Befund ist dennoch nicht zu umgehen.

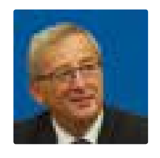
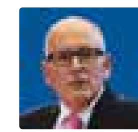
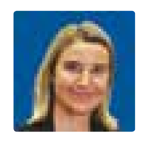
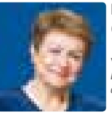
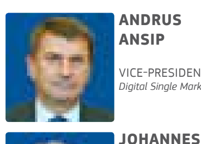
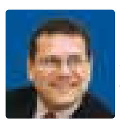
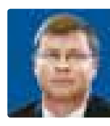
*„Europa zeigt sich als ein Kontinent der Fragezeichen und Ratlosigkeiten, die Europäische Union als ein Ort der Konfusion."*

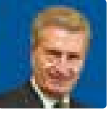
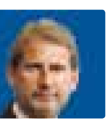
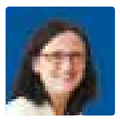
Europa zeigt sich als ein Kontinent der Fragezeichen und Ratlosigkeiten, die Europäische Union als ein Ort der Konfusion. Niemanden darf es überraschen, wenn deutlicher Vertrauensverlust in Politik und Demokratie zu registrieren ist und dem Populismus europaweit ein chancenreiches Betätigungsfeld geboten wird. In seiner sensiblen Rede vor dem Europäischen Parlament am 25. November 2014 hat Papst Franziskus von einem „gealterten und erdrückten Europa" gesprochen. Seine Forderung lautet: „Europa hat es dringend nötig, sein Gesicht wiederzuentdecken."

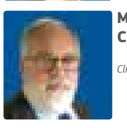
Zu diesem Gesicht gehören mehrere Elemente: Europas historische Erfolge, seine pragmatischen Alltäglichkeiten, seine Krisen. Nicht zuletzt gehören dazu seine gemeinsamen Erlebnisse, seine identitätsstiftenden Erfahrungen, kurzum sein Narrativ.

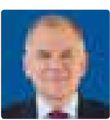
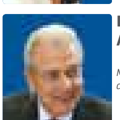
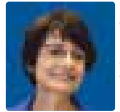
Zu den Kernelementen des europäischen Narrativs zählen nicht nur seine hegemonialen Katastrophen und seine großen Erfolge und seine Krisen. Immer wieder ist die Frage nach den europäischen Gestaltungsräumen und Gestaltungsprinzipien zu klären – und dabei immer wieder und immer dringlicher die Frage nach der Führungsstruktur. Auch gegenwärtig liegt hier der Schlüssel, um die Ära der Konfusion zu beenden: Die Führungsstruktur ist zu klären, um strategische Klarheit zu bieten. Die Inszenierung der diversen Machtspiele, die uns vorgeführt werden, verlangt nach Transparenz.

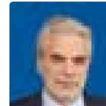


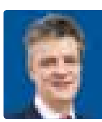
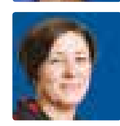
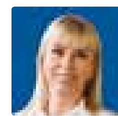
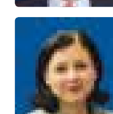
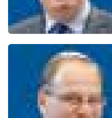
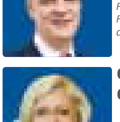
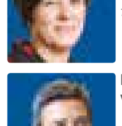
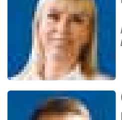
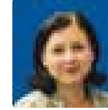








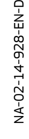











**Die EU-Kommission ist durch die Europawahl des Jahres 2014 politisch gestärkt worden. Die Nominierung des Kandidaten zur Kommissionspräsidentschaft hat die Position des Kommissionspräsidenten wesentlich verbessert. Parlament und Kommission sind nun zur eigentlichen Machtbasis von Präsident Juncker geworden.**

Der Status quo der Machtinszenierung kennt viele Magnetfelder, kennt multipolare Interaktionen und multidimensionale Wechselbezüglichkeiten. Da gehen im europäischen Alltag in den herkömmlichen rechtlichen Verfahren die Initiativen von der Kommission aus, die viele Ausschüsse und Komitees vorab befragt. Die Initiativen gelangen dann in ein Entscheidungsverfahren, in dem der Ministerrat und das Europäische Parlament die Entscheidungsmacht ausüben; meist werden der Wirtschafts- und Sozialausschuss ebenso wie der Ausschuss der Regionen dazu gehört.

Erscheint der Sachverhalt politisch bedeutsamer, zieht der Europäische Rat das Thema an sich. Hier ringen dann die verschiedenen Teilnehmer – vom Präsidenten des Europäischen Rates bis hin zu den besonders einflussreichen Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich um Dominanz.

Zusätzlich werden die Abläufe verkompliziert, wenn gar nicht alle 28 EU-Mitgliedstaaten mitwirken, sondern nur Teile, wie die 19 Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion. Wie ist in dieser Konfusion denn nun Klarheit zu schaffen?

Die Antwort lautet: Die Führungsfrage muss geklärt und diese Antwort dann transparent ausgestaltet werden. Erste Ansätze liegen auf der Hand:

**Erstens:** Die EU-Kommission ist durch die spezifische Umsetzung der Europawahl des Jahres 2014 politisch gestärkt worden. Die gemeinsame Interpretation des Lissabon-Vertrages durch die diversen politischen Spitzen in Sachen Nominierung des Kandidaten zur Kommissionspräsidentschaft hat die Position des Kommissionspräsidenten wesentlich verbessert.

Hier sind nun Parlament und Kommission zur eigentlichen Machtbasis von Präsident Juncker geworden. Juncker hat dies auch umgesetzt in grundsätzliche Initiativen wie die Schaffung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und die kraftvolle Forderung nach einer „Europäischen Armee“. Juncker ist es auch gelungen, beim Euro-Krisenmanagement auf Augenhöhe mit Mario Draghi, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, zu bleiben.

**Zweitens:** Dies scheint Bundesfinanzminister Schäuble zu viel an Führungsprofil geworden zu sein. Er will den politischen Einfluss der Kommission kappen. Das würde bedeuten, die Ansätze von dringend notwendiger Führung sofort zu vernichten, den dringenden Bedarf an Gestaltungsleistung der EU zu ersticken, bevor er wirklich befriedigt werden kann. Merkwürdig erscheint auch, wie der europapolitisch hoch erfahrene Bundesfinanzminister den Lissabon-Vertrag missversteht. Der Vertrag gibt der Kommission viel weitreichendere Aufträge als bloß die Rechtsaufsicht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbskontrolle, die Schäuble nun an unpolitische Agenturen auslagern will.

Der Vertrag beschreibt die Kommission umfassend als Hüterin der Verträge. Er lässt sie als Exekutive die Umsetzung der Ratsbeschlüsse vollziehen. Und – führungspolitisch höchst relevant – gibt er der Kommission das Initiativmonopol. Kein Gesetzgebungsvorgang beginnt ohne die Vorlage der Kommission als Initialzündung. Inzwischen beteiligt die Kommission sogar das Europäische Parlament in vorsichtiger Form an dieser Initiativposition, wodurch die Macht der Kommission zusätzlich abgesichert ist. Wie und warum die Attacke Schäubles ausgerechnet an diesem sensiblen Punkt der EU-Machtarchitektur angreifen soll, erscheint schleierhaft – kommt es doch vor allem darauf an, die Führung im machtvollen Gestaltungsraum der Europäischen Union auszubauen, statt die EU bloß ihre Ohnmacht pflegen zu lassen.

*„Die Führungsfrage in der Europäischen Union muss geklärt und diese Antwort dann transparent ausgestaltet werden.“*

**Drittens:** Die Position des Präsidenten des Europäischen Rats ist politisch aufzuwerten. Auch für dieses Amt sollte man ein direktes Wahlverfahren durch die Bürger der EU einführen. Im so gestärkten Rat könnten die Spitzen der Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Auffassungen höchst einflussreich einbringen. Zur Steigerung der Legitimation sollten die elementaren Teile der Ratssitzungen öffentlich übertragen werden. So entstehen dann auch neue Bestände des europäischen Narrativs.

**Viertens:** Die Wirtschafts- und Währungsunion bedarf eines kraftvollen politischen Rahmens, man könnte es politische Union nennen. Dies wurde bereits, wenn auch recht behutsam, im gemeinsamen Papier der fünf Präsidenten (Präsident der EU-Kommission, des Europäischen Rats, der Europäischen Zentralbank, der Euro-Gruppe, des Europäischen Parlaments) vom 22. Juni 2015 angesprochen, aber noch intensiver vom französischen Staatspräsidenten gefordert. François Hollande fordert eine europäische Wirtschaftsregierung mit einem Euro-Finanzminister, einem Euro-Budget und einem Euro-Zonen-Parlament.

Den Grundgedanken zu einem solchen starken politischen Rahmen hatte bereits vor der Konferenz von Maastricht der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl geäußert. Er bezeichnete die Überlegung, man könne eine gemeinsame Währung ohne eine solche politische Union schaffen – so wörtlich – als „abwegig“. Der Bundestag spendete ihm damals dafür Beifall – und die Geschichte gibt ihm recht. Der Gedanke der Wirtschaftsregierung wird vor allem dann nicht mehr zu umgehen sein, wenn die immer wieder vorgeschlagene Reform des EU-Eigenmittelsystems mit der Einführung einer Euro-Steuer realisiert wird. Da nicht alle Mitglieder der Europäischen




PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO/VIRGINIA MAYO

**Die Position des Präsidenten des Europäischen Rats (aktuell ist es Donald Tusk, hier am 1. Dezember 2014 bei seinem Amtsantritt) ist politisch aufzuwerten. Auch für dieses Amt sollte man ein direktes Wahlverfahren durch die Bürger der EU einführen. Im so gestärkten Rat könnten die Spitzen der Regierungen ihre Auffassungen höchst einflussreich einbringen.**

Union der Wirtschafts- und Währungsunion angehören, wird dies geradezu als Modellfall der „differenzierten Integration“ zu behandeln sein.

Solche Differenzierungen, an denen nicht alle Mitgliedstaaten teilnehmen, wird es in Zukunft noch häufiger geben: Sicherheitspolitik, Energiepolitik, Entwicklungspolitik. Also bedarf es auch wegen der Differenzierungen der größeren institutionellen Klarheit. Es liegt auf der Hand, dem Euro-Währungsrat einen hauptamtlichen Vorsitzenden zu geben, ihm das parlamentarische Unterfutter einzurichten und ihn dann anschließend nach einiger Zeit der Bewährung auch direkt wählen zu lassen.

**Fünftens:** Die Quellen der Legitimation der Europäischen Union sind grundsätzlich zu stärken. Das ist die Konsequenz des immensen Machttransfers auf die europäische Ebene in den letzten Jahrzehnten. Dazu muss das Europäische Parlament sein Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit intensivieren. Das Gleiche gilt für die europapolitische Dimension der nationalen Parlamente. Etliche Probleme der Legitimation könnten durch eine Rollenstärkung des Ausschusses der Regionen reduziert, wenn nicht gar gelöst werden. Die Globalisierung hat die regionalen Heimatbedürfnisse geradezu dramatisch intensiviert. Der Ausschuss der Regionen könnte zum Ort europäischer Identität werden.

Ähnliche Verstärkungen lassen sich im Blick auf den Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) angehen. Der Gedanke der partizipativen Demokratie ist auch auf europäischer Ebene ernst zu nehmen und zu implementieren. Dazu kann das in Artikel 11 EU-Vertrag eingeführte Bür-

gerbegehren zum Bürgerentscheid ausgebaut werden. Das Erscheinungsbild und die Erfahrungswelt eines partizipativen Europas würde eine hoch motivierte Union entstehen lassen.

**Sechstens:** In diesen Ordnungsrahmen sind alle Magnetfelder der Macht einzubringen: das Ringen der Staats- und Regierungschefs, der Streit der Parteien, das Wirken der Zivilgesellschaft, die mediale Vermittlung einer europäischen Öffentlichkeit. Auf einer solchen Grundlage klingt dann die Schaffung und Vertiefung eines aktuell wirksamen europäischen Narrativs nicht mehr so unwirklich.

**Siebtens:** Wenn die Führungsstruktur in transparenter, legitimationsschaffender Weise geklärt ist, dann wird auch das kulturelle Unterfutter des europäischen Systems weiter an Rationalität gewinnen. Die Wucht populistischer Slogans wird nachlassen. Beschwörungen, Warnungen, Befürchtungen im Blick auf neue hegemoniale Zeitläufte werden ihre Grundlage verlieren. Das Mikado der Machtspiele wird sich nicht auf Hinweise zu dem Streben nach Vorherrschaft Deutschlands, Frankreichs oder anderer Mächte konzentrieren. Wird oder soll oder muss Deutschland die strikte Führung in der Europäischen Union übernehmen? Diese tägliche Frage wird dann aus den Schlagzeilen verschwinden – ebenso wie die Überlegung, ob „der hässliche Deutsche“ wiederkehrt.

*„Die Position des Präsidenten des Europäischen Rats ist politisch aufzuwerten – durch eine direkte Wahl durch Bürger der EU.“*

Es ist interessant, dass in all den Krisenerlebnissen – wie dem Ringen um Kredite, der Diskussion um Zinssätze und der Kalkulation von Flüchtlingsquoten – doch immer wieder die Fragen auftauchen: Was macht „Europa“ eigentlich aus? Was hält die Europäische Union zusammen? Was ist spezifisch für diese Union? Wie ist die Identität der EU zu definieren? Durch diese drängenden und zugleich tiefer gehenden Fragestellungen wird greifbar, dass die EU mehr ist als ein Wirtschaftsraum, mehr ist als eine Währungsunion, mehr als ein bloßes Interessen-Gerangel. Die Europäische Union ist ein normatives Projekt! Es gilt, die Normen zu beschreiben und zu begreifen, nach denen die Europäische Gemeinschaft ihren politischen Raum gestalten will. Jeder, der einen Blick in die dramatischen Jahrhunderte der Geschichte Europas geworfen hat, weiß: Das Ringen um die Zukunft der Europäischen Union wird sich nicht konzentrieren auf finanzwissenschaftliche Seminardaten, sondern auf die Ausgestaltung eines normativen Projekts.

Es geht also nicht um die Traumtänzerei in eine neue historische Epoche. Es geht um die Gestaltung von Interdependenz, wechselseitiger Abhängigkeit. Die Dichte der Verwebung von politischen, ökonomischen, kulturellen, digitalen Sachverhalten hat sich längst jenseits traditioneller Grenzen des Nationalen wie des Regionalen realisiert. Ein immenser Machttransfer ist bereits vollzogen. Entweder man wird davon überrollt, entmündigt, ja erdrosselt – oder man schafft adäquate Gestaltungsräume wie eine handlungsfähige, führungsstarke Europäische Union. Dieser Gestaltungsraum bedarf der normativen Grundierung, der plausiblen Legitimation, der normativen Identität und der effektiven, klugen Führung. Daher greift auch die traditionelle Terminologie vom Bundesstaat, vom Föderalismus, vom Staatenbund nicht mehr.

Es geht vielmehr um etwas Neues für und in Europa. Für die Realisierung dieser neuartigen Union bedarf es ganz offenbar der strategischen Köpfe. ◆



Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Werner Weidenfeld, ist Autor zahlreicher Europa-Bücher, zuletzt erschien „Europa – eine Strategie“ im Kösel Verlag, München 2014, 128 Seiten, 12 Euro.





Wilkhahn
AKTIVIEREN KONZENTRIEREN ENTSPANNEN
Der neue IN mit Trimension®
3-D-Sitzen in Bestform
Der IN ist Liebe auf den ersten Sitz:
sympathisch und unglaublich komfortabel.
Mit Trimension, der einzigartigen Synchronkinematik
für gesundes Bewegungssitzen im Gleichgewicht.
www.wilkhahn.de/in



PRIVAT

**Marko Martin** ist Publizist in Berlin und Autor zahlreicher Reise-Reportage-Bücher. Das Reisen ist für ihn, Jahrgang 1970, der im Mai 1989 als Kriegsdienstverweigerer die DDR verlassen hatte, ein Mittel zum Verständnis einer Welt, die von Nahem besehen oft nicht die ist, als die sie aus der Ferne erscheint. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er anhand seiner Reiseeindrücke vom Mai 2015, wie fest in Kuba das Regime noch immer alles im Griff hat.

# Rum und Rumba, Revolutions-Folklore und Repression

Karibischer Reiz und Mini-Marktwirtschaft können nicht verbergen, dass Kuba ein Überwachungsstaat ist. Ein Augenzeugen-Essay | Von Marko Martin

Wer Kuba im Jahr eins der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Vereinigten Staaten verstehen will, tut gut daran, seine Schritte in Havannas schick restaurierte Calle Obispo zu lenken – quasi die gute Stube der maroden Hauptstadt. Besonders aufschlussreich ist hier allerdings ein Haus, das die Touristenmassen weiträumig ignorieren. Gleich am Eingang machen hier ein großes Porträt Fidel Castros im Stil der naiven Malerei und ein Display roter Che-Guevara-T-Shirts den Charakter der Institution deutlich: Im „Museo Nacional 28 de Septiembre" wird die kubanische Variante der Stasi-Blockwarte gefeiert – das „Komitee zur Verteidigung der Revolution" (CDR), dem über 85 Prozent aller kubanischen Staatsbürger angehören.

*„Noch immer und überall müssen ausländische Gäste in Hotels wie in Privatunterkünften jeden Tag der Polizei gemeldet werden."*

Auf bunten Wandbildern und in riesigen Pappmaché-Modellen schauen die Blockwarte wachsam aus Fenstern, postieren sich in Türrahmen oder werkeln auffällig-unauffällig in Innenhöfen – zum Einheits-Sound von „Viva la revolución, socialismo o muerte!" Genossin Rodriguez, die Kuratorin der sich über zwei Stockwerke erstreckenden Propaganda-Ausstellung, tippt mit rosé lackiertem Fingernagel stolz auf die von ihr entworfene Pappmaché- und Styropor-Architektur: „Hinter jedem Fenster, in jedem Hof einer von uns!"

Der Verdacht beschleicht den Besucher, dass das gähnend besucherfreie Haus auf der touristischen Vorzeigemeile vor allem dazu dient, die Kubaner nicht vergessen zu lassen, dass sie ganz offiziell beides sind – Überwacher und Überwachte. Das inzwischen 56. Jahr der Revolution (das Datum prangt auf diversen Plakatwänden) hat jedenfalls eine hochkomplexe, moralisch ambivalente Realität geschaffen, der klassische Formeln à la „Diktatur versus unterdrücktes Volk" längst nicht mehr gerecht werden. Selbst die Miniatur-Privatisierungen, die Raúl Castros Regierung seit einigen Jahren ermöglicht, scheinen sich in das System jener „gut geölten Zahnräder und perfekten Mechanismen" einzufügen, die einst Ernesto Che Guevara zu notwendigen Instrumente erklärt hatte, um einen „neuen Menschen" zu formen.

Zwar dürfen sich Privatbesitzer eines schrottreifen Moskwitsch oder Lada aus Sowjet-Produktion inzwischen Taxiunternehmer nennen – sie wurden dafür jedoch ebenso vom nach wie vor fest und unangefochten im Sattel sitzenden Parteiregime




**Kuba im Mai 2015. Das Spruchband über den beiden Castros lautet übersetzt: Unsere Pflicht ist es, bis zum letzten Augenblick zu kämpfen.**

handverlesen, wie vermeintlich frei schaffende Restaurant- oder Hotelbesitzer. Diese verwandeln mit viel Mühe und Liebe zum folkloristischen Detail vor allem in Alt-Havanna, aber auch in der pittoresken Kolonialstadt Trinidad, Wohnungen in Wohlfühl-Räumlichkeiten, in denen auswärtigen Gästen karibische Speisen serviert werden. Auch übernachten kann der Tourist in privaten Wohnungen, ohne zuvor von staatlichem Rezeptionspersonal ignoriert oder angeraunzt zu werden, gern auch in DDR-erlerntem Deutsch.

Subversive Refugien des Privaten oder Keimzellen mittelständischer Renitenz sind diese „Casas particulares" und „Paladares" allerdings nicht – da hat das Parteiregime vorgesorgt: Nur die Treuesten der Treuen erhalten die begehrten Lizenzen und bezahlen auf ihre Einkünfte nicht nur horrende Steuern, sondern wohl noch einen anderen Preis aus Gefälligkeiten und Gefügigkeiten. Noch immer und überall müssen ausländische Gäste in Hotels wie in Privatunterkünften jeden Tag der Polizei gemeldet werden. Und selbst zu vorgerückter Stunde scheint in den Bars der messerscharfen Aufmerksamkeit der Wirte – Rum und Rumba hin, Cohiba und Mambo her – nichts zu entgehen.

Ideologische Überzeugung dürfte dabei in den wenigsten Fällen Triebfeder sein – schließlich ignorieren die Kubaner geradezu somnambul die omnipräsenten Plakate und Wandaufschriften mit herrischen Fidel-Slogans im Stil von „Siempre se puede más!" (Man kann immer mehr!). Auch die beiden in Inhalt und Seitenzahl verblüffend dünnen Parteizeitungen „Granma" und „Juventud Rebelde" sind inzwischen selbst an den (staatlichen) Kios-




**Fidel Castro für immer? Es sieht tatsächlich so aus, als ob angesichts des großen bärtigen Schattens, der über dem sozialistischen Karibikstaat hängt, auf Wandel durch Annäherung vorerst nicht zu hoffen ist.**

ken kaum noch erhältlich – geschweige denn, dass irgend jemand sie als Informationsquelle nutzen würde. Der Kitt, der Bevölkerung und Regime zusammenhält, ist längst nicht mehr der Glaube an die Revolution, sondern Angst – und eben jener ausgefeilte „perfekte Mechanismus“ ökonomischer Abhängigkeit.

Besteht unter diesen Voraussetzungen tatsächlich berechtigte Hoffnung auf einen Wandel durch Annäherung, wie sie vielfach in Zusammenhang mit dem von US-Präsident Barack Obama betriebenen Sanktionsende und dem Besuch von Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Kuba Mitte Juli 2015 geäußert worden ist? Zweifel daran sind angebracht. Auch die Hoffnung, das von Präsident Obama angekündigte Sanktionsende entwinde der Partei endlich ihr altes Rechtfertigungsmuster, für das kubanische Wirtschaftsdesaster sei einzig die „US-Blockade“ verantwortlich, dürfte sich als voreilig erweisen.

Ähnliches gilt für die parteioffizielle Verteufelung der in Miami ansässigen Exil-Kubaner als ultra-reaktionär – in Wahrheit ist diese Szene schon lange erfreulich differenziert und hat bei den letzten US-Wahlen zu großen Teilen für Barack Obamas Demokraten gestimmt. Dennoch gelten die als „Gusanos“ (Würmer) bezeichneten Castro-Kritiker im Exil als nach wie vor absolut tabu. Wer wie der Autor dieser Zeilen kürzlich in Miami den




**Das „Museo Nacional 28 de Septiembre“ an Havannas Touristenmeile Calle Obispo – in dem der Autor der einzige Besucher war. Hier wird das „Komitee zur Verteidigung der Revolution“ gefeiert.**

MARKO MARTIN (2)

liberalen Intellektuellen Carlos Alberto Montaner traf, sieht sich in Havanna im Gespräch mit kubanischen Schriftstellern gebeten, doch bitte nicht einmal dessen Namen zu nennen.

Da steckt nicht ideologische Abgrenzung gegenüber vermeintlichen Abtrünnigen und Andersdenkenden dahinter, sondern pure Panik vor dem wachsamen Auge und Ohr des Repressionsapparates. Tatsächlich ist es so, dass Kuba längst pleite wäre – und vermutlich mehr als eine Hungersnot durchzustehen gehabt hätte – ohne die finanzielle Unterstützung von Seiten der in Florida und anderen Teilen der USA lebenden Exil-Kubaner. Fast jeder auf der Insel hat Verwandte in den USA, kennt aus nächster Nähe Fluchtgeschichten und deren Motive oder hat Familienangehörige verloren, denen die Überquerung der Meerenge nicht gelang und die im Ozean umkamen.

> *„Man begegnet allenthalben Prostitution und purer Panik vor dem wachsamen Auge und Ohr des Repressionsapparates."*

Man weiß im Westen zu wenig von dieser harten Realität – diese Einsicht drängt sich dem Besucher auf. Man weiß zu wenig vom Leiden der Kubaner unter dem herrschenden Regime – und von ihrem erzwungenen Dennoch-Verbandeltsein mit seinen Strukturen. Es ist alles schon einmal dagewesen: Ähnlich euphorisch blind wie einst in den 1960er-Jahren westliche Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Hans Magnus Enzensberger und viele andere Revolutionstouristen über die Insel gezogen waren, so gutgläubig-ignorant erscheinen die heutigen Touristenmassen. Es bedarf wenig, um sie außer Rand und Band für den „Cuban way of Life" zu bringen: ein paar Porträts des bärtigen Che, weißgekleidete Musikanten-Greise und Mulattinnen mit Charme und Zigarre, dazu natürlich der Ohrwurm „Guantanamera" und ein Schluck Plastikbecher-Gratis-Probier-Rum in den staatlichen Geschäften zwischen Palmen und Meerpromenade – fertig ist die Dauer-Fiesta-Idylle.

Alles kann Warencharakter annehmen im Sozialismus der Castros. Die nach der Revolution in manchen Haushalten verbliebenen Kunstgegenstände und Schmuck, Möbel, Bücher von Wert sind in den Jahren nach 1989, als nach dem Zerfall des Ostblocks das Regime plötzlich subventionslos dastand, zum Schleuderpreis für Grundnahrungsmittel verscherbelt worden. Heute bieten junge Frauen und Männer die „Ware Körper" feil. Die Preise bewegen sich von 25 Euro aufwärts (was dem durchschnittlichen kubanischen Monatslohn entspricht), werden inzwischen jedoch keineswegs mehr für die sprichwörtliche Schüssel Reis mit Bohnen verlangt, sondern zur Erfüllung von Konsumwünschen wie Diesel-Jeans oder Gucci-Taschen.

Selbst in den ärmeren Ländern Lateinamerikas trifft der Reisende ein tristes Phänomen solchen Ausmaßes nicht an. Hat die über Jahrzehnte hinweg verordnete staatliche Egalitäts-Doktrin einen Materialismus sondergleichen herangezüchtet? Allerdings besteht auch – und heute mehr denn je – die reale Möglichkeit, zumeist jüngere Kubaner zu treffen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, die mehr wollen als Diesel-Jeans und Gucci-Taschen. Die Klartext sprechen, ohne sich den politischen und ästhetischen Schneid abkaufen zu lassen. Diese Menschen sind häufig von einer berückenden Gewitztheit. Und vielleicht sind sie es ja, denen es in einer hoffentlich nicht zu fernen Zukunft gelingen wird, ihr Land und seine Lebensverhältnisse zum Besseren zu wenden. ◆





Das jüngste Buch unseres Autors Marko Martin, *Madiba Days. Eine südafrikanische Reise* ist im Juni 2015 im Wehrhahn Verlag erschienen. Es zieht eine Erinnerungslinie von der deutschen Wiedervereinigung zum Ende der Apartheid. Marko Martin hat Südafrika seither mehrmals bereist. Auch im Dezember 2013 ist er dort, als die Nachricht vom Tod Nelson Mandelas bekannt wird. Das bringt eine zusätzliche Dimension in seine Erlebnisse und Überlegungen und regt zum Vergleich an darüber, wie viel Vergangenheit hier wie dort in der Gegenwart steckt und wie damit umgegangen wird (328 Seiten, 22,80 Euro). | www.wehrhahn-verlag.de










**GESUNDHEIT – HEUTE UND MORGEN.**

Wissen I Angebote I Therapien

Erfahren Sie mehr beim Publikumstag in
der Urania Berlin am 10. Oktober 2015.

**www.health-week.de**







































THE GERMAN CAPITAL REGION
excellence in life sciences & healthcare


PRIVAT

**Max Thomas Mehr** arbeitet als freier Journalist. 1977 Mitbegründer der Tageszeitung *taz*, fühlt er Berlin seither den politischen Puls. Für den HAUPTSTADTBRIEF schildert der zweifache Vater anhand eigener Erfahrungen mit dem Berliner Bildungssystem dessen offenkundige Mängel.

# Mehr Bildung verstaatlicht die Kindheit

Das bürokratisch verordnete Einheitskorsett der Bildungswege wird weder den Kindern noch den staatlich gesetzten Integrationszielen gerecht – es kostet nur Unsummen | Von Max Thomas Mehr

Meine eigene Schulkarriere endete in den frühen 1970er-Jahren vorzeitig und ruhmlos – ich war ein rebellischer Schüler aus einem Lehrerhaushalt. So waren die Zeiten. Im Unterschied dazu verläuft die Bildungskarriere meiner Kinder erfreulich gradlinig. Wenn es Zeugnisse gibt, dann geht es nur darum, wer mehr Einsen nach Hause bringt. Alles prima soweit! Ich bin dankbar dafür. Dessen ungeachtet beschleicht mich allzu häufig der Verdacht, dass unser Bildungssystem nicht wirklich funktioniert. Diesen Verdacht hegen viele Eltern – deshalb gehört wohl die Forderung nach „mehr Bildung" zum wiederkehrenden Mantra aller politischen Parteien.

In der Regel meinen sie damit vor allem eines: mehr Geld für Bildung. Und das meint: für mehr Bildungsträger im öffentlichen Dienst. Obwohl die Zahl der Kinder und Heranwachsenden schrumpft, steigen die Bildungsausgaben tatsächlich kontinuierlich – spätestens seit Pisa. Doch führen mehr Kitaplätze und mehr Ganztagsschulen automatisch zu mehr Bildung? Zu mehr Bildungsgerechtigkeit? Meine Erfahrungen als Vater legen den Schluss nahe: wahrscheinlich nicht.

Das fing schon mit dem Kindergarten an, einer sogenannten EiKita – sprich: Eltern-Initiativ-Kindertagesstätte, in der solidarisches Verhalten erklärtes Erziehungsziel war. Unsere Tochter, noch Krabbelkind, wollten wir dort zu Anfang nicht länger als vier Stunden am Tag abgeben. Die Kita wollte das Kind gern aufnehmen, auch weil es noch so jung war. Denn für die Allerkleinsten zahlt die Senatsverwaltung am meisten – wegen des höheren Betreuungsbedarfs. Alles gut und schön also, zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem ich der Kitaleiterin den Betreuungsgutschein der Bezirksverwaltung überreichte.

> *„Die Kita wollte unser Kind gern aufnehmen, auch weil es noch so jung war. Denn für die Kleinsten zahlt die Senatsverwaltung am meisten."*

Der war bedarfsgemäß ausgestellt für vier Stunden täglich. Die Reaktion: Kopfschütteln. Das gehe überhaupt nicht, ein Acht-Stunden-Gutschein müsse her. Selbstverständlich könne ich mein Kind trotzdem nach vier Stunden abholen. Auf Staatsknete zu verzichten, indem man seinen Betreuungsbedarf der Wahrheit entsprechend anmelde, das rechne sich für die Kita nicht! Immerhin gehe es um ein paar Tausend Euro Differenz pro Jahr – für jedes einzelne Kind!

In unserer Kita gab es nur wenige Kinder mit Migrationshintergrund. Wenn doch, waren die Eltern meist türkische bildungsorientierte Mittelstandseltern und sehr gut Deutsch sprechend. Wir alle waren bereit und in der Lage, den ein-




**Kindheitsstation Kita: Kindertagesstätten nehmen gern die Kleinsten, – für sie bezahlt der Staat am meisten, während die staatlich finanzierte Integrationsfunktion für die Größeren ins Leere läuft.**

kommensabhängigen Kitabeitrag zu zahlen – bis wir es gar nicht mehr zu tun brauchten. Denn eifrige Bildungspolitiker setzten die beitragsfreien letzten Kitajahre in der Hoffnung durch, damit wäre die Deutsch-Schwäche von Kindern aus Migrantenfamilien schon vor dem ersten Schultag auszubügeln, weil auch sozial schwächere türkische und arabische Eltern ihre Kinder in eine Kita schicken. Das tun sie jetzt auch.

Leider aber häufig in eine, in der die überwiegende Mehrzahl der Kinder ihre Herkunftssprache sprechen – und die sich vor allem durch den Speiseplan von andern Kitas unterscheidet: weil sie halal ist, weil das Essen also nach den Regeln des Islam ausgewählt und zubereitet wird. Dafür werden in Berlin nicht wenige Kinder täglich von ihren Eltern quer durch die Stadt gekarrt. Das Ergebnis: Sie bleiben unter sich in der beitragsfreien Kita – und sprechen dort Arabisch oder Türkisch.

Staatlicher Bildungspolitik mangelt es immer wieder an der notwendigen Binnensicht aus dem Alltag von Familien. Die Einschulung unserer Jüngsten war ein Kampf gegen den grobschlächtigen Goliath Bezirksamt. Die Schule unserer Wahl: fußläufig erreichbar. Inklusionsorientiert, international offen – etwa 50 Prozent der Familien hatten Migrationshintergrund. Diese Schule entsprach unseren Erziehungsvorstellungen. Bei den Elternversammlungen waren regelmäßig fast alle Familien vertreten. Der ältere Bruder lernte hier schon erfolgreich seit drei Jahren. Doch die jüngere Schwester sollte die Schule nicht besuchen dürfen. Punkt. Beschluss des Schulstadtrats. Begründung: Unser Wohnort liege außerhalb der – jährlich willkürlich vom Amt neu festgelegten – Schulbezirksgrenzen.

Die Schule der Wahl des Bezirksamts: ein paar Straßen weiter. Inklusion wurde dort von vielen Eltern abgelehnt – sie wollten ihr Kind nicht an der „Idiotenschule“ unterrichtet wissen. So nannten sie dort hinter vorgehaltener Hand die von uns gewünschte Inklusions-Schule. Zur Elternversammlung der zukünftigen Erstklässler,




**Kindheitsstation Grundschule: Bei früher Einschulung spart der Staat an Kita-Kosten – während viele Kinder zu früh in ihrer Entwicklung zu Schülern werden, auf Kosten ihrer Gesundheit.**

zu denen unsere Tochter laut Bezirksamt gehören sollte, erschienen insgesamt vier Mütter. Über 80 Prozent der Kinder waren damals laut Internetseite der Senatsschulverwaltung „nichtdeutscher Herkunftssprache“, rund 70 Prozent der Eltern Transfergeldbezieher. „Unsere“ Schule hatte doppelt so viele Anmeldungen wie Schulplätze – die Wunschschule des Bezirksamts hatte viel mehr Schulplätze als Schulkinder.

Wie agierte das grün regierte Bezirksamt? Fragte es, warum die eine Schule sich vor Anmeldungen nicht retten kann und die andere ihre Klassen nicht voll kriegt? Drängte es auf ein verändertes Konzept und Kollegium der abstürzenden Schule? Nein. Es legte einfach die Schulbezirksgrenzen neu fest und versuchte, uns „Bildungsbürger“ dann auch noch moralisch zu erpressen, indem es an unser soziales Gewissen appellierte, unsere Kinder auf die „Restschule“ zu schicken. Öffentlicher Protest und die Androhung anwaltlicher Intervention brachten am Ende unsere Tochter auf die von uns gewünschte Schule. Ich halte das indessen nicht für ein Ruhmesblatt. Mir sind die Kinder aus Migrantenfamilien nicht egal. Ich hätte mir auch für sie eine bessere Schule gewünscht und eine Politik, die sich darum kümmert – und nicht jahrelang verfehlte Schulpolitik durch Zwangsmaßnahmen auf dem Rücken einzelner Kinder zu korrigieren versucht.

Man sieht an diesem Beispiel: Von „freier Schulwahl“ kann in Berlin, jedenfalls sofern es um die Grundschule geht, nicht die Rede sein. Die herrschende Bildungspolitik, wie ich sie erfahren habe, lässt sich weder vom Elternwillen leiten noch von der Frage, was das Beste für die einzelnen Kinder sei. Stattdessen verfolgt man die Maxime, staatlich verordnete Sozialmischung schaffe eine solidarische Gesellschaft.

Ich gestehe: Wir haben immer versucht, unseren Kindern die bestmögliche Erziehung zu geben. Ihre körperliche und seelische Unversehrtheit waren und sind uns wichtiger als eine



FOTOLIA/CHRISTIAN SCHWIER

**Kindheitsstation Oberschule: Der Weg zum Abitur soll immer kürzer werden, das Pensum für die Schüler wächst ins Unzuträgliche – während das Niveau der vermittelten Bildung fällt und fällt.**

abstrakte gesellschaftliche Solidarität. Ich weiß es zu schätzen, dass wir unsere privaten Ziele mit dem gesellschaftlichen Ziel der Solidarität mit Kindern mit Handikap vereinbaren konnten. Und tatsächlich haben unser Sohn und unsere Tochter in der Grundschule einen emphatischen, selbstverständlichen Umgang mit Menschen gelernt, die irgendwie „anders" sind. „Ich bin anders, Du bist anders, wir sind anders" – das war ein Leitspruch an der Schule.

Das hatte allerdings auch seinen Preis. Ich wurde dort mit den überzeugend klingenden, beschämenden Klagen von Eltern wirklich schwer behinderter Kinder konfrontiert: Es seien im Grunde unsere „normalen" Kinder, die am meisten von der Inklusion profitierten, weil die durchgehende Doppelbesetzung mit Lehrern im Klassenzimmer allen nütze, während die Mittel für Schulhelfer etwa, die den einzelnen behinderten Kindern zustünden, jährlich zurückgefahren würden. Inklusion für alle? Dieses Programm entpuppt sich mehr und mehr als ein reines Sparprogramm – allen das Gleiche anzubieten ist eben irgendwie auch totalitär.

Noch so ein Sparprogramm: die Früheinschulung mit 5 Jahren. Zum Glück liegen die Geburtstage unserer Kinder mitten im Sommer. So konnten wir dieses Fortschrittsprojekt elegant umschiffen. Angeblich sollte damit das besondere Bildungsinteresse junger Kinder bedient werden. Was für ein Glück für die öffentlichen Haushalte, dass diese Kinder dann nicht mehr in der (beitragsfreien!) Kita versorgt werden müssen. Nach nun 7 Jahren Herumexperimentiererei mit der Früheinschulung zeigen erste valide Studien: Der Anteil von Kindern, die unter einer Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung – kurz ADHS – leiden, hat seit Einführung der Früheinschulung um 5 Prozent zugenommen. Eltern überrascht das nicht.

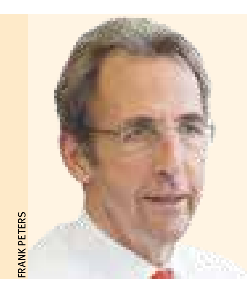
Und nicht nur am Anfang, auch am Ende der Schulzeit wird gespart. Unser Ältester macht nächstes Jahr Abitur, mit siebzehn. G8 – das

Abitur nach 12 Jahren – wurde eingeführt, weil angeblich „die Wirtschaft“ nach kürzeren Schulzeiten rief. Seitdem er die Oberstufe besucht, hat unser Sohn an manchen Tagen zehn Stunden Unterricht. Arbeit von acht bis achtzehn Uhr – jede Gewerkschaft würde dagegen Sturm laufen. Doch trotz solcher Zehnstundentage ist der Stoff offensichtlich nicht zu bewältigen. Im Deutschunterricht der Oberstufe werden „Nathan der Weise“ und Goethes „Faust“ dann eben in Kinderbuchversion präsentiert – mit Bildern zum Anschauen. Hochschulreife? So wird sie nicht erreicht. Ein Stundenplan-Leben statt umherschweifender Abenteuer – bildet man so kreative Entwickler und (eigen-)verantwortungsgewohnte Macherinnen heran?

> *„Der ältere Bruder lernte an der Grundschule unserer Wahl schon seit drei Jahren gut. Die Schwester aber sollte dort laut Schulamt nicht hindürfen.“*

Der Trugschluss, der hinter all diesen Mehr-Bildung-Experimenten steckt, ist so schlicht wie absurd: Je enger der Staat durch die Vergabe von immer mehr Haushaltsmitteln das Einheitskorsett möglicher Bildungswege strickt und die Kindheit verstaatlicht, desto besser sei es für die Kinder. En bizarrer Irrtum, der immer mehr Geld verschlingt – bei immer weniger Kindern. Vielleicht würde es ja helfen, wenn mehr Eltern Politik machten. Mein Vorschlag: Wenigstens fünfzig Prozent aller Bildungspolitiker sollten als Eingangsvoraussetzung in den Job eigene Kinder in Kita oder Schule vorweisen können – Deutschlands Bildungspolitik wäre sicher eine andere. Sie wäre besser, und billiger wäre sie wahrscheinlich auch. ◆

---


FRANK PETERS

**Stephan Kohler** ist Gesellschafter der TU Campus Euref gGmbH, einem An-Institut der Technischen Universität Berlin, das auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg Masterstudiengänge zu „Stadt und Energie“ durchführt. Er war von 2000 bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er, wie die innovativen Ideen, die auf dem Euref-Campus entwickelt werden, international ausstrahlen.

# Berliner Lösungsansätze für die Städte der Welt

Auf dem Berliner Euref-Campus werden ökologisch und ökonomisch nachhaltige Lösungen für die Probleme der Stadt der Zukunft gesucht und gefunden | Von Stephan Kohler

Die acht derzeit weltweit größten Metropolregionen liegen in Asien. Und auch die erste „Megacity“ der Welt lag dort – es ist das chinesische Kaifeng. In Kaifeng wohnten um das Jahr 1100 rund zwei Millionen Menschen. Die Stadt war durch den Salzhandel zu einem für damalige Verhältnisse immensen Wohlstand gelangt – „ein Paradies der Händler und Erfinder, der Tüftler und Techniker, ein riesiges Experimentierfeld für neue Ideen und Konzepte“, wie die Zeitschrift GEO in ihrer August-Ausgabe 2015 schreibt.

Kaifeng hat heute rund 5 Millionen Einwohner und ist damit ein überschaubares Gemeinwesen im Vergleich mit den Megaclustern, die China derzeit in der Planung hat. Einer von vier solcher Megacluster, in denen einmal jeweils rund 100 Millionen Menschen leben werden, entsteht derzeit dadurch, dass Peking mit der Stadt Tianjin und der Provinz Hebei zusammen wächst.

*„Deutsche Experten sind geschätzte Gesprächs- und Kooperationspartner, wenn es um die Probleme städtischer Ballungsräume weltweit geht.“*

Das Entstehen von Megacitys von solchen Dimensionen und der massive Zuzug vom Land in die Stadt sind indessen nicht auf China und Asien beschränkt – der Trend geht weltweit dahin. Im Jahr 2030 werden laut einem Bericht der Vereinten Nationen (UN) rund 60 Prozent der dann auf rund 8 Milliarden Menschen angewachsenen Weltbevölkerung in Städten wohnen – wobei die stärkste Dynamik in Asien und Afrika zu beobachten ist. Im Jahr 2100 werden rund 80 Prozent der Weltbevölkerung auf diesen beiden Kontinenten leben.

Die weltweite Urbanisierung ist dabei ein zweischneidiges Phänomen: Auf der einen Seite versprechen die Städte Arbeit, Einkommen, somit einen steigenden Wohlstand und Lebensstandard. Auf der anderen Seite wachsen in den Städten die damit verbundenen Schwierigkeiten und Herausforderungen in einer Weise an, dass sie die Vorteile zu überwiegen drohen: hohe Schadstoffbelastung, Verkehrschaos mit Megastaus, hohe Immobilienpreise bei schlechter Wohnqualität – dies sind nur einige Stichworte von vielen für die Probleme, mit denen Megacitys und ihre Bewohner täglich konfrontiert sind.

Wir in Deutschland kennen in unseren Städten Belastungen und Herausforderungen dieses Umfangs glücklicherweise nicht. Dennoch sind deutsche Experten in vielen Ländern der


EUREF.DE

**Future City: Auf dem Euref-Campus werden die Faktoren Stadt, Energie und Mobilität in ganz neuen Zusammenhängen gedacht. Das rund 5,5 Hektar große Gelände, das sich in Berlin-Schöneberg um einen alten Gasometer gruppiert, ist Standort für zukunftsorientierte Unternehmen aus den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit und Mobilität.**

Welt geschätzte Gesprächs- und Kooperationspartner, wenn es um die Entwicklung von Lösungsstrategien für die genannten Probleme geht. Denn mögen die Bevölkerungszahlen, Wachstumsraten und Problemstellungen von Megaclustern noch so gewaltig sein – die Lösungsansätze für ihre Probleme sind in vielen Fällen dezentral und basieren auf dem Aufbau von intelligenten Systemen und der Vernetzung unterschiedlicher Bereiche.

Und genau hier hat Deutschland und hat Berlin einiges zu bieten. Hier in der Hauptstadt werden nicht zuletzt auf dem Euref-Campus die Faktoren Stadt, Energie und Mobilität in ganz neuen Zusammenhängen gedacht. Das rund 5,5 Hektar große Gelände, das sich in Berlin-Schöneberg um einen alten Gasometer gruppiert, ist Standort für zukunftsorientierte Unternehmen aus den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit und Mobilität.

Ökologisch und ökonomisch durchdachte Lösungen machen den Büro- und Wissenschaftscampus – der bereits seit 2014 die Klimaziele der Bundesregierung für 2050 erfüllt – zu einem europaweit einmaligen Zentrum für innovative Zukunftsprojekte. Eine CO2-neutrale Energieversorgung, ein „Micro Smart Grid“ zum Energielastmanagement, energetisch optimierte „Green Buildings“, eine Erprobungsplattform für Elektromobilität sowie praxisorientierte Masterstudiengänge, durchgeführt von der TU Campus Euref gGmbH, einem An-Institut der Technischen Universität Berlin, sind nur einige der hier angesiedelten Projekte.



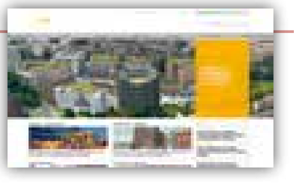
FOTOLIA/JAVARMAN

**Die acht größten Metropolregionen der Welt liegen in Asien – an der Spitze Tokio (hier im Bild) mit derzeit rund 38 Millionen Einwohnern. Deutschlands Städte sind verglichen damit überschaubar und unbelastet von den drängenden Umwelt- und Mobilitätsproblemen, unter den die „Megacitys" leiden. Aber deutsches Expertenwissen kann daran mitwirken, diese Probleme zu lösen. Ein Ort, an dem dieses Wissen gebündelt entwickelt wird, ist der Berliner Euref-Campus.**

Der Euref-Campus wurde als Forschungscampus der Bundesregierung ausgewählt, als eine von zehn innovativen Einrichtungen in öffentlich-privater Partnerschaft deutschlandweit. Die Liste der Unternehmen, die sich auf dem Gelände engagieren, ist lang: Darunter sind die Cisco Systems GmbH als der weltweit führende Anbieter von Netzwerk-Lösungen für das Internet, die Deutsche Bahn, die Schneider Electric GmbH als ein weltweit tätiger Spezialist in den Bereichen Energie-management und Automation, die Hubject GmbH als ein gemeinsames Unternehmen von BMW Group, Bosch und Daimler sowie EnBW, RWE und Siemens.

Zudem sind Forschungseinrichtungen wie das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), das KIC InnoEnergy und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) auf dem Gelände angesiedelt. Im engen Austausch und in zahlreichen Partnerschaften entwickelt diese innovative Gemeinschaft aus Global Playern, Startups sowie forschenden und lehrenden Einrichtungen intelligente Lösungen für die Stadt der Zukunft. Bis 2016 ist mit der Entstehung von rund 2000 neuen Arbeitsplätzen auf dem Euref-Campus zu rechnen. Diese Verbindung von nachhaltiger Entwicklung und der Schaffung attraktiver Arbeitsplätze hat eine Delegation aus der Provinz Hebei bei ihrem Berlin-Besuch im Sommer 2015 so beeindruckt, dass im chinesischen Langfang, einer Nachbarstadt von Peking und Teil des dort entstehenden Megaclusters, ein Standort nach dem Vorbild des Euref-Campus entstehen soll. ◆





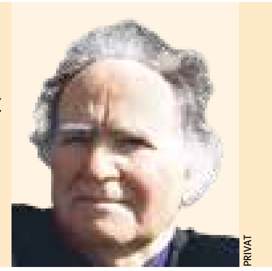
Über die Vielzahl der Projekte, Firmen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen, die auf dem Euref-Campus aktiv sind – ebenso wie über das Immobilien- und Veranstaltungsangebot und die Gastronomie auf dem Gelände informiert die Website www.euref.de



möbel & mehr:
heißt:
· TOSCANA RESTAURANT
· SEGAFREDO KAFFEEBAR
· PORTALINO KINDERCLUB
porta!
möbel & mehr


STIFTUNG ZUKUNFT

**Prof. Dr. Wolf-Dieter Heilmeyer** (l.) ist emeritierter Professor der FU Berlin und Direktor der Antikensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin im Ruhestand. **Bernhard Schneider** ist Architekt und Mitglied im Kuratorium des Vereins Architekturpreis Berlin. Beide sind Mitglied der Arbeitsgruppe „Berliner Mitte“ innerhalb der Stiftung Zukunft Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF skizzieren sie Wege für die Modernisierung der Stadtmitte.


PRIVAT

# Berlins Mitte als Treffpunkt von Stadt und Welt

Als ältester Teil Berlins hat die Stadtmitte die Chance, zum modernsten Bezirk der Metropole zu werden | Von Wolf-Dieter Heilmeyer und Bernhard Schneider

Zweimal hat Berlin im vergangenen Jahrhundert seine Mitte verloren, durch den Zweiten Weltkrieg und durch das Ende der DDR. Dabei ging es nicht nur um den Verlust von Gebäuden, sondern mit ihnen um den Sinn und die inhaltliche Bedeutung der Stadtmitte, die sich heute zwischen dem entstehenden Humboldt-Forum und dem Alexanderplatz als eine viel zitierte Brache darstellt. Zur Neugestaltung der Stadtmitte Berlins steht ein Prozess der Entscheidungsvorbereitung an. Diese zentrale Fläche neu zu gestalten – und damit den anderen Zentren Berlins einen neuen Bezugspunkt zu geben –, stellt eine städtebauliche Chance dar und sollte als solche begriffen werden. Die Stiftung Zukunft Berlin hat hierzu Vorschläge erarbeitet.

*„Mit dem Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Schloss erfährt die Mitte Berlins eine inhaltliche Prägung ganz neuer Art. Hier werden die Kulturen der Welt den Ton angeben.“*

Es geht hierbei um vier örtliche Schwerpunkte: die zentralen Plätze Neuer Markt/Rathausplatz, das Marx-Engels-Forum einschließlich Parkanlage in Beziehung zum Humboldt-Forum, Fernsehturm und DDR-Stadtkern in Beziehung zum Alexanderplatz sowie die umgebenden Quartiere Nikolaiviertel, Molkenmarkt, Klosterviertel und Quartier Rochstraße/Rosenstraße.

**Berlins Mitte als Treffpunkt von Stadt und Welt.** Ein Stadtplatz zwischen Rathaus und Marienkirche kann zum Zielort für die ganze Stadt und ihre Besucher werden – Mittelpunkt nicht nur des Bezirks Mitte, sondern der ganzen Stadt. Er kann ein urbaner Ort der Begegnung sein, eine Bühne für temporäre Präsentationen und Architekturen bieten, für politische und szenische Auftritte, für Feste und kulturelle Veranstaltungen und Ereignisse. Auch das Rathaus selbst sollte sich mehr als bisher zu seiner unmittelbaren Umgebung hin öffnen und der Stadtgesellschaft teilweise als ein Ort des Austauschs zur Verfügung stehen. Die Verantwortung der Bürgerschaft für die Entwicklung Berlins und der Wunsch der Öffentlichkeit nach Mitgestaltung könnten hier im Zentrum der Stadt innovativ Ausdruck finden.

In der Stadtmitte Berlins verschränken sich internationale Bezüge (Humboldt-Forum, Museumsinsel, Fernsehturm, interreligiöses „House of One“ auf dem Petriplatz) mit hauptstädtischen (Dom, Staatsoper, Denkmäler für Mendelssohn, Marx/Engels, Luther) und lokalen (Marienkirche, Rathaus und Stadthaus, Gerichtslaube, die



Die Königskolonnaden an ihrem ursprünglichen Standort an der Königstraße, der heutigen Rathausstraße nahe dem Alexanderplatz. Nach Plänen von Carl von Gontard waren sie dort von 1777 bis 1780 errichtet worden.

WIKIPEDIA/PDD

vier Standorte des Stadtmuseums Märkisches Museum, Nikolaikirche, Ephraim-Palais, Knoblauchhaus, dazu Wohnen, Gewerbe, Handel). Das macht den Ort so einzigartig und legt das Ziel für Stadtentwicklung und Kulturpolitik nahe, ihn zu seinem vollen Potential als Treffpunkt von Stadt und Welt zu entwickeln.

**Rückgewinnung der Mitte als Geschichtsraum.** Im Kontext eines von der Gegenwart und Zukunft her neu definierten Inhalts der Mitte erfährt die Erbschaft der jüngsten Geschichte einschließlich des Fernsehturms keinen geringeren Bedeutungswandel als die Zeugnisse älterer und ältester Schichten wie die Nikolai- und die Marienkirche, der Verlauf der Spree, Rathaus und Stadthaus, das Amtsgericht oder noch zu bergende archäologische Funde. Auch diese bedürfen als Präsenz des kulturellen Erbes der Interpretation und Bewertung im Hinblick auf Entwicklungsziele von heute und morgen. Dabei ist vor allem zu fordern, dass die verschiedenen, übereinander gelagerten historischen Schichten im alten Zentrum von Berlin nicht durch intensive moderne Bebauung vernichtet werden. Dagegen sind der Turm der Marienkirche, der Rathausturm, die neu entstehende Schlosskuppel wie der Fernsehturm als Wahrzeichen der Stadt und Symbole der neu definierten Stadtmitte herauszustellen.

> *„Die Stadtmitte Berlins könnte zum prominenten Anwendungsfall dafür werden, wie „smart city“ geht.“*

Die Rathausstraße könnte als Fußgängerzone vom Schlossplatz bis zum Alexanderplatz zur


Die Königskolonnaden an ihrem jetzigen Standort am Schöneberger Kleistpark. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts versetzte man sie dorthin, weil sie Bauplänen im Wege standen. Nun ist im Rahmen der Umgestaltung der Stadtmitte ihre Rückversetzung an den alten Standort ans Ende der Rathausstraße in der Diskussion.

IMAGO STOCK&PEOPLE

Geschichtsmeile gestaltet werden. Die vorgeschlagene Versetzung des Neptunbrunnens vor die Südseite des Humboldt-Forums gäbe dem Beginn der Geschichtsmeile an der Kreuzung mit der Breiten Straße den nötigen Akzent. Das Nikolaiviertel sollte zur Rathausstraße und zum Rathaus besser geöffnet werden, am Rathaus selbst wäre auf den Nachbau der Gerichtslaube hinzuweisen und das Fragment des mittelalterlichen Rathauses in einem „archäologischen Fenster“ zu öffnen. Am Ende der Rathausstraße schließlich könnten die vom Schöneberger Kleistpark zurückversetzten Königskolonnaden davon zeugen, dass sie die Rathausstraße einst als „Königstraße“ am Zugang Berlins vom Alexanderplatz her schmückten. Die vorhandenen Denkmäler (Luther, Marx, Engels) sollten herausgestellt und durch weitere Hinweise auf prägende historische Persönlichkeiten ergänzt werden (Mendelssohn, Lessing und andere).

> *“Die Mitte Berlins legt das Ziel für die Stadtentwicklung nahe, sie zu einem Treffpunkt von Stadt und Welt zu entwickeln.”*

**Vernetzung mit dem urbanen Umfeld.** Mit der Entwicklung zum gesamtstädtischen Zielort ist die Stadtmitte konsequent vom derzeit dominierenden Transit-Verkehr zu entlasten, dessen breite Trassen Berlins Mitte in isolierte Teilquartiere zerstückelt haben. Durchgangsverkehr und Straßenbreiten sollten reduziert werden und umweltgerechte Erschließungs- und Mobilitätssysteme die Parkhäuser ersetzen. Um die zentrale Mitte mit den



STADTDEBATTE.BERLIN.DE

**Auf dem Weg zur neuen Mitte: Vieles steht vor der Umgestaltung zwischen Humboldt-Forum (links) und Alexanderplatz (rechts). In den schraffiert dargestellten Bereichen wird derzeit gebaut.**

umliegenden Quartieren zu verbinden, braucht es zusätzliche Passagen, um die Barrierewirkung der Randbebauung an Karl-Liebknecht-Straße und Rathausstraße aufzulockern. Die nördlich und östlich des S-Bahn-Bogens liegenden Quartiere sollten eine neue Orientierung auf die Stadtmitte und das Humboldt-Forum hin gewinnen. Und was wäre die Mitte ohne die Spree und den Kupfergraben? An vielen Stellen könnten ihre Ufer besser erlebbar und benutzbar, der Flusslauf deutlicher erkennbar gemacht werden. Über die Spree hinweg muss das Humboldt-Forum Verbindung zum Marx-Engels-Forum aufnehmen. Dort kann ein „Weltgarten“ entstehen, der zugleich als Bürgerpark dient und die vom benachbarten Rathaus verkörperte Stadt mit der Welt in Gestalt des Humboldt-Forums verknüpft. Auch die vier Standorte des Stadtmuseums und die Zentral- und Landesbibliothek gilt es, aktiv in das kulturelle Netz der Stadtmitte mit einzubeziehen.

**Modernisierung der Mitte.** Mit dem Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Schloss erfährt die Mitte Berlins eine inhaltliche Prägung ganz neuer Art. Hier werden die Kulturen der Welt den Ton angeben und ihren Beitrag zu zentralen Fragen der Gegenwart leisten. Für diesen globalen Kultur- und Wissenstransfer muss die neue Mitte mit ihrem städtischen Raum als weltoffene Gastgeberin fungieren – ein Ort der Stadt und der Welt gleichermaßen. Diese Begegnung der globalen kulturellen Dimension mit der städtischen kann künftig ein spannungsreiches Entwicklungsmotiv der eigentlichen Stadtmitte werden. Im Zuge seiner Erneuerung hat dieser älteste Teil Berlins die Chance, zum modernsten zu avancieren.

Technische, ökologische, ökonomische und soziale Konzepte der Stadterneuerung werden gegenwärtig unter dem Schlagwort „Smart City“ propagiert. Die Stadtmitte Berlins könnte zum prominenten Anwendungsfall dafür werden. Das Konzept bürgerschaftlicher Mitverantwortung für eine Entscheidungsvorbereitung stellt bereits eine „smarte“ Vernetzung von „governance“ und Zivilgesellschaft dar. Mögliche Anwendungsfelder sind auch ein Mobilitätskonzept für die Stadtmitte, ihre Ökologie oder ihre IT- Infrastruktur. ◆





Die Stiftung Zukunft Berlin, deren Vorstandsvorsitzender Berlins früherer Kultursenator Dr. Volker Hassemer ist, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung: „Uns geht es um die Zukunft Berlins. Wichtige Entscheidungen für die Stadt wollen wir nicht allein der Politik überlassen.“ Auf welchen vier Feldern sich die Stiftung einmischt, steht auf deren Website: www.stiftungzukunftberlin.eu

An der Stadtdebatte „Alte Liebe – neue Mitte?“ kann jeder Bürger teilnehmen: http://stadtdebatte.berlin.de/



EZW

**Dr. Friedmann Eißler** ist Leiter des Referats Islam und andere nichtchristliche Religionen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW). Die EZW ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Für den HAUPTSTADTBRIEF geht er dem Islamverständnis der Gülen-Bewegung auf den Grund, die sich in der Mitte Berlins an einem christlichen Vorzeigeprojekt beteiligt.

# Ein Wahrzeichen der Weltoffenheit und ein Fragezeichen, wie offen dort der Islam ist

Für ein christliches Vorzeigeprojekt in der Mitte Berlins hat sich die Evangelische Kirche einen Partner ins Boot geholt, dessen Islamverständnis Zweifel weckt | Von Friedmann Eißler

An einem Ursprungsort Berlins, auf dem Petriplatz in Berlin-Mitte, soll auf Initiative der Evangelischen Kirche für 43,5 Millionen Euro ein „neues Wahrzeichen der Weltoffenheit und Toleranz Berlins“ entstehen. Seit der Vorstellung des Konzepts 2009 ist das Projekt, das zuerst als interreligiöser Sakralbau, dann als „Bet- und Lehrhaus“, seit 2014 als „The House of One“ angekündigt wird, einigen Wandlungen unterlegen. Geblieben ist die Idee, dass Christen, Juden und Muslime einander gleichberechtigt und respektvoll begegnen und unter einem Dach beten. Geblieben ist auch die Frage, wer denn muslimischer Dialogpartner sein kann und sein wird.

Die Partnersuche gestaltete sich schwierig. Zwar war ein Vertreter des progressiven Judentums bald gefunden, doch von muslimischer Seite – die Katholische Kirche blieb von Anfang an auf Distanz – wurde dem ambitionierten Projekt größte Zurückhaltung entgegengebracht. Schließlich wurde die Zusammenarbeit mit dem Forum für Interkulturellen Dialog e.V. gesucht. Das FID Berlin ist ein kleiner, aber wichtiger Verein der nicht wenig umstrittenen Gülen-Bewegung in Deutschland, die gerade keine muslimische Gemeinde repräsentiert, sondern im Gegenteil bisher auf religiöse Diskretion gesetzt und gezielt säkulare Bildung etwa durch

## Vergangenheit problematisch, Zukunft ebenso

„Vergangenheit, die nicht vergehen will“, titelte Prof. Manfred Gailus im HAUPTSTADTBRIEF 124, Seiten 62 bis 68. Es ging um das *House of One*-Projekt am Petriplatz als Beispiel des Unwillens, die nationalsozialistische Verstrickung der Evangelischen Kirche angemessen offenzulegen.

Der Vorsitzende des Vorstands des *House of One*-Projekts, Roland Stolte, widersprach ihm im HAUPTSTADTBRIEF 125, Seiten 83 bis 86. Daraufhin schlug Pfarrerin Marion Gardei vor, die Beauftragte für Erinnerungskultur der Evangelischen Kirche, statt punktuell im *House of One* zentral



in der Gedächtniskirche an die NS-Zeit zu erinnern (HAUPTSTADTBRIEF 128, Seiten 66 bis 68).

Nun macht Dr. Friedmann Eißler darauf aufmerksam, dass es beim *House of One* nicht nur ein Vergangenheitsproblem gibt, sondern auch eines, das die Zukunft unserer freien und demokratischen Wertgemeinschaft betrifft.



Fethullah Gülen hat ein weltweites Netzwerk Gleichgesinnter geschaffen, die an den Islam als Heilmittel für die Gesundung eines defizitären Westens glauben. In der Türkei liefern sich seine Anhänger einen erbitterten Machtkampf mit dem einstigen Weggefährten Erdogan, der die Islamisierung nun mit seinen Gefolgsleuten betreibt. In Deutschland engagieren sich Anhänger Gülens beim christlichen Vorzeigeprojekt *House of One* in Berlin-Mitte.

PICTURE ALLIANCE/DPA/SELAHATTIN SEVI/HANDOUT ZAMAN DAILY

Einrichtung von Schulen in freier Trägerschaft lanciert hat. Da die Gülen-Bewegung auch innerislamisch umstritten ist, dürfte sich die Hoffnung auf die mittelfristige Einbeziehung weiterer muslimischer Partner kaum erfüllen.

**Gülen – was ist denn das?** Das Netzwerk des einflussreichen türkisch-amerikanischen Predigers Fethullah Gülen gründet weltweit Kindergärten, Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen. Viele haben bunte Namen wie Regenbogen, Harmonie, Eventus, Primus, Atlantik oder einfach Lernstube. Die Gülen-Bewegung erlebt seit Jahren eine dynamische Entwicklung. Tatkräftige finanzielle Unterstützung erfährt sie dabei von einem weit gespannten und gut organisierten Netz von Wirtschaftsunternehmen. In Deutschland betreiben Gülen nahestehende Träger weit über 300 Vereine, 24 staatlich anerkannte Privatschulen und rund 150 außerschulische Nachhilfeeinrichtungen.

Hinzu kommen rund ein Dutzend Zentren und Vereine für interkulturellen Dialog und seit einem Jahr die „Stiftung Dialog und Bildung“, die so etwas wie das offizielle Gesicht der Gülen-Bewegung ist. Die internationale Mediengruppe World Media Group AG im hessischen Offenbach vereint Zeitungen wie *Zaman Avrupa*, Radio- und Fernsehsender wie *Samanyolu TV Avrupa* und *Ebru TV*, Zeitschriften wie *Zukunft* sowie das *Deutsch-Türkische Journal* (DTJ), ein Online-News- und Debatten-Portal, unter einem Dach.

Im Bundesverband der Unternehmervereinigungen (buv) sind etwa zwanzig regionale Mitgliedsverbände mit rund 5000 Unternehmen registriert. In der Türkei haben sich die Unternehmer unter dem Dach der TUSKON („Turkish Confederation of Businessmen and Industrialists“) zusammengetan. Hier und in den Schul- und Kursgebühren liegen die Haupteinnahmequellen der Gülen-Anhängerschaft. Die wenigsten Vereine machen ihren Bezug zu Gülen kenntlich. Zulauf und Beteiligung kommen fast ausschließlich aus türkeistämmigen Milieus.

Dass die Gülen-Bewegung mittel- und langfristig plant, macht auch der Erwerb eines 84 000 qm großen Grundstücks mitten in Berlin-Spandau deutlich. Auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne soll ein bislang einzigartiger Bildungscampus entstehen, der vom Kindergarten bis zur Hochschulreife alles an einem Standort anbieten wird. Das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in der Mitte der Gesellschaft für

Dialog und Bildung ist vielen in Deutschland hochwillkommen. Allerdings irritiert ein zweiter Blick.

**Hizmet.** Muhammed Fethullah Gülen wurde 1941 im Nordosten der Türkei geboren. Er genoss eine traditionelle religiöse Bildung und vertritt ein türkisch-sunnitisches, konservativ geprägtes Islamverständnis. Ihm geht es, zugespitzt, nicht um einen modernen Islam, sondern um den Islam in der Moderne. Bei der Umsetzung der Ziele wird pragmatisch vorgegangen. Die Anhänger bevorzugen die Bezeichnung „Hizmet-Bewegung".

Hizmet heißt „Dienst": Der Mensch ist berufen, sagt Gülen, seinem Schöpfer aktiv zu dienen. Darin besteht der Sinn seines Lebens. „Ein erfolgreiches Dienen im Islam in Übereinstimmung mit dem Weg des Propheten ist nur durch eine Islamisierung des Lebens mit all seinen Institutionen möglich", schreibt Gülen. Der Dienst Gott gegenüber ist zugleich nie ohne den Dienst an den Menschen zu denken. So gehören Wissenschaft und Glaube, Bildung und Religion aufs engste zusammen.

*„Die Idee ist, dass Christen, Juden und Muslime einander gleichberechtigt und respektvoll begegnen und unter einem Dach beten."*

Gülen erklärt: „Die Religion leitet die Wissenschaft an, bestimmt ihr wahres Ziel und stellt ihr moralische und universelle menschliche Werte zur Verfügung", und: „Wissenschaft und Religion können einander gar nicht widersprechen, denn beide verfolgen das eine Ziel, die Natur und den Menschen … zu verstehen. … Das Ende dieses Konflikts [zwischen Wissenschaft und Religion; F. E.] und ein neuer Erziehungsstil, der religiöse und wissenschaftliche Erkenntnisse miteinander verbindet, werden zusammen mit Moralität und Spiritualität für die Aufklärung der Menschen sorgen." In über sechzig Publikationen allein auf Deutsch zeigen sich die inhaltlichen Konstanten der Bewegung. Sie liegen im Wesentlichen im Islamverständnis Fethullah Gülens.

**Schariavorbehalt.** Der Islam ist Gülen zufolge durch die Verbindung von Wissenschaft und Glauben anderen Religionen überlegen. Die Religion – das heißt der Islam – ist eine „Straße zur Vervollkommnung der Menschen", und „eine Wissenschaft, die den Menschen nicht in Richtung der erhabenen Ziele führt, ist ein Trugbild". Die Überlegenheit des Islam besteht darin, dass er das Potenzial hat, dem dekadenten materialistischen Westen Werte zu vermitteln, die diesem abhanden gekommen sind – vor allem Moral und Ethik.

Hintergrund der Überlegenheitsrhetorik, der man überall in den Schriften Gülens begegnen kann, ist eine religiös-theologisch überhöhte Dichotomie zwischen „dem Islam" und „dem Westen". Der Islam besitzt, das ist der Anspruch im Unterschied zu den anderen Religionen, die für ein gelingendes Zusammenleben unabdingbaren „unveränderlichen Prinzipien" und „die universellen ethischen Werte, die bereits von den Gesellschaften der ersten Menschen anerkannt und akzeptiert wurden". Der Islam hat nach dieser Auffassung jene „unveränderlichen Prinzipien" in konkrete und menschenverständliche Normen gegossen, die als „Scharia" überliefert worden sind.

Es handelt sich daher mitnichten um (philosophisch, theologisch, politisch) diskutierbare Werte, sondern um die in der islamischen Tradition vorgegebenen Regeln und deren verbindliche Auslegung, die wohl „den Staatsgebilden der Menschen einen gewissen Spielraum lassen", jedoch „der Gesellschaft nicht geopfert werden dürfen", wie Gülen betont. Mit Begriffen wie Recht, Gerechtigkeit, Tugend und Moralität spricht er häufig auf diese grundlegenden Zusammenhänge an.

Auch wo die fünf Grundrechte des Individuums auf „Leben, Glauben, Vernunft, Eigentum und Familie" angesprochen werden, wird gerade nicht auf unveräußerliche individuelle Menschenrechte Bezug genommen, sondern auf das von der Scharia verbriefte Recht verwiesen (das etwa Männer und Frauen ungleich behandelt und keine

Das *House of One* im Modell. Wo einst die Petrikirche stand, deren letzter Pfarrer vor der Zerstörung 1945 ein glühender Nationalsozialist war, soll nun zur Wiedergutmachung ein interreligiöses Bet- und Lehrhaus für Christen, Juden und Muslime als ein „neues Wahrzeichen der Weltoffenheit und Toleranz Berlins“ entstehen.

Religionsfreiheit kennt). Das traditionelle Bild der Frau, das dem Mann das Erziehungs- und Züchtigungsrecht über seine Frau zuspricht und Frauen nicht nur erworbene, sondern auch charakterliche Schwächen wie Unzuverlässigkeit und Parteilichkeit zuschreibt sowie der Frau „das Anrecht auf Respekt“ abspricht, „wenn sie sich unsittlich benimmt“, wird teilweise pragmatisch modifiziert, jedoch nicht grundsätzlich angetastet.

Werden solche Perspektiven eingenommen und für allgemeingültig erklärt, sprechen wir von einem Schariavorbehalt im Blick auf die Akzeptanz der demokratischen Verfassungen in „westlichen“ Gesellschaften. Die islamische Religion wird ganzheitlich verstanden als Regelsystem für alle – privaten und öffentlichen – Lebensbereiche, das allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemen überlegen ist. Gülen formuliert teils moderat: „Als Besitzer eines Glaubenssystems mit einer anderen Geschichte und Essenz haben wir dem Westen ..., aber auch der Menschheit in ihrer Gesamtheit einiges zu bieten“ – teils explizit: So stellt er die Demokratie als menschliche, variable Größe



HOUSE-OF-ONE.ORG/KUEHN MALVEZZI (2)

dar, die gegenüber der Religion, die „Regeln und Werte für das menschliche Leben" bereithält, als defizitär erscheint. Der Islam gibt in diesem Weltbild die Grundprinzipien vor, denen auch Politik und Gesellschaft folgen müssen.

**Zentrum und Peripherie.** Die Pflege des von Gülen vermittelten Islamverständnisses geschieht hauptsächlich in kleinen, verbindlich organisierten und nach Geschlechtern getrennten Wohngemeinschaften von Freiwilligen, die auch in der Regel ehrenamtlich für die gemeinsame Sache tätig sind. In den sogenannten „Lichthäusern" wird das Leben nach der Religion ausgerichtet und der „Dienst" für die Sache Gottes eingeübt. Von hier aus bilden sich konzentrische Kreise. Je weiter die Aktivitäten in die gesellschaftliche Öffentlichkeit wirken, desto selbstverständlicher wird die Beteiligung von engagierten Freiwilligen bis hin zu völlig Außenstehenden, die etwa als Lehrerinnen und Lehrer an „Gülen-Schulen" angestellt sind. Noch weiter ist der Kreis des jeweiligen schulischen Umfeldes, aus dem sich neue Interessenten für die inneren Zirkel oder Sponsoren gewinnen lassen.

> *„Der Islam ist Gülen zufolge durch die Verbindung von Wissenschaft und Glauben anderen Religionen überlegen."*

**Fazit.** Hinter den Aktivitäten der Gülen-Bewegung stehen ein starker gesellschaftspolitischer Wille, ein großes persönliches Engagement vieler Ehrenamtlicher und eine Vision für Deutschland, dem Islam und islamischen Werten in der Mitte der Gesellschaft mehr Ansehen und Geltung zu verschaffen. Das Gülen-Schrifttum durchzieht eine programmatische Orientierung an einem konservativ-islamischen Gesellschaftsbild, das in wichtigen Aspekten der Menschen-, insbesondere der Frauenrechte, der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der Trennung von Religion und Staat der Werthaltung der Mehrheitsgesellschaft entgegensteht.

In der Türkei ist Hizmet in der langjährigen, inzwischen zerbrochenen Allianz mit der Regierungspartei AKP von Präsident Erdogan zu einem unübersehbaren Machtfaktor geworden. Heute tobt dort ein offener Machtkampf. Hierzulande – unter ganz anderen Vorzeichen – vollzieht sich der Kampf um Macht und Einfluss fast unbemerkt. Die Diskrepanz zwischen dem säkularen Bildungsdiskurs nach „außen" und dem konservativ islamischen Diskurs nach „innen" wird wenig beachtet. Viele sehen Gülen und seine Anhängerinnen und Anhänger daher als Reformer, die traditionelle Frömmigkeit mit einem moderaten Islamverständnis verbinden – liberal, unpolitisch und dialogisch.

Es wäre viel gewonnen, wenn die Zugehörigkeit der zahllosen „Gülen-Vereine" zur Bewegung transparent gehandhabt würde. Wenn die religiös-ideologische Ausrichtung hinter den Begriffen „Dialog und Bildung" offen kommuniziert würde. Religiöse Motivation für das gesellschaftliche Handeln ist legitim – wenn sie klar erkennbar und damit diskutierbar ist. Auch für „Gülen-Angebote" gilt: Es muss drauf stehen, was drin ist. Mit dem „House of One" soll in der Mitte Berlins ein „neues Wahrzeichen der Weltoffenheit" entstehen. Hoffentlich wird es zumindest ein Wahrzeichen der Offenheit seiner Träger. ◆



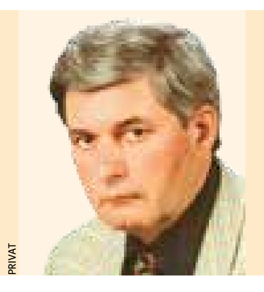
Der Autor des vorstehenden Essays, Dr. Friedmann Eißler, hat die Gülen-Bewegung in mehreren Studien näher beleuchtet, aus denen er hier teilweise zitiert:

- Wo steht die Gülen-Bewegung? Eine aktuelle Einschätzung, in: Materialdienst der EZW 77/3 (2014), 83-93.
- „Islamisierung des Lebens"? Zitate aus Schriften der Gülen-Bewegung, in: Materialdienst der EZW 75/6 (2012), 215-220.
- Islamisierung profaner Arbeit als Dienst an der Menschheit. Zum Bildungsideal Fethullah Gülens, in: Reinhard Hempelmann (Hg.), Religionsdifferenzen und Religionsdialoge. 50 Jahre EZW, EZW-Texte 210, Berlin 2010, 175-194.

The House of One hat eine Website: www.house-of-one.org

Die „Stiftung Dialog und Bildung", eine Art offizielles Gesicht der Gülen-Bewegung in Deutschland, finden Sie auch im Internet: www.dialog-und-bildung.de




PRIVAT

**Prof. Dr. Bernd Wonneberger** ist Emeritus der Technischen Fachhochschule (TFH) Wildau für BWL und Internationales Marketing. 1997 erstellte er das betriebswirtschaftliche Gutachten für einen Alternativstandort zu Schönefeld im Norden Berlins. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum nicht das Gute, sondern das Schlechte so nah ist: Vor den Toren der Hauptstadt liegt unser Griechenland – eine unfertige, unerreichbare, unersättliche Insel Namens BER.

# Berlins Griechenland liegt in Schönefeld

Die Kapazitätslücke am Flughafen BER wird immer größer, die Finanzlücke wird immer größer, der Vertrauensverlust wird immer größer – nur der Wille zu politischer Vernunft bei den Verantwortlichen wächst nicht mit | Von Bernd Wonneberger

Die Tourismusbilanz Berlins für das erste Halbjahr 2015 wird als noch nie dagewesenes Rekordergebnis gefeiert, und die Berliner sind ebenfalls so reisefreudig wie noch nie. Ein Grund mehr, warum es nicht wundert, wenn eine aktualisierte Prognose zur künftigen Entwicklung des Flugpassagieraufkommens eine noch markantere künftige Nachfragesteigerung als bisher prognostiziert ergibt.

Die Kapazitätslücke zwischen Erwartung und tatsächlicher Auslegung des noch gar nicht eröffneten Flughafens wächst, und sie wächst schnell. Mit jedem Jahr öffnet sich die Schere zwischen der künftigen Nachfrage nach Flugleistungen und dem, was Berlin und (hoffentlich denn eines Tages) sein Hauptstadtflughafen BER an Kapazität anzubieten in der Lage sein werden. Damit wächst auch das berechtigte – indessen aber nach wie vor ignorierte – Interesse der Öffentlichkeit, endlich einmal zu erfahren, wie die Verantwortlichen damit umzugehen gedenken, dass in Berlin nicht nur in Kürze 10 Millionen Passagiereinheiten an Kapazität fehlen werden, sondern dass der BER unter den gegebenen Umständen auch ständig tiefer und tiefer in die roten Zahlen rutscht.

*„Angefangen hatte es mit 2,4 Milliarden Euro. Eine Endabrechnung von 8 Milliarden Euro scheint kaum noch utopisch."*

Denn verbreiteter Fehleinschätzung zum Trotz arbeitet ein Flughafen nicht dann am besten – und das heißt am kostengünstigsten –, wenn er bis zum Äußersten ausgelastet wird (so wie der Flughafen Tegel seit bald einem Jahrzehnt). Ein Flughafen unterliegt hier den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie etwa das verarbeitende Gewerbe: Wird im Maximum produziert, geht das einher mit erhöhtem Verschleiß, größerer Reparaturanfälligkeit und sinkender Qualität.

Die Auslastung eines Betriebs an die 100-Prozent-Marke heran ist kein Grund zum Feiern. Sie führt im Gegenteil zu erheblichen Zusatzkosten, Stillstandskosten, Reparaturkosten. Die bisweilen anzutreffende Begeisterung für die extrem hohe Auslastung am Flughafen Tegel ist also durchaus fehl am Platze – und es wird einem angst und bange bei der Vorstellung, dass es mit der tatsächlichen Eröffnung des BER dort sofort noch schlimmer aussehen wird.

Was ist also zu tun? Es liegt auf der Hand, den Ausbau der Kapazität zunächst einmal zu planen und dann in die Wege zu leiten – darauf scheint die offizielle Strategie derzeit auch hinauszulaufen. Nur: So viel, wie an Kapazitätszuwachs benötigt wird, ist durch Ausbau gar nicht zu bewerkstelligen – und schon gar nicht in der Kürze der Zeit. Ob temporäre Weiternutzung

des Abfertigungsgebäudes Alt-Schönefeld, ob Ausbau des Flügels Nord (geschätzte Kosten derzeit: 1,1 Milliarden Euro), ob Bau eines zweiten Terminals (geschätzte Kosten derzeit: 6,9 Milliarden Euro, geschätzte Fertigstellung: 2030) – all diese stückwerkhaften Lösungsansätze werden und können nicht funktionieren.

Sie werden nicht funktionieren wegen unrealistischer Planungs- und Realisierungszeiten, wegen unrealistischer Kostenansätze, wegen einer bisher offenbar völlig vernachlässigten Einbeziehung möglicher Risikofaktoren in die Überlegungen – und nicht zuletzt wegen der bewiesenen Unfähigkeit der staatlichen Bauherren in Berlin und Brandenburg, zu auch nur halbwegs realistischen Vorkalkulationen zu gelangen, die nicht später um 100, 200 und mehr Prozentpunkte überschritten werden. Nein, die gewaltige Kapazitätslücke, auf die wir uns rasant zubewegen, ist so nicht zu schließen.

FOTOLIA/ALIENCAT

**Zunehmende Eskalation des Noch-schlimmer-als-befürchtet: Selbst wenn BER eines Tages fertig werden würde, würde er vom ersten Tag an von der Passagierzahl überrollt – und sogleich einen Fehlstart hinlegen.**

Fazit: Es wird den Verantwortlichen früher oder später eben doch nichts anderes übrig bleiben, als sich von der Idee eines Monopolflughafens zu verabschieden und sich dem Gedanken eines dezentralen Hauptstadtflughafen-Konzepts (wir erläuterten dieses Konzept bereits ausführlich, siehe Info unten), eines Weiterbetriebs von Tegel – aus Lärmschutzgründen nur montags bis freitags – unter anderem als Regierungsflughafen und einer gezielten Kooperation mit dem Flughafen Leipzig/Halle zuzuwenden.

Dies alles wären Lösungen, die funktionieren würden. Und es wären Lösungen, die bezahlbar sind. Denn es sollte bei all dem nicht vergessen werden, was in Sachen BER seit nunmehr bald einem Jahrzehnt den Steuerzahlern zugemutet wird: ein unersättlicher und unendlicher Finanzbedarf von Milliarden und immer mehr Milliarden. Ein Blick zurück scheint gelegentlich angebracht, denn dies alles ist so lange her, dass man sich selbst in den sprichwörtlich gut unterrichteten Kreisen nur noch lückenhaft zu erinnern vermag: Angefangen hatte es mit einer Vorkalkulation von 2,4 Milliarden Euro. Alsbald wurden daraus 3,4 Milliarden Euro, dann 4,4 Milliarden Euro. Im Moment = Herbst 2015, stehen wir bei rund 6 Milliarden Euro – und immer so weiter, eine mögliche Endabrechnung im Bereich von 8 Milliarden Euro scheint bereits schon kaum noch utopisch – alles auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler.

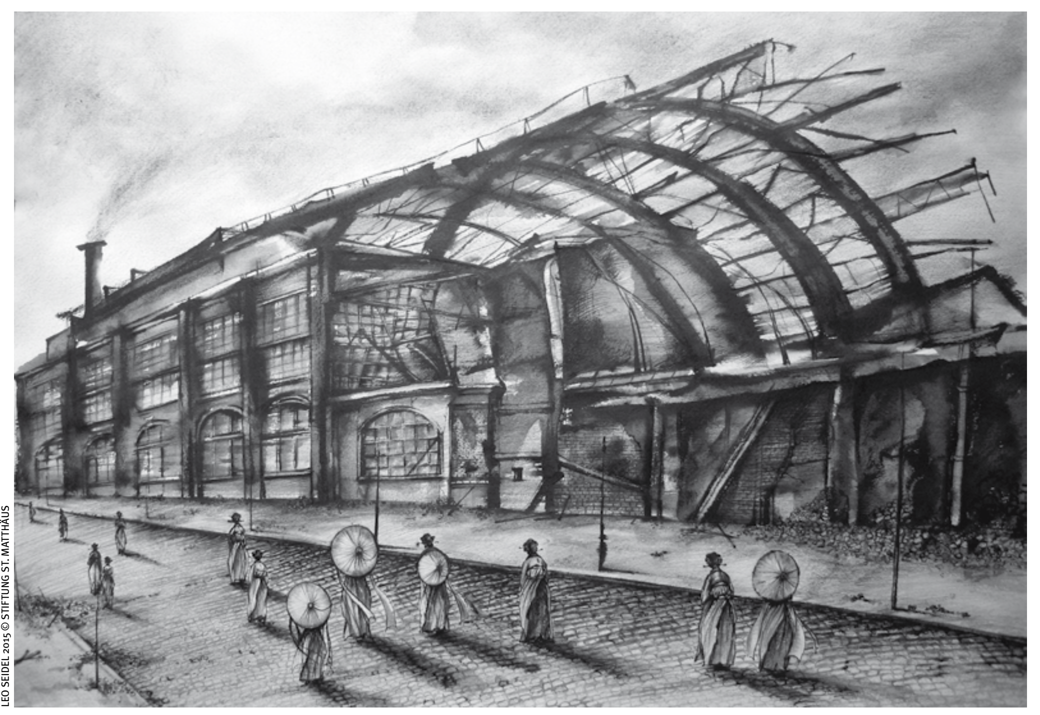
Das ungebremste Zur-Kasse-Bitten der Bürger, die für Planungs- und Managementfehler großen Stils mit ihren Steuergeldern einzustehen haben, erinnert auf fatale Weise an die Eurorettung, speziell an Griechenland, das seit vielen Jahren so vergeblich gerettet wird wie BER vergeblich eröffnet wird. Mit einem Unterschied: Was in Griechenland vorgeht, haben Deutschlands Bürger nicht in der Hand. Was in Schönefeld vorgehen sollte, schon. ◆



Unser Autor Prof. Wonneberger knüpft mit seinem bitteren Vergleich an seine vorhergehenden sieben Beiträge zur Flughafenthematik im HAUPTSTADTBRIEF an: „BER plus Tegel ist billiger“ (Heft 118), „Plädoyer für die Privatisierung des Hauptstadtflughafens BER“ (Heft 120), „Der Irrtum Großflughafen ist noch abwendbar“ (Heft 121), „Das BER-Monopol ist nicht alternativlos“ (Heft 122), „Das Modell mit Zukunft heißt BER plus“ (Heft 123) und „Ein Plädoyer für Kooperation und wirtschaftliche Vernunft“ (Heft 129) und „An 2017 glauben heißt, nichts aus BER gelernt zu haben“ (Heft 130).

# Kirche im Dialog mit den Künsten

Die Stiftung St. Matthäus zeigt Arbeiten der Künstlerin Jinran Kim





**Ein Bild aus der „Trümmerfrauen"-Serie von Jinran Kim, einer zeichnerischen Zeitreise zurück in die „Stunde Null" 1945 – hier der zerstörte Bahnhof Alexanderplatz.**

Ihr fünfzehnjähriges Bestehen feiert in diesem Jahr die Stiftung St. Matthäus. Sie ist die Kulturstiftung der Evangelischen Kirche für die Region Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und ihr besonderer Auftrag ist es, den Dialog der Kirche mit den Künsten zu führen und zu fördern.

Örtliche Schwerpunkte dieser Arbeit sind die Dominsel in Brandenburg und die St. Matthäus-Kirche am Berliner Kulturforum. Hier ist derzeit – im siebzigsten Jahr nach Kriegsende und 25 Jahre nach der Wiedervereinigung – das Werk der aus Südkorea gebürtigen, seit 1994 in Berlin arbeitenden Konzeptkünstlerin Jinran Kim zu erleben.

Die „After the Rain" betitelte Ausstellung zeigt großformatige, mit Asche und Naturfarben gefertigte Bilder sowie Tuschezeichnungen der Künstlerin, die sich mit Zerstörung, Erinnern und Vergänglichkeit beschäftigen und das zerstörte Berlin des Jahres 1945 thematisieren. Der Titel „After the Rain" bezieht sich auf ein Werk von Max Ernst, „Europe after the Rain II", das eine apokalyptische Nachkriegslandschaft darstellt. Die Asche, die sie als Material verwendete, hat Jinran Kim selbst hergestellt: aus Holz von Berliner Altbauten, die – so die Künstlerin – den Krieg überstanden haben, aber ebenso im Bombenhagel hätten zerstört worden sein können.

*HG*



Jinran Kim – After the Rain.
St. Matthäus-Kirche, Matthäikirchplatz 1, 10785 Berlin.
Bis 11. Oktober 2015, Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Eintritt frei.

Zur Ausstellung ist für 3 Euro die Publikation StM:6 "After the Rain" erhältlich, unter anderem mit einem Interview mit der Künstlerin.

Die Stiftung St. Matthäus ist gemeinnützig tätig und – da ihr für ihre Arbeit keine Mittel aus der Kirchensteuer zur Verfügung stehen – auf Zuwendungen angewiesen. Das Spendenkonto und Näheres zum Wirken der Stiftung findet sich unter www.stiftung-stmatthaeus.de


PRIVAT

**Dr. Peter Funken** ist Kunstvermittler und Kurator der Kunstmesse *Berliner Liste*, die im September 2015 zum zwölften Mal stattfinden wird. Für den HAUPTSTADTBRIEF würdigt er die Berlinische Galerie, Berlins Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur, aus Anlass ihres 40-jährigen Bestehens.

# Die Berlinische Galerie feiert 40. Geburtstag

Ein Museum für die Stadt Berlin – und die Menschen, die es prägten | Von Peter Funken

Vieles ist geschehen, hat sich entwickelt und verändert in den letzten vier Jahrzehnten in der Kulturmetropole Berlin – und die Berlinische Galerie war stets ein Teil davon. Das Museum des Landes Berlin, das nun sein vierzigjähriges Bestehen feiert, war zunächst 1975 als privater Trägerverein durch den Kunsthistoriker Eberhard Roters gegründet worden, um die neue in Berlin geschaffene Kunst zu präsentieren. 1994 wurde aus der Sammlung eine Stiftung öffentlichen Rechts. Im Zentrum ihres Sammlungs-, Forschungs- und Vermittlungsauftrags standen und stehen nach wie vor regionale, in Berlin entstandene Arbeiten, doch gleichzeitig auch internationale moderne Kunst, Fotografie und Architektur.

> *„Die Berlinische Galerie sammelt und zeigt Berliner Kunst von Dada bis heute, neue Sachlichkeit, osteuropäische Avantgarde, Architektur und nicht zuletzt Fotografie."*

Die Situation West-Berlins vor vierzig Jahren war eine ganz besondere – was die komplizierten politischen Bedingungen in der ummauerten Halbstadt betraf ebenso wie das kulturelle, mit dem Bau der Mauer auseinandergerissene Umfeld. Für die Museumslandschaft des Bundeslandes Berlin bedeutete dies, dass es – im Unterschied zu allen anderen Bundesländern – über kein Landesmuseum mit eigenen Sammlungen im Bereich der Moderne verfügte. Angesichts der international bedeutenden Rolle als Kunststadt, die Berlin im 19. und 20. Jahrhundert gespielt hatte, war das ein deutliches Manko, dem Eberhard Roters mit einer Museumsgründung abhelfen wollte.

Es war ein langer und komplizierter Weg, bis die Berlinische Galerie 2004 erstmals ihr eigenes Domizil am jetzigen Standort unweit des neuen Jüdischen Museums beziehen konnte. Zunächst war sie untergebracht in Räumen des heutigen Bröhan-Museums an der Schlossstraße in Charlottenburg, dann im Landwehrkasino an der Jebensstraße hinter dem Bahnhof Zoo und ab 1986 im Martin-Gropius-Bau – nie aber verfügte die Berlinische über wirklich adäquate Ausstellungsräume.

Das änderte sich im Oktober 2004 mit dem Einzug in einen alten Industriebau in der Alten Jakobstraße – in dem bis zur Umgestaltung als Museumsstandort große Mengen an Glasscheiben als sogenannte „Senatsreserve" für den Ernstfall einer erneuten Blockade der Stadt lagerten. Nun endlich hat das Museum auf 4600 Quadratmetern genügend Platz, um seine herausragenden Sammlungen zu zeigen. Deren Schwerpunkte liegen in Konvoluten von Dada Berlin, der Neuen Sachlichkeit und Osteuropäischer Avantgarde, ebenfalls in der Architektur- und besonders in der Fotosammlung. Die Kunst des geteilten Berlins und der wiedervereinten Metropole bildet einen weiteren



IMAGO/CONTRAST/POLLACK

**Seit Oktober 2004 residiert die Berlinische Galerie an ihrem jetzigen Standort in einem ehemaligen Industriebau an der Alten Jakobstraße – einem Gebäude von schlichter Klarheit und offenem Raumkonzept. Das Zentrum des Hauses bildet eine diagonal den Raum kreuzende Freitreppe (siehe Foto unten).**

Schwerpunkt. In den Archiven der Berlinischen Galerie lagern zudem bedeutende Nachlässe.

Nach dem Tod des Gründungsdirektor Eberhard Roters 1987 folgten ihm zunächst Jörn Merkert und seit 2010 Thomas Köhler als Direktoren. Bereits 1978 stellte Roters den in Rumänien geborenen Bibliothekar Janos Frecot als festen Mitarbeiter ein. Beide kannten sich seit Beginn der 1970er-Jahre, und so war es ein gut eingespieltes Team – komplettiert durch die Kuratorin Ursula Prinz –, das bei der Entstehung des Museums mit großer Energie ans Werk ging. Durch dessen engagierte Arbeit entstanden eine entwicklungsfähige Basis und zukunftsfähige Strukturen für das Projekt. Schon mit den ersten Ausstellungen, zunächst noch gastweise in der Akademie der Künste am Hanseatenweg, machte man auf sich aufmerksam, gewann eine breite Öffentlichkeit und bald auch Unterstützung, sodass sich schließlich aus dem Verein eine Institution entwickeln ließ, die mit Landesmit-



© NINA STRASSGÜTL

**Derzeit präsentiert die Berlinische Galerie zum 40-jährigen Jubiläum eine Auswahl ihrer Sammlung unter dem Titel „Kunst in Berlin 1880 - 1980" – ein facettenreicher Rundgang von der großbürgerlich geprägten Malerei der Kaiserzeit über den Expressionismus bis zu den „Neuen Wilden" der 1970er-Jahre. Im Bild: „Der tolle Pariser Platz" von Felix Nussbaum aus dem Jahr 1931. Dem Künstler gelang mit diesem Bild der Durchbruch – bald darauf jedoch musste er Deutschland verlassen. Nach einer Denunziation wurde der im Brüsseler Exil Lebende 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert.**

teln gefördert wurde und Ankäufe tätigen konnte.

Janos Frecot, selbst Fotograf, wurde zum Fotoexperten, zum Archivar, Ausstellungskurator und Allround-Experten – und insgesamt zum Glücksfall für die Berlinische Galerie. Er wirkte dort bis 2002 und entwickelte eine der bedeutendsten Fotosammlungen Deutschlands und Europas. „Zu Anfang", so Frecot im Gespräch über seine Arbeit, „betreute ich gleich fünf Abteilungen: die Sammlung Baukunst, das Museums- und Künstlerarchiv, die Bibliothek und die fotografische Sammlung. So etwas wäre heute nicht mehr denkbar, aber damals mussten wir erfinderisch sein. Die Gründungsphase, das war ein großes Projekt mit viel Improvisation – eigentlich die Verlängerung der Studentenbewegung, wie ich sie erlebt habe."





**Der Fotograf und Ausstellungsmacher Janos Frecot. Er prägte das Gesicht und insbesondere die fotografische Sammlung der Berlinischen Galerie von Beginn an maßgeblich.**

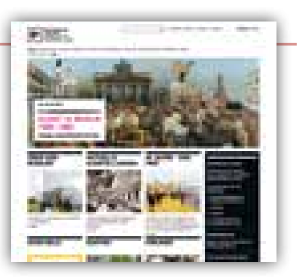
Konsequent hielt und entwickelte Janos Frecot, der Teilung zum Trotz, Kontakt in den Osten der Stadt.
Er machte sich persönlich mit der jungen Fotoszene Ost-Berlins bekannt, er war mit dem Fotografen Arno Fischer, einem der maßgeblichen Vertreter der DDR-Fotografie, befreundet. Von der Mauer ließ Frecot sich nicht in seinem Interesse für die Fotografie Berlin einschränken. „Für mich",

sagt er, „war die Mauer durchlässig – ich hatte immer ein Gefühl für Berlin als ein Ganzes!"

Eberhard Roters vertraute Frecot, der von Hause aus kein Museumsmann war, er ließ ihm bei der Entwicklung der Fotosammlung jede Freiheit und unterstütze ihn, wo er konnte. „Eigentlich war ich ein unbedarfter junger Mann", sagt er in der Rückschau bescheiden – und hat doch so ambitionierte und wichtige Ausstellungen kuratiert wie beispielsweise 1978 „Zwischen Widerstand und Anpassung. Kunst in Deutschland 1933 bis 1945" oder „Berlin im Abriss" im Schinkeljahr 1981. Heute lebt der 1937 geborene Frecot in Bad Belzig. Nach wie vor kuratiert er Ausstellungen, sammelt Bücher und geht seiner großer Leidenschaft nach: seinem Garten. Der Berlinischen Galerie ist er nach wie vor freundschaftlich verbunden.

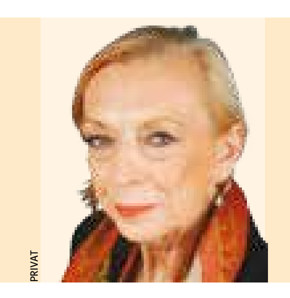
Das Museum, mit 40 längst aus den Kinderschuhen heraus, ist heute einer der bedeutendsten Orte der Kunst und der Begegnung in der Stadt. Neben der Entwicklung und Präsentation von Ausstellungen werden hier auch mehrere Preise verliehen – etwa der Hannah-Höch-Preis für herausragende künstlerische Lebenswerke, der Fred-Thieler-Preis für Malerei oder die Kunstpreise der Unternehmen Gasag und Vattenfall. Am 27. September 2015 lädt die Berlinische Galerie alle Berliner und Berlin-Besucher ein, bei freiem Eintritt den 40. Geburtstag gemeinsam zu begehen. ◆





Berlinische Galerie, Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur, Alte Jakobstraße 124–128, 10969 Berlin. Mittwoch bis Montag 10 bis 18 Uhr, Dienstag geschlossen. Tageskarte 8 Euro, ermäßigt 5 Euro.

Aus Anlass des 40-jährigen Bestehen wird am 27. September 2015 von 12 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt gefeiert, mit Führungen vor und hinter den Kulissen, Performances, Workshops und Mitmach-Aktionen. www.berlinischegalerie.de



PRIVAT

**Irena Nalepa** ist im Kunsthandel tätig. Sie war Gründerin der Galerie Nalepa und Geschäftsführerin der Galerie Schoen+Nalepa in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF unternahm sie gemeinsam mit Jan Giebel, dem Co-Kurator der Schau, einen Rundgang durch die Hans-Arp-Ausstellung „Der Nabel der Avantgarde“ im Georg Kolbe Museum.

# Ein Anreger der Moderne, neu zu entdecken

Hans Arp in Berlin – ein Ausstellungsrundgang mit dem Kurator | Von Irena Nalepa

Es gilt, einen Künstler neu zu entdecken, der zu den prägenden Figuren der Kunst des 20. Jahrhunderts zählt. Denn um den 1886 in Straßburg geborenen Künstler Hans oder Jean Arp, wie er sich auch nannte, war es einige Zeit sehr ruhig in der deutschen Museumslandschaft – eine jahrelange öffentliche Debatte um die Authentizität posthum gefertigter Skulpturennachgüsse des 1966 verstorbenen Künstlers verunsicherte den Kunstmarkt und sorgte für Zurückhaltung bei Kuratoren und Museen. 2012 schließlich veröffentlichte der Bremer Kunsthistoriker Dr. Arie Hartog eine kritische Bestandsaufnahme mit Gussnachweisen aller Arp-Skulpturen und trug so maßgeblich zur Klärung und Bereinigung der Kontroverse bei.

Und nun also die erste Retrospektive von Hans Arp in Berlin. Co-Kurator Jan Giebel ist froh, dass das Werk Arps nicht mehr im Schatten dieser Kontroverse steht; denn „dieses extrem interessante und facettenreiche Werk ist es wert gezeigt zu werden, weil er eine der schillernden Künstlerfiguren des 20. Jahrhunderts war und sehr viele unterschiedliche Denk- und Formenprozesse angestoßen hat“.



MICHAEL HERLING UND ALINE GWOSE/VG BILD-KUNST, BONN 2015



MICHAEL HERLING/VG BILD-KUNST, BONN 2015

**Markant und verspielt: „Schnurr-Hut“ aus der „Arpaden“-Serie (oben).**

**Und im Zentrum stets der Nabel: „Nabelflasche“ aus der „Arpaden“-Serie.**

So ehrt nun das Georg Kolbe Museum diesen Impulsgeber für die Kunst der Moderne, Mitbegründer des Dadaismus, Wegbereiter des Surrealismus und überzeugten Pazifisten mit einer ansehnlichen Ausstellung in den lichtdurchfluteten Atelierräumen des sechs Jahre älteren Zeitgenossen Georg Kolbe.

Die Retrospektive „Der Nabel der Avantgarde“ präsentiert über 50 Werke aus den Bereichen Skulptur, Relief, Graphik, Fotografie, Text und Lyrik und



ENRIC DUCH (2)

**Blick in die Ausstellung. Rechts im Bild: die Skulptur „Menschliche Konkretion auf ovaler Schale“. Im Hintergrund: Porträtfoto von Hans Arp mit „Nabel-Monokel“.**

ermöglicht einen umfassenden Einblick in das Werk Hans Arps. Der Nabel, so prominent im Titel der Ausstellung vertreten, besaß für Hans Arp schon früh programmatische Bedeutung. Bereits Mitte der 1910er-Jahre entwickelte sich das Oval zur Urform seiner Kunst und spielte fortan in seinen Werken eine geradezu unersetzliche Rolle.

Bei den Skulpturen ist das unübersehbar, aber auch beispielsweise bei den 1923 in Zusammenarbeit mit Kurt Schwitters entstanden „Arpaden“, einem Zyklus von sieben Lithographien, fällt die Auseinandersetzung mit dieser Urform auf.

Der Nabel, so Jan Giebel, symbolisierte für Arp gewissermaßen den natürlichen Kreislauf, das Werden des Menschen: „Arp wollte parallel zur Natur Kunst bilden und nicht mit seiner Kunst die Natur abbilden. Der Titel der Ausstellung spielt natürlich auch auf die Redewendung vom ‚Nabel der Welt’ an; denn Arp war auch



**Dialog über die Jahrzehnte. Links im Bild: die Lithographie-Serie „Arpaden“ von 1923, im Hintergrund „White Ring“, eine Skulptur des US-amerikanischen Malers und Bildhauers Ellsworth Kelly von 1963, die das im Werk Hans Arps prägende Motiv des Nabels aufnimmt.**

# Lebendiges Erbe gediegener Westend-Boheme

## Das Georg Kolbe Museum ist eine Oase für Kunst und Muße

Georg Kolbe (1877–1947) war der wohl erfolgreichste deutsche Bildhauer der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1928/1929 ließ er sich am Rand des Grunewalds im Berliner Westend ein Ensemble aus Wohn- und Atelierhaus bauen, in dem heute das Georg Kolbe Museum untergebracht ist. Die denkmalgeschützten kubischen Ziegelbauten, umgeben von Garten und Skulpturenhof, in denen Plastiken Kolbes unter hohen Kiefern stehen, sind für sich allein bereits einen Besuch wert.


GEORG KOLBE MUSEUM

Atelierhaus und Skulpturenhof des Georg Kolbe Museums, vorn der Tänzerinnen-Brunnen.

Das Atelierhaus beherbergt seit 1950 das Georg Kolbe Museum. Im ehemaligen Wohnhaus lädt das Café K zum Verweilen ein, und auch ein Spaziergang in der Umgebung lohnt: Im nahegelegenen Georg-Kolbe-Hain zwischen Mohrunger Allee und Pillkaler Allee sind weitere Skulpturen Kolbes zu sehen.

ein Nabel seiner Zeit, bei ihm und seiner Frau Sophie Taeuber-Arp liefen zahlreiche Netzwerke der europäischen Avantgarde zusammen."

Im großen Atelierraum des Georg Kolbe Museums sind neun Skulpturen anschaulich präsentiert. Zwischen den ausladenden Fenstern erhebt sich „Ptolemäus II" von 1958, eine in sich verschlungene und durchbrochene ovale Bronze, die den Blick auf sich zieht – wie auch die dunkel patinierte Bronze „Menschliche Konkretion auf ovaler Schale" aus dem Jahr 1933, die eine sinnlich-abstrakte Schönheit ausstrahlt. Im anschließenden Raum hängen die erwähnten „Arpaden", und – wie um jedweden Zweifel beim Besucher an der Größe und Allmacht des Symbols endgültig ausräumen zu wollen – steht am Ende des Raumes mannshoch als zeitgenössisches Manifest eine Skulptur des Künstlers Ellsworth Kelly: „White Ring" von 1963.

Mehrere kleine Räume, auch im Untergeschoss, gibt es dann noch zu entdecken, die mit Hilfe des Ausstellungsarchitekten David Saik eigens für die Schau unterteilt worden sind; denn, so Jan Giebel, „es war uns wichtig, Arp in einer eher intimen Atmosphäre zu zeigen, dem Besucher einen intimen Zugang zu den einzelnen Werken zu bieten. Die Ausstellung macht es so möglich, Hans Arp ganz neu zu entdecken." ◆





Hans Arp. Der Nabel der Avantgarde. Georg Kolbe Museum, Sensburger Allee 25, 14055 Berlin. Bis 11. Oktober 2015, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt 6 Euro/ermäßigt 4 Euro.

Zur Finissage findet am 11. Oktober 2015 um 11 Uhr eine abschließende Führung mit dem Co-Kurator Jan Giebel statt. Eintritt 8 Euro/ermäßigt 6 Euro einschließlich Begrüßungssekt. www.georg-kolbe-museum.de


SCHLOSSHOTEL
IM GRUNEWALD
Telefon +49 30 89 58 40
www.schlosshotelberlin.com


LIMITED EDITION
KURLAND MUESLI SET
Königliche
Porzellan-Manufaktur
BERLIN
MADE TO STAY
SINCE 1763
225 JAHRE
KURLAND